Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließl. Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährl. M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 5—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Zwingerstraße 21, II. Telephon 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Zwingerstraße 21. Telephon 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 122. | Dresden, Freitag den 29. Mai 1908. | 19. Jahrg.

Zur internationalen Lage.

Unser Londoner Korrespondent schreibt uns vom 22. Mai:

Trotz der gänzlich unzufriedenstellenden Antwort des Ministerpräsidenten Asquith auf die heutige mutige Interpellation unseres Genossen O'Grady hat die Arbeiterpartei noch nicht alle Hoffnung aufgegeben, die Zusammenkunft König Eduards und des Zaren noch in letzter Stunde zu verhindern. Da der Vorsitzende des Unterhauses eine eingehende Debatte über die Frage zu hintertreiben verstanden hat, läßt nun die Arbeiterpartei das folgende Memorandum unter den Mitgliedern des Unterhauses zirkulieren:

„Wir, die unterfertigten Parlamentsmitglieder, sprechen unser Bedauern darüber aus, daß die Regierung den starken Widerwillen, den das Land gegen die Staatsvisite des Königs beim Zaren von Rußland fühlt, nicht gewürdigt hat, und sprechen die Hoffnung aus, daß der Besuch noch abgelehnt wird."

Dieses Memorandum wird dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten binnen ein oder zwei Tagen überreicht werden, wodurch sich wenigstens vielleicht doch noch die Gelegenheit bieten wird, die Sache im Unterhause gründlich zu besprechen und eine Abstimmung zu provozieren.

Auch die „Gesellschaft der Freunde der russischen Freiheit", welche viele einflußreiche Mitglieder zählt, hat einen Protest gegen den Besuch des Königs veröffentlicht.

•

London, 28. Mai. (Telegramm.) Unterhaus. Staatssekretär Sir Edward Grey gab heute im Anschluß an die von einem Mitgliede der Arbeiterpartei angeregte Frage über den Besuch des Königs in Rußland die Erklärung ab, daß der Besuch des Königs in Reval ein offizieller Besuch sein und denselben Charakter tragen werde wie die offiziellen Besuche, die der König bereits anderen Souveränen und Staatsoberhäuptern abgestattet habe. Die Beziehungen zwischen beiden Regierungen seien durch die englisch-russische Konvention klargelegt und es bestehe nicht die Absicht einer neuen Konvention oder einem neuen Vertrag zu schließen oder etwa bei diesem Besuche Verhandlungen darüber in die Wege zu leiten. Er sei überzeugt, daß die guten Beziehungen zwischen den Regierungen und den Bevölkerungen beider Länder durch den Besuch nur gewinnen könnten.

* * *

Fallières in London.

Zur gleichen Zeit, da die englisch-russische Annäherung sich in der Begegnung des König Eduards mit dem Zaren zeigen soll, wird die Entente (Einvernehmen) zwischen Frankreich und England durch den Besuch des Präsidenten Fallières in London stark bekräftigt. In mannigfachen Trinksprüchen wurden die Freundschaft und Interessengemeinschaft der beiden Staaten gefeiert. Der französische Minister der auswärtigen Angelegenheiten Pichon stattete in Begleitung des Botschafters Cambon im Londoner Auswärtigen Amt einen Besuch ab und hatte mit Staatssekretär Grey eine einstündige Unterredung über alle bedeutenden politischen Fragen zwischen den beiden Ländern. Die Unterredung hat, wie erklärt wird, eine vollständige Uebereinstimmung zwischen beiden Kabinetten ergeben.

•

In der französischen und englischen Presse finden unterdessen sehr rege Erörterungen statt über die Frage, ob die guten Beziehungen zwischen Frankreich und England noch weiter zu einem förmlichen Bündnis entwickelt werden können.

Die Pariser Temps kommt nochmals auf die Möglichkeit eines festen Bündnisses zwischen den beiden Staaten zurück und erklärt wiederum, daß die wichtigste Voraussetzung für ein solches Bündnis die Verstärkung der englischen Landmacht sei; wenn Frankreich sich dem diplomatischen Risiko Englands anschließen wolle, so müsse England auch an einem etwaigen militärischen Risiko Frankreichs pflichtgemäß teilnehmen. Diese Erörterungen der Temps haben freilich in den leitenden Kreisen der liberalen englischen Regierung keine gute Aufnahme gefunden.

Die Londoner Blätter sind der Meinung, daß die Entente mit Frankreich ihren Wert genügend gezeigt und Großbritannien Gelegenheit gegeben habe, den französischen Freunden seine Beständigkeit zu beweisen. Standard hofft, daß man nie ein Bündnis schließen werde. England sei stärker, wenn es allein stehe. Die französischen Militärsachverständigen unterschätzten den Wert eines Bundesgenossen mit der größten Flotte der Welt und übersähen die Lehren des südafrikanischen und des russisch-japanischen Krieges. Daily Telegraph sagt, es sei kein Anlaß, von einem Bündnis zu sprechen; die Entente cordiale (herzliches Einvernehmen) genüge vorläufig. Daily Chronicle erklärt, die noch in einigen Kreisen herrschende Ansicht, daß die Entente in altem antideutschen Geist erfunden sei, sei irrig. Daily News betrachtet den Abschluß eines ausdrücklichen Bündnisses als ein Unglück für den europäischen Frieden.

Die Stellung Deutschlands.

Paris, 28. Mai. In den Kommentaren der Pariser Blätter zur Englandreise des Präsidenten Fallières wird fast mehr von der Stellung Deutschlands zu diesem Verbrüderungsfest gesprochen, als von der Entente cordiale. Die „Débats" machen darauf aufmerksam, daß die englisch-französische Annäherung **gerade durch die Haltung der deutschen Regierung hervorgerufen** und gefördert worden sei. Wenn man in Deutschland jetzt über die Tragweite dieses Bündnisses sich Gedanken mache, so solle man sich daran erinnern, wie man von dort aus auf die Unabhängigkeit der französischen Politik einzuwirken versucht habe. Deutschland habe sich selber stets im Gegensatz zu dieser Entente betrachtet und dürfe sich deshalb nicht wundern, wenn **ein festerer Bund zwischen England und Frankreich nun scheinbar sich gegen deutsche Pläne richte.** In Wahrheit sei die Entente **eine Antwort für Deutschland, aber keine Machinationen gegen Deutschland.** Wäre sie eine Machination, so hätte man aber den eigentlichen deux ex machina in der Wilhelmstraße zu suchen.

Galizischer Bauernmord.

Von unserem Korrespondenten.

Wien, am 27. Mai.

-th- Der neue Statthalter von Galizien, Dr. Bobrzynski, einst Historiker, jetzt Prokonsul der Schlachta und seit wenigen Tagen erst im Amte, hat gestern die unerläßliche Bluttaufe empfangen: die Einweihung seiner Würde mit Bauernblut, mit Ruthenenblut. In dem ruthenischen Dorfe Czernichow wurden fünf, nach anderen Angaben neun Bauern von Gendarmen erschossen und mindestens fünfzehn schwer verwundet. Unter den Getöteten sind zwei Frauen und ein Kind. Als erste Verwaltungstat selbst eines galizischen Statthalters eine respektable Leistung.

Man wird noch mehr Bewunderung für die Verwaltungsmethoden der polnischen Schlachta empfinden, wenn man erfährt, daß die Ursache des gräßlichen Blutbades — eine Uebertretung des Fischverbots ist. Der Hergang der Sache war dieser. Ein Knabe fischte unbefugterweise am Bache und wurde von der Gendarmerie angehalten und verhaftet. Seine Mutter wollte die Verhaftung verhindern und lief um Hilfe schreiend durch das Dorf. Die Einwohner liefen vor dem Gemeindehause, wohin der Verhaftete gebracht worden war, zusammen. Der Förster des Gutsinhabers, des Grafen Korylowsky, der auch die Anzeige wegen des verbotenen Fischens erstattet hatte, gab, um die Menge in Angst zu jagen, einen blinden Schuß ab. Tatsächlich floh ein Teil der Leute. Da gaben aber gleichzeitig die Gendarmen eine Salve ab. Jetzt mag sich wohl ein Teil der Bauern zur Wehr gesetzt haben. Die Gendarmen wiederholten dreimal ihre Salve. Verwundete und Tote bedeckten den Platz vor dem Gemeindehause, von denen fast alle Rückenschüsse haben. Die versammelten Bauern stoben auseinander.

Dies ist im wesentlichen die Darstellung aus ruthenischer Quelle. Die polnischen Blätter schildern den Vorfall so, daß man glauben soll, die Gendarmen hätten, bedroht von Lebensgefahr, die Waffe ergriffen. Allein ihre Erzählungen, die auch den amtlichen Berichten zugrunde liegen, widersprechen einander in den wichtigsten Umständen. So berichten die einen, die Bauern hätten ein Steinbombardement auf das Gemeindeamt und die Gendarmen eröffnet, die anderen gar, es seien drei Schüsse aus der Menge gefallen; aber das Slowo Polskie gibt zu, daß der erste Schuß von einem Waldwächter abgefeuert wurde und bestätigt so in dem entscheidenden Detail die ruthenische Darlegung.

Indessen würde sich an dem Urteil über die Vorgänge nichts ändern, wenn auch nachgewiesen wäre, daß die Verhaftung des fischenden Knaben tatsächlich einen förmlichen Bauernaufruhr erregt hat und die Gendarmen und das Gemeindehaus bedroht waren. Die Bauern haben nämlich zur äußersten Erbitterung eine gerechte Ursache. Es wurden an ihnen von der Verwaltung der Schlachta Akte der Willkür verübt, die selbst das russische Vorbild weit hinter sich lassen. In Galizien besteht ein Wassergesetz, das die Fischerei der größeren Gewässer regelt. Auf das kleinere Gerinne hat man das Gesetz nirgends angewendet. Doch unmittelbar nach den Wahlen ordnete der Bezirkshauptmann von Tarnopol, dem der Ort Czernichow zugehört, eigenmächtig eine Teilung der Gewässer im Reviere an und verpachtete sie an Leute, die sich ihm irgendwie nützlich erwiesen hatten. Nun spielt der Fischfang für die Bauern zwar keine besondere Rolle, aber der Bezirkshauptmann krönte seine Maßregel, indem er ihr „im Interesse der Fischzucht" das Verbot des Einweichens des Hanfes hinzufügte. Das Hanfgewerbe ist die einzige Industrie, die der durchaus armen Bevölkerung des Bezirks Nahrung gibt. Besonders die Weiber sind den ganzen Winter über im Hanfgewerbe tätig, stellen doch die Bauern ausschließlich ihre Kleidung aus Hanfzeug her. Mußte schon die Bedrohung ihrer kärglichen Existenz durch die willkürliche Verfügung des Bezirkshauptmanns die Bevölkerung zur Verzweiflung treiben, so erregte sie zur äußersten Wut die Wahrnehmung, daß diejenigen Gemeinden von der Verordnung verschont blieben, die ihre Stimmen bei den letzten Wahlen dem vom Bezirkshauptmann unterstützten polnischen Kandidaten, der gegen den ruthenischen durchfiel, gegeben hatten.

Fügt man noch bei, daß der polnische Kandidat eben jener Gutsinhaber von Czernichow, Graf Korylowski, ist, der auch die Fischerei gepachtet und dessen Wächter den ersten Schuß abgefeuert hat, so steht der Zusammenhang der Dinge klar vor jedermanns Augen. Gutsinhaber und Bezirkshauptmann, die Schlachta und die ihr ergebene Behörde wirken zusammen, die Bauern durch Drangsalierungen, durch Hunger und Not dafür zu strafen, daß sie als Ruthenen ruthenisch gewählt haben. Dazu soll ihnen fürs nächste Mal die Lust vergehen. Der Fall steht übrigens nicht vereinzelt da, er ist vielmehr die allgemeine Regel in Galizien. Erst gestern erzählte der ruthenische Abgeordnete Lewickyj im Reichsrate von der Ermordung des Bauern Kuhanec während der Landtagswahlen, der nur deshalb bei einem harmlosen Auflauf von den Gendarmen niedergestochen wurde, weil er sein Dorf politisch organisiert hatte und so in dem Bezirk, der 38000 Ruthenen unter 52000 Einwohnern zählte, den Versuch des polnischen Landeshauptmanns Grafen Badeni, durch Bestechung und Gewalt ein Mandat zu ergattern, vereitelte.

Die Ermordung des Bauern Kuhanec, die heute noch im ruthenischen Volke als eine der ganzen Nation zugefügte Unbill empfunden wird, zumal die beiden Mörder, die Gendarmen Tokarski und Ruczynski, noch immer, und zwar auf demselben Posten im Dienste stehen, hat zu dem Attentat Szczyrskis auf den Statthalter Potocki den unmittelbaren Anlaß geboten. Der Bauernmord von Czernichow wird in Gärung im Ruthenenvolke steigern. Die polnische Schlachta spielt mit dem Feuer und dabei weiß sie wohl, daß die Dinge reif sind zum Ausbruch von ruthenischen Bauernrevolten. Unmittelbar nach dem Tode Potockis gingen Gerüchte durchs Land, die ruthenischen Bauern rotteten sich zusammen, die polnischen Herrensitze — nach dem Muster des russischen Bauernaufstandes — einzuäschern, die Besitzer zu vertreiben oder zu töten. Es waren das zwar bloße Spiegelungen der Angst, aber bezeichnend für die Stimmung des Landes. Die Spannung zwischen den polnischen Schlachtzitzen, die allen Grundbesitz auch im ruthenischen Lande in der Hand haben, und den Bauern ist aufs gefährlichste gesteigert. Aus Czernichow melden polnische Blätter selbst, die Bauern hätten im Orte und in den Nachbardörfern die Sturmglocke geläutet, überall rotte sich die Einwohnerschaft zusammen. Man habe Gendarmerieverstärkungen entsenden müssen, um die Ruhe aufrecht zu erhalten. Wollen es die Schlachtzitzen etwa mit Absicht zu Exzessen treiben, damit das österreichische Militär für sie ausrücken muß, um den Widerstand der Ruthenen im Blute zu ersticken? Es wäre ein wahnwitziges Unterfangen und ein völlig zweckloses. Nie mehr wird es ihnen doch gelingen, das ruthenische Volk, das an Zahl dem polnischen in Galizien gleich stark ist, in die alte Knechtschaft zurückzuwerfen.

* * *

Wien, 27. Mai. Bei Beginn der Sitzung des Abgeordnetenhauses gab der Minister des Innern eine Darstellung der Vorfälle in Czernichow und erklärte, daß eine strenge Untersuchung dieser tief beklagenswerten Ereignisse veranlaßt worden sei. Gleichzeitig sei eine Untersuchung wegen des Gebrauchs der Schußwaffen durch die Gendarmen eingeleitet. Der Minister bat die Abgeordneten, mit dem Urteil über die Vorfälle so lange zurückzuhalten, bis die Einzelheiten klargestellt seien, und appellierte an die Abgeordneten, auf eine möglichste Beruhigung der Bevölkerung hinzuwirken. Ein Antrag, die Diskussion über die Erklärung des Ministers auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu setzen, wurde angenommen. Darauf setzte das Haus die Generaldebatte über das Budget fort.

Deutsches Reich.

Der Eid des Eulenburgers.

Die Untersuchung, die der Berliner Landgerichtsrat Schmidt in München und Starnberg führt, hat eine Menge weiteren Belastungsmaterials gegen Eulenburg ergeben. Es ist, wie der B. Z. a. M. gemeldet, festgestellt, daß der damalige Graf Eulenburg nicht nur mit Ernst und Riedel, sondern während seines amtlichen und nichtamtlichen Aufenthaltes in München auch zu anderen männlichen Personen Beziehungen unterhalten hat. Fürst Eulenburg hat z. B. mit einem nun schon verstorbenen Münchner Hofschauspieler, der im Verdacht der Homosexualität stand, Ausflüge nach München und Umgebung gemacht und mit ihm in einem Hotelzimmer übernachtet. Es wurde ferner fast bis zur Gewißheit festgestellt, daß Graf Eulenburg von einem Hotelbesitzer mitten in der Nacht an die Luft gesetzt wurde, weil er sich mit einem männlichen Gast in einem Zimmer skandalös aufgeführt hatte. Es wurde auch festgestellt, daß verschiedene Personen, bayrische und sächsische Adlige sowie ein Mitglied der damaligen französischen Gesandtschaft, die sämtlich in den Listen der Homosexuellen der Münchner Polizei verzeichnet stehen, mit dem Grafen Eulenburg intim verkehrt haben.

•

München, 28. Mai. Eine merkwürdige Szene ereignete sich bei dem letzten Verhör in Sachen Eulenburg durch den Berliner Untersuchungsrichter Landgerichtsrat Schmidt. Entgegen der Bestimmung der Strafprozeßordnung, wonach den Angeklagten nicht das Recht zusteht, sich schon in der Voruntersuchung eines Rechtsbeistandes zu bedienen, ist bei den Verhören der Münchner Zeugen der Rechtsanwalt des Fürsten Eulenburg zugegen gewesen. Er machte Notizen über die Aussagen der Zeugen und stellte Fragen an sie. Die Fragestellung von dieser Seite verbat sich ein Zeuge an sie. Die Fragestellung von dieser Seite entstand. Hier ist man energisch, wodurch eine heftige Szene entstand. Hier ist man erstaunt, daß die Anwesenheit des Rechtsanwalts des Fürsten bei den Verhören gestattet wurde.

Ermäßigung der Brennsteuervergütung.

Der Bundesrat hat sich zu einem großen Schritt auf der Bahn der Reichsfinanzsanierung entschlossen. Bekanntlich gibt es neben der großen Branntwein-Liebesgabe, die darin besteht, daß die Branntweinbrenner für ein bevorzugtes Trink-

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19080529/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

branntweinkontingent statt 70 M. nur 50 M. Verbrauchssteuer pro Hektoliter zahlen, noch eine zweite kleinere Liebesgabe. Seit 1895 zahlt nämlich obendrein das Reich den Spiritus-Exporteuren eine offene Ausfuhrprämie von 6 M. pro Hektoliter. Diese zweite Liebesgabe hat der Bundesrat in seiner väterlichen Sorge um das Wohl des deutschen Reichssäckels etwas ermäßigt. Statt 6 M. sollen künftig die Spiritusbrenner nur noch eine Vergütung von 5 M. erhalten. Im Reichs-Anzeiger steht feierlich zu lesen:

Finanzministerium.

Der Bundesrat hat in der Sitzung vom heutigen Tage beschlossen, daß der Brennsteuervergütungssatz vom 25. Mai 1908 ab von 6 M. auf 5 M. für das Hektoliter Alkohol herabgesetzt wird.

Die Kgl. Oberzolldirektion ersuche ich, hiernach gefälligst das Erforderliche mit tunlichster Beschleunigung anzuordnen.

Berlin, den 21. Mai 1908.

Der Finanzminister.
Im Auftrage:
Rathjen.

So „großzügig" saniert man in Deutschland die Finanzen.

Von der Handhabung des Reichsvereinsgesetzes.

In Oldenburg ist nicht nur in den Städten Oldenburg und Delmenhorst, sondern auch im Amte Rüstringen, in dem der Ort Bant liegt, wo das sozialdemokratische Organ, das Norddeutsche Volksblatt, erscheint, dieses als Publikationsorgan für die die Versammlungsanmeldung erübrigenden Bekanntmachungen ausgeschlossen worden!

•

Vor kurzem forderte der Distriktskommissar von Usch in der Provinz Posen von einem Glasarbeiter in Gertraudenhütte als vermeintliches Vorstandsmitglied des verpönten Glasarbeiterverbandes die Einreichung des Mitgliederverzeichnisses. Der Aufgeforderte lehnte die Forderung ab, mit dem Hinweis, daß er dazu nicht verpflichtet, auch sei er kein Vorstandsmitglied genannten Verbandes.

Wer nun aber glaubt, daß der Distriktskommissar mit der Ablehnung zufrieden, wird eines Besseren belehrt durch nachstehendes im Wortlaut wiedergegebenen Schreibens.

Der Distrikts-Kommissar.
J. N. 1381/08.
Gegen Zustl. Urk. Usch, den 18. Mai 1908.

Als Vorstandsmitglied der dortigen Zahlstelle des Zentralverbandes der Glasarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands, Sitz Berlin, sind Sie auf Grund des Vereinsgesetzes (!) verpflichtet, jede von hiernus, als der zuständigen Behörde, von Ihnen über die Zahlstelle geforderte Auskunft zu erteilen. Ihre in dem Schreiben vom 9. d. M. ausgesprochene Ansicht, daß Sie mit dieser Sache nichts zu tun hätten, ist daher nicht gerechtfertigt.

Ich ersuche Sie deshalb nochmals, mir binnen 3 Tagen nach Empfang dieses Schreibens ein Verzeichnis der Mitglieder der dortigen Zahlstelle einzureichen, widrigenfalls ich Ihre Bestrafung bei der zuständigen Gerichtsbehörde beantragen werde.

Unterschrift (unleserlich).

Dieser Distriktskommissar hat also noch nicht davon Kenntnis genommen, daß das am 15. Mai in Kraft getretene Reichsvereinsgesetz weder eine Pflicht der politischen Vereine zur Einreichung der Mitgliederliste, noch für die hier in Betracht kommende Gewerkschaft, die kein politischer Verein ist, auch nur die Verpflichtung zum Einreichen der Vorstandsliste, noch die Verpflichtung der Vereine zur Auskunfterteilung kennt. Daß die Auskunftspflicht auf Grund des neuen Vereinsgesetzes nicht konstruiert werden kann, hat der Staatssekretär des Innern bei der Beratung ausdrücklich anerkannt. Der Herr Distriktskommissar weiß davon nichts.

Zum Verständnis der Forderung des Kommissars ist noch zu bemerken, daß die Glasarbeiter zu Gertraudenhütte mit ihrem Arbeitgeber wegen Anerkennung der Organisation in Streit liegen, der Betrieb gegen Zuzug gesperrt, die Vertrauensleute wegen Zugehörigkeit zur Organisation vom Ort vertrieben sind!

•

Ebensowenig wie der Distriktskommissar in Usch ist der Polizeikommissar in Datteln (Münsterland) über das neue Gesetz unterrichtet. Als dort Sonntag mittag um 12 Uhr eine öffentliche Bergarbeiterversammlung stattfinden sollte, wurde dem Veranstalter bedeutet, daß dies wegen der Polizeiverordnung über Heilighaltung der Sonn- und Feiertage nicht vor 3½ Uhr zulässig sei. Der Referent versuchte den Polizeikommissar klar zu machen, daß das neue Vereinsgesetz auch für Datteln gelte, und daß sonach die Beschränkung nur noch sich auf den Vormittags-Gottesdienst beziehe. Half nichts. Der Herr Kommissar erklärte, solange er von seiner vorgesetzten Behörde nicht eine entsprechende ausdrückliche Anweisung erhalte, bleibe er bei der bisherigen Praxis.

Fahrkartensteuer-Schmerzen.

In einem Gespräch mit einem Publizisten erklärte der bayrische Verkehrsminister die Fahrkartensteuer **für durchaus unpopulär und für die Staatseinnahmen schädigend.** Solle die Steuer aufrecht erhalten werden, so müßte nach einem Gutachten eine etwa **fünfprozentige Besteuerung aller Fahrkarten,** also auch für die vierte Wagenklasse eingeführt werden. Den Vorschlag einer Reichseisenbahnsteuer wird Bayern ablehnen, da die Verwirklichung dieses Gedankens einen Schritt auf dem Wege der Vereinheitlichung des deutschen Eisenbahnwesens bedeuten würde.

Anstatt mit neuen zweifelhaften Experimenten zu operieren, sollte der bayrische Verkehrsminister besser bedacht sein, eine Steuer beseitigen zu helfen, die trotz der Verteuerung des Reisens „für die Staatseinnahmen schädigend" wirkt.

Peters Klagen.

Dr. Peters hat gegen die Entscheidung der Kölner Strafkammer in seinem Beleidigungsprozeß gegen Herrn v. Bennigsen Berufung beim Kölner Oberlandesgericht eingereicht.

Zu dem Prozesse bemerkt die Frankf. Ztg.: Der Ausgang des Kölner Petersprozesses in der Berufungsinstanz löst ein Gefühl der Heiterkeit aus. Erst der große und kostspielige Zeugen- und Sachverständigenapparat in der ersten Instanz die Bemühungen der Beklagten, des Klägers Peters und der beiderseitigen Anwälte, die obligate Rührszene Sello (Sello vergoß Tränen!) mit dem gewünschten formellen Erfolg und nun das Ganze pro nihilo. Der Strafantrag war zu spät gestellt, also die Strafverfolgung verjährt; das Urteil des Schöffengerichts wird deshalb aufgehoben und der Kläger abgewiesen. Wenn das von Dr. Peters angerufene Oberlandesgericht als Revisionsinstanz nicht anders entscheidet, ist dieser Prozeß für Dr. Peters, der dann die Gesamtkosten zu zahlen hat, eine recht teuere Sache. Auf der anderen Seite hätten die Angeklagten, speziell Herr v. Bennigsen, wohl lieber **gesehen, wenn es zur** nochmaligen sachlichen Verhandlung der Peters-Angelegenheit und zu einem die bekannten Vorgänge am Kilimandscharo würdigenden Urteil gekommen wäre, welche die schöffengerichtlichen Urteilsausführungen modifiziert hätten. So hat die Annahme der Verjährung diese Möglichkeit abgeschnitten — ob mit Recht, das muß jetzt die höhere Instanz entscheiden.

Vermuckerungsarbeit.

Eine planmäßige Beeinflussung der politischen Presse durch die Geistlichkeit scheint in der Provinz Hannover bevorzustehen. Der hannoversche Pfarrverein versendet an die Tageszeitungen einen längeren Artikel, in dem er die Mitteilung macht, daß er die Mitarbeit der Geistlichen an der Presse organisiert habe. Der Verein sei darauf bedacht, daß eine regelmäßige intensive Versorgung der Kleinpresse mit gutem Lesestoff aus geistlichen Kreisen hergestellt werde. Die Pfarrer, „die doch den Beruf hätten, Religion und Christentum ins Volk zu bringen und es sittlich zu heben", sollten jetzt, wo große Massen nicht mehr zur Kirche kommen, den Leuten täglich in ihrem Hause durch die Zeitung predigen. Um dem einzelnen diese Arbeit zu erleichtern, will der Verein sich einer schon bestehenden Korrespondenz bedienen, deren Stoff die Geistlichen für die Blätter verarbeiten sollen.

Glaubt man im Ernste, daß die Blätter sich für diese Predigtergüsse hergeben werden? Schon die Rücksicht auf die Leser, die durchaus kein Verlangen nach geistlichem Zuspruch verspüren, wird sie daran hindern.

Alle 14 Tage ein Ausgehtag.

Der Kreisschulinspektor des Landkreises Aachen Dr. Steffens hatte sich, wie wir vor kurzem berichteten, einen unerhörten Eingriff in die persönliche Freiheit zweier ihm unterstellten Lehrerinnen erlaubt. Dr. Steffens hatte den Lehrerinnen, die in dem kaum eine halbe Stunde von Aachen entfernten Dorfe Brand tätig sind, vorschreiben wollen, wie oft, an welchen Tagen und auf wie lange sie nach Aachen fahren dürften, und ihnen sogar eine Art Abmeldung beim Ortsschulinspektor über Dauer und Anlaß dieser Fahrten zur Pflicht gemacht. Wie nun aus Aachen berichtet wird, hat der fürsorgliche Kreisschulinspektor seinen Ukas jetzt wieder zurückziehen müssen.

Von einer Neuanstellung des Gouverneurs z. D. v. Puttkamer im Reichsdienst soll an maßgebender Stelle nichts bekannt sein. So meldet der Berliner Lokalanzeiger. Es fragt sich nur, ob dieses Blatt mit den Absichten der maßgebenden Stelle wirklich genau bekannt ist.

g. **Die Oeffentlichkeit sollte wieder einmal gefährdet sein, als** in Halle gegen den Bataillonsschreiber, Unteroffizier Große wegen Unterschlagung und Urkundenfälschung verhandelt wurde. Als Große vor dem Kriegsgericht der 8. Division stand, beantragte ein als Beisitzer fungierender Offizier, die Pressevertreter aus dem Saal zu verweisen, **weil gegen einen Unteroffizier verhandelt werde;** die Gründe wolle er in geheimer Sitzung geltend machen. Das Gericht beriet sehr lange, ging aber auf den wohlgemeinten Vorschlag nicht ein. Der Angeklagte, der 290 M. unterschlagen hat, wurde zu 7 Wochen Gefängnis und Degradation verurteilt.

g. **Ein zu kurzes Hemd,** das nur bis an den Nabel reichte, hatte für den Musketier Busch eine Anklage wegen unerlaubter Entfernung zur Folge. Gelegentlich eines Appells in der Altenburger Kaserne hatte der Unteroffizier den Busch bis aufs Hemd untersucht und gefunden, daß das Hemd nur bis an das Bauchknöpfchen reichte. Auf eine Frage des Unteroffiziers, weshalb Busch ein so kurzes Hemd trage, hatte der Untergebene eine falsche Antwort gegeben. Busch befürchtete deshalb Strafe, verließ aus Angst die Kaserne und irrte 12 Tage in einem Walde umher. Das Gericht verurteilte ihn zu 45 Tagen Gefängnis.

Der Adventist Musketier Zeglatis, der sich unter Berufung auf seine religiösen Ueberzeugungen trotz dreier Vorstrafen weigerte, Sonnabend Dienst zu tun, ist nach einer Meldung aus Flensburg zu **1 Jahr Gefängnis** verurteilt worden.

Die Oeffentlichkeit wird die Verhängung einer so hohen Strafe gegen einen Mann, der ein Opfer seiner Ueberzeugung wurde, gewiß nicht verstehen.

s. **Um die heilige Fahne.** In Pfaffenhausen in Schwaben beging der Katholische Burschenverein die feierliche Weihe seiner „heiligen" Fahne. Der frömmste sollte die Fahne zum Aufbewahren erhalten. Da jeder frömmer sein wollte als der andere, schlugen sie sich gegenseitig die Köpfe blutig. Jetzt muß erst das Gericht entscheiden, wer das fähigste Mitglied des Katholischen Burschenvereins ist.

Kleine politische Nachrichten. In Cetinje (Montenegro) wird gegenwärtig ein Bomben- und Hochverratsprozeß verhandelt. In einzelnen der Regierung nahestehenden Preßorganen wurde stets behauptet, daß die ganze Bombenaffäre nur eine von der montenegrinischen Regierung angezettelte Komödie ist, die das Publikum gläubig aufgenommen hat. Dagegen sagen jetzt die Hauptangeklagten aus, daß die Pläne zu dem Attentat tatsächlich in Belgrad geschmiedet und die Bomben auch in der Hauptstadt Serbiens beschafft worden sind. Noch peinlicher wirkt es, daß die Verschwörer gegen den Minister Paschitsch aussagen, mit dem sie in Beziehungen gestanden haben. Aus den Aussagen geht hervor, daß dem serbischen Ministerpräsidenten die ganze Affäre nicht unbekannt ist. — Nach Depeschen aus Samos dauern dort die Unruhen fort. Die Lage hat sich sehr verschlimmert. — Im persischen Parlament besprach man am Mittwoch Interpellationen wegen des russischen Grenzkonflikts und wegen der allgemeinen Finanzlage. — Aus Teheran wird gemeldet: In die Wohnung des russischen Finanzagenten und Direktors der Diskontobank, Ostrogradski, drangen drei unbekannte Männer ein, augenscheinlich um zu rauben. Als Ostrogradski ihnen entgegentrat, erhielt er einen Schuß, der ihn leicht verwundete. Als er dann selbst schoß, ergriffen die Räuber die Flucht. — Das Repräsentantenhaus in Washington hat die im Senat eingebrachte Gesetzvorlage angenommen, nach der auf Passagierdampfern ein größerer Luftraum für das Zwischendeck verlangt und die Beförderung von Zwischendeckspassagieren auf Dampfern verboten wird, deren untere Decks nicht genügende Beleuchtung haben bezw. sonst nicht entsprechend eingerichtet sind.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Zur Frage der zweijährigen Dienstzeit.

Wien, 28. Mai. Im Wehrausschusse des Abgeordnetenhauses erklärte Ministerpräsident Freiherr v. Beck, für die Regierung sei die **Einführung der zweijährigen Dienstzeit** ein mit aller Energie anzustrebendes Ziel. Nachdem der Ausgleich hergestellt sei, würden entsprechende Unterhandlungen mit dem Reichskriegsministerium beziehungsweise mit Ungarn wieder aufgenommen werden.

Der Ministerpräsident ging dann auf die Vereinbarungen mit der ungarischen Regierung wegen der Offiziersagenerhöhung sowie die Verbesserung der Mannschaftskost ein, deren Ergebnis als eine Frucht des von allen Seiten geübten Entgegenkommens und als „ein Sieg jener gefestigten und gesunden Situation zu betrachten sei, die heute zwischen Oesterreich und Ungarn als eine Folge der gesetzlichen Fundamentierung des wirtschaftlichen Verhältnisses zwischen beiden Staatsgebieten bestehe". Schließlich betonte der Ministerpräsident, daß bei diesen Vereinbarungen von keinerlei Zugeständnissen, namentlich nicht von Zugeständnissen nationaler Natur in bezug auf die Armee, die Rede gewesen sei. Die Vereinbarungen wegen der Offiziersgagen sowie der Mannschaftsslöhnung entsprächen den Beschlüssen der österreichischen Delegation und würden sie nach dem Jahre 1912 noch übersteigen.

Die ungarische Wahlreform.

Budapest, 27. Mai. Abgeordnetenhaus. Der Minister des Innern Graf Andrassy erklärte auf die Interpellation Mezöfes (Sozialist), er übernehme die bindende Verpflichtung, **daß er den Gesetzentwurf wegen der Wahlreform zu Beginn der Herbstsession einreichen werde.**

•

Auf die Interpellation Szmerosanyis (Klerikaler) wegen eines „Attentates" auf einen boykottierten Schlächterladen erklärt der Minister, die Polizei habe 14 Mitschuldige verhaftet. „Es sei jedoch unmöglich gegen die Arbeiterorganisation vorzugehen, weil dies den Anschein erwecken würde, als ob die Verfolgung aus Klasseninteresse geschehe und es nicht nachweisbar sei, daß der Arbeiterverein zu dem Vorgehen angestiftet habe."

Gegen den Schlächterladen waren einige Feuerwerkskörper geworfen worden. Im übrigen geniert sich die ungarische Regierung sonst durchaus nicht, die Verfolgung der Arbeiterorganisationen in der brutalsten Weise durchzuführen.

Belgien.

Ueber den Ausgang der belgischen Wahlen

äußert sich Genosse Vandervelde im Peuple: „Wir sind die einzigen Sieger. Währenddem die Majorität der klerikalen Partei beschränkt ist, während in Mons und Charleroi die Liberalen die Früchte ihrer Gehässigkeit oder Engherzigkeit gegen die sozialen Reformen geerntet haben, hat die Arbeiterpartei Sitze und Stimmen gewonnen.

Es scheint nicht zweifelhaft, daß die skandalösen Bedingungen, unter denen die Regierung die Uebernahme des Kongostaates herbeizuführen beabsichtigt, viel zu unserem Siege beigetragen haben."

Der Ausgang der Wahlen bedeutet in der Tat eine deutliche Absage an Leopold. Die Liberalen, Sozialisten und Christlich-Demokraten haben sich in der Wahlbewegung energisch gegen die Kongopolitik ausgesprochen und doch vereinigten sie 642 000 Stimmen auf sich, während die klerikalen Kongoisten es nur auf 514 000 Stimmen brachten. Als eine weitere Ursache der sozialistischen Siege bezeichnet Vandervelde das Wachstum, vor allem an innerer Festigkeit der Organisation. Weiter spricht sich Vandervelde über die Erfolge in den einzelnen Wahlkreisen aus und kommt dabei zu dem Schlusse, daß die Partei überall dort, wo sie Kompromisse mit den Liberalen nicht eingegangen war, sich besser abgeschnitten habe.

Die klerikale Mehrheit ist seit dem Jahre 1902 ständig zurückgegangen, sie betrug 1902 noch 26, 1904 ging sie auf 20 zurück, nach den Wahlen 1906 betrug sie noch 12, um nun auf 8 zu sinken. —

England.

Internationale Schiffahrtskonferenz.

London, 28. Mai. Auf eine Frage betreffend die bevorstehende internationale Schiffahrtskonferenz in London erklärte Staatssekretär Grey im Unterhause, daß die Einladungen dazu ergangen seien. Die Regierung wünsche die Erörterung verschiedener Punkte, über die eine Uebereinstimmung der Seemächte vor Ratifizierung der Prisengerichtskonvention zu erzielen wesentlich sei. Die wichtigste der zu erörternden Fragen seien Bestimmungen über Blockade und Konterbande. Die Wegnahme von Privateigentum auf See befinde sich nicht unter diesen Fragen, und es sei wünschenswert, daß die Erörterung auf Punkte, die für die Konvention von besonderer Wichtigkeit seien, beschränkt werde.

Spanien.

Das Zuchthausgesetz.

Madrid, 28. Mai. Unter Leitung des Direktors der Zeitung Liberal fand am Donnerstag eine Massenversammlung statt, um gegen das Gesetz betr. Unterdrückung des Terrorismus zu protestieren.

•

Nach Meldungen aus Madrid ist das „Terroristengesetz" vom Kongreß einer Kommission überwiesen, und diese hat es, obwohl nur aus ministeriellen Deputierten bestehend, doch für angezeigt gehalten, um wenigstens den Schein zu retten, eine „öffentliche Information" anzuberaumen. Die Kommission vernahm, wie dem T. T. berichtet wird, Politiker, Literaten, Journalisten, Professoren, Juristen, Gewerbetreibende, Aerzte, Vertreter von Arbeiterverbänden usw. Zu Reden, die die im Parlament gehaltenen bei weitem übertragen, wird von ihnen offen gegen das **Wiederinslebenrufen einer Art Inquisition** mit allen ihnen zu Gebote stehenden Argumenten Einspruch erhoben. Es ist nicht nur die Gefährdung der Preßfreiheit, was die Oeffentlichkeit erregt, sondern auch die Aufhebung der konstitutionellen Garantien durch das geplante Gesetz. Besonders lebhaft wird auch Artikel 5 des Entwurfs erörtert, der wie folgt lautet: „Die Drohung gegen Gemeinschaften, soziale Klassen oder Korporationen, ihnen irgend ein Uebel zuzufügen, das ein Verbrechen gegen ihr Eigentum oder ihre Rechte oder die Personen, die sie bilden, bedeutet, wird mit Zuchthaus bestraft." Das Wort Drohung läßt eine sehr weitgehende Auslegung zu, und es ist sicher, daß mit Hilfe dieses Paragraphen bei dem meist hier herrschenden klerikal-konservativen Regiment zum Beispiel ein Arbeiterausstand resp. dessen bloße Ankündigung schon als ungesetzlich und strafbar erklärt werden würde. Nur mit Bangen kann man daran denken, wohin Spanien geraten würde, wenn dieses Gesetz, das nicht ein Gesetz gegen Explosivstoffe, sondern selbst ein Sprengkörper ist, in Kraft treten sollte. Es wäre die Auslieferung des Landes an die ärgste Willkürherrschaft, an den schrankenlosesten Despotismus, an die Anarchie von oben. Das Gesetz ist ein Schweigegebot für alle Unterdrückten, die Regierung jeder freien Meinungsäußerung, es garantiert dagegen die Straflosigkeit des Mandarinentums und die Unverletzlichkeit der religiösen Kongregationen. Daß nur die Schaffung freiheitlicher Einrichtungen, die Beseitigung der wirtschaftlichen Notlage, die Förderung der Volksbildung das Dynamit und die Konspirationen der Terroristen unschädlich machen, will diese klerikal-reaktionäre Regierung nicht einsehen. Lieber greift sie zu absurden Unterdrückungsmaßregeln, die die zuerst verwunden, die sie anwenden wollen.

Rußland.

Der Polizeisumpf.

Vor einigen Tagen wurde im Kiewer Bezirksgericht der Prozeß gegen den Redakteur der liberalen Kiewer Nachrichten, Semjanowski, verhandelt, der angeklagt war, den früheren Chef der Kiewer Geheimpolizei, Rudoi, in der Presse beleidigt zu haben. Der Kläger, der inzwischen wegen erwiesener Teilnahme an „Expropriationen" seines Postens enthoben worden ist, war vor Gericht nicht erschienen. Das Gericht beantragte, die Anklage einzustellen, der Angeklagte protestierte aber dagegen. In seiner Verteidigungsrede stellte er an der Hand von zahlreichen Tatsachen fest, **daß sich die örtliche Geheimpolizeiabteilung unter der Leitung von notorischen Dieben und Räubern befand,** die unter dem Schutz ihrer amtlichen Stellung zahlreiche Verbrechen verübten. Das Gericht sprach den Angeklagten, ohne sich zur Beratung zurückzuziehen, frei.

Petersburg, 28. Mai. In Jekaterinodar wurde bei einem gewissen Ignionko eine Haussuchung vorgenommen, die mit dem **Tode dreier Menschen,** darunter des deutschen Reichsangehörigen Truhn, endete. Der ganze zum Teil sehr rätselhafte Vorfall, dem ein Gewaltakt zugrunde liegt, soll von den Kadetten in Form einer Interpellation in der Duma zur Sprache gebracht werden. Wie ver-

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19080529/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

lautet, hat der deutsche Konsul in Noworossijsk den Fall dem deutschen Botschafter in Petersburg gemeldet.

* * *

Warschau, 28. Mai. Gestern abend wurde in der Malewkistraße in die Wohnung des Papierfabrikbesitzers Hepner eine Bombe geschleudert. Zwei Wohnungen wurden hierbei zerstört. Hepners sechsjähriger Sohn wurde getötet, zwei Dienstmädchen schwer verletzt. Es handelt sich um einen Racheakt.

Marokko.

Mulay Hafid vor Fez.

Tanger, 27. Mai. Ein hier in vierzig Stunden von Fez eingetroffener Läufer erzählt, daß Mulay Hafid in unmittelbarer Nähe der Hauptstadt am Fezflusse lagere. Man nimmt an, daß er das Freitagsgebet in Fez abhalten will.

Tanger, 28. Mai. Buchta ben Bagdadi hat sich nach der Küstengegend zurückgezogen, nachdem seine Mahalla sich fast völlig aufgelöst hat. Er wird versuchen, in Mehedia, nördlich von Rabat, eine neue Armee zu bilden.

*

Paris, 28. Mai. Admiral Philibert telegraphiert, daß sich alle Teile der Si Aidas jetzt unterworfen hätten. Von General Baillaud liegt die Nachricht vor, daß er mit einem Teil der Truppen Bu Denib verlassen werde. Ebenso werden die Generale Lyautey und Vigy in zwei Tagen mit ihren gesamten Streitkräften aufbrechen, nachdem sie einen provisorischen Posten eingerichtet haben.

*

Madrid, 27. Mai. In der heutigen Kammersitzung brachten mehrere Deputierte die Vorfälle in Casablanca zur Sprache und forderten die Regierung auf, die spanischen Truppen zurückzuziehen. Der Minister des Auswärtigen erwiderte, der Zwischenfall habe seine befriedigende Erledigung gefunden. Die Regierung müsse den Ereignissen standhalten und die ihr durch die Algeciragakte auferlegte Mission erfüllen.

Amerika.

Für eine unabhängige Arbeiterpartei.

In der Federation of Labour mehren sich die Stimmen, die sich gegen das Verhalten der Gompers und Genossen in bezug auf deren politische Tätigkeit wenden. So veröffentlicht das Fachorgan der Maler einen Artikel, der sich mit den Arbeiten der Konferenz beschäftigt, die kürzlich von Gompers nach Washington berufen war, um dort die Schritte zu beraten, die gegen die Entscheidungen des Bundesgerichts zu unternehmen seien. Das Blatt kommt zu dem Schluß, daß die Hoffnungen, die man auf diese Konferenz gesetzt hatte, zuschanden geworden seien. Das Blatt verweist auf das Beispiel der Arbeiter Englands, des Kontinents und Australiens und fordert, daß man Schritte tue, um selbständige und unabhängige Arbeiterpolitik zu treiben. „Wir müssen als eine gesonderte Partei in die Politik eintreten, die organisiert ist zu dem Zwecke, Arbeiter-Gesetzgebung zu erlangen durch Arbeiter-Vertreter, die auf Grund eines Arbeiter-Programms gewählt sind." —

Volkswirtschaft.

Ueber die Wirkungen des Zigarettensteuergesetzes auf die Zigarettenindustrie äußert sich der soeben erschienene, von den Aeltesten der Kaufmannschaft von Berlin herausgegebene zweite Band des Berliner Jahrbuchs für Handel und Industrie für 1907 (Verlag von Georg Reimer, Berlin) folgendermaßen:

Der Zigarettenindustrie hat, wie vorauszusehen war, die Banderolensteuer **einen nachhaltenden und kaum auszugleichenden Schaden zugefügt.** Der Kampf aller gegen alle, der bereits im Jahre 1906 sofort nach Inkrafttreten des Steuergesetzes begann, hat sich im Jahre 1907 und besonders in dessen ersten Teile bedeutend verschärft. Einzelne Zigarettenfabrikanten versuchten unter Hinaufsetzung ihrer Verkaufspreise und entsprechender Hinaufsetzung der Kleinverkaufspreise ihre alten, gewohnten Qualitäten aufrechtzuerhalten. Die Zigarrenhändler, die sich dadurch geschädigt fühlten oder nicht glaubten, bei ihrer Kundschaft eine Preiserhöhung durchsetzen zu können, widersetzen sich dem aber entschieden. Hierin wurden sie noch durch das Vorgehen einiger kurzsichtiger Fabrikanten unterstützt, die gerade die Zeit der Aufregung und Unzufriedenheit dazu benutzen zu müssen glaubten, das Geschäft an sich zu reißen. Diese Zigarettenfabrikanten erhöhten ihre Preise gar nicht oder nur in ganz unbedeutender Weise und versuchten, ihre Waren trotz der verminderten Qualität durch eine eifrigere Reklame oder durch ein Ueberbieten der Prozente und Rabattsätze auf dem Markt zu halten resp. den Markt zu erobern. Hierzu kam, daß gerade die Einführung der Steuer den Anstoß dazu gab, daß eine große Anzahl von Laien sich der Industrie zuwandte, in dem Glauben, bei der allgemeinen Umwälzung leicht gute Geschäfte machen zu können. Als die Erfolge dann ausblieben, mußten diese Elemente dem Geschäftsgebaren der oben Genannten folgen. Infolge dieser Vorgänge griff schließlich mehr als vor der Einführung der Steuer das Streben, sich gegenseitig zu unterbieten, Platz, so daß man wohl behaupten kann, daß die Zigaretten heute trotz des Steuerzuschlages teilweise billiger abgegeben werden, als vor Erlaß des Steuergesetzes. Natürlich wurde diese Verbilligung **nur durch Verschlechterung der Qualität,** der Arbeit usw. ermöglicht, zumal da die Geschäftsunkosten sich in jeder Richtung bedeutend erhöht haben. Die Banderolensteuer hat die Regiespesen bedeutend erhöht, und bei denjenigen Firmen, die sich stark der Reklame bedienen, sind infolge des schärferen Konkurrenzkampfes auch die **Reklameunkosten erheblich gestiegen.**

Der Münchner Musikstreit vor Gericht.

Im weiteren Verlauf des Prozesses am Dienstag bekundet als Sachverständiger Kapellmeister v. Hausegger-München, er habe schon zu der Zeit, als er noch das Orchester dirigierte, Unteinheit der Holzbläser bemerkt. — Dem Zeugen Adolf Marggraf, Vorsitzenden des Münchner Musikerverbandes, war eine Aeußerung hinterbracht worden, die Schneevoigt gelegentlich eines Konzertes in Neufchatel (Schweiz) gemacht haben soll, die dahin ging, „die deutschen Musiker seien sehr faul und gehörten aus dem Orchester heraus". Zeuge hat den Angeklagten Wüstemann veranlaßt, objektiv über die Vorgänge im Kaim-Orchester zu berichten. Dieser Bericht sei dann in dem inkriminierten Rundschreiben verwertet worden. — Kapellmeister Lassalle-München war stets zufrieden mit den Leistungen des Kaim-Orchesters. Er hat keinen Mangel an Disziplin wahrgenommen. — Musikdirektor Hans Pfitzner-Straßburg bekundet: Das Kaim-Orchester sei teilweise sehr gut gewesen. Zeuge hatte den Eindruck, daß die Leistungen des Orchesters bessere gewesen wären, wenn in ihm ein anderer Ton geherrscht hätte. Die Schuld an den Zuständen im Orchester dürften nicht den Privatkläger Schneevoigt treffen, sondern eher den Hofrat Kaim, der das Verhältnis zwischen Dirigenten und Orchester nicht immer so herzustellen sich bemühte, wie es in der Ordnung gewesen wäre. Die Unstimmigkeiten bei den Holzbläsern hätten ihre Ursache vielfach in der Qualität der Instrumente und in der Temperatur. Danach wurde die Weiterberatung auf Mittwoch vertagt.

Als erster Zeuge wird Chefredakteur Scharre von der Münchner Zeitung vernommen. Er erklärt, daß er sich nach den redaktionellen Gepflogenheiten nicht für berechtigt halte, die Namen der Einsender der Erklärung bekannt zu geben. Er müsse sich daher auf das Redaktionsgeheimnis berufen. — Zeuge Tonkünstler Straughut-Homburg v. d. H. war vor zwei Jahren mit in Neufchatel. Er hörte von einem Kollegen, daß Schneevoigt nach einem Konzert, dem eine lange ermüdende Reise vorausgegangen war, unter der die Leistungen natürlich litten, geäußert habe: „Alle Deutschen müssen aus dem Orchester heraus!" Das Verhältnis zwischen Kapellmeister und Orchester sei immer etwas gespannt gewesen. Schneevoigt habe es nicht verstanden, mit den Leuten zu verkehren. — Vors.: Wir hatten im vergangenen Jahre hier einen Prozeß, da wurde erklärt, daß die Künstler außerordentlich temperamentvoll seien. (Heiterkeit.) — Kapellmeister Schneevoigt: Mich haben die Orchestermitglieder auch oft zum Teufel gewünscht. — Vors.: Wegen dieser Aeußerung können Sie sich also ruhig die Hände reichen. (Große Heiterkeit.)

Hierauf wird als Zeuge Hofrat Dr. Kaim vorgerufen. Er bekundet: Der allgemeine Eindruck sei immer der gewesen, daß Schneevoigt redlich bemüht war, das Orchester zu vervollkommnen. Er habe aber nicht den rechten Ton gegenüber den Orchestermitgliedern getroffen durch unvorsichtige Aeußerungen, die sich schroffer darstellten als sie eigentlich gemeint waren. Die Mitglieder beschwerten sich, daß sie von Schneevoigt schikaniert würden. Am 1. Januar kam eine Deputation zum Zeugen und beklagte sich über Schneevoigt, „aber in einem Tone, den er zurückweisen mußte". Die Kündigungen unter seiner Direktion seien nicht so zahlreich gewesen, als man annahm. Daß Schneevoigt selbst die Entlassung von Mitgliedern verlangte, sei selten vorgekommen. Nach den Verträgen mußten die Orchestermitglieder annehmen, daß Entlassungen aus künstlerischen Gründen auf den Kapellmeister zurückzuführen seien. Zeuge hat deshalb den ausscheidenden Bläsern erklärt, daß das Musikkomitee an der Entlassung schuld sei. Schneevoigt könne mit Recht sagen, er stehe nicht hinter diesen Entlassungen. Er habe bei Schneevoigt nie eine Abneigung gegen deutsche Musiker bemerkt. Einige weitere Zeugenaussagen bieten kein wesentliches Interesse.

Im weiteren Verlauf der Verhandlung kam es zu folgendem **Vergleich:**

1. Auf Grund der zweitägigen Beweiserhebung erklären die Parteien: a) Die Beklagten nehmen die gegen den Privatkläger erhobenen Vorwürfe des Wortbruchs und der Doppelzüngigkeit als unbegründet zurück, b) der Privatkläger erkennt an, im Affekt Aeußerungen gebraucht zu haben, die geeignet waren, die Mitglieder des Kaim-Orchesters zu kränken und zu reizen. 2. Die Beklagten übernehmen ihre Auslagen und die Hälfte der Gerichtskosten. Die übrigen Kosten trägt der Privatkläger.

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Inland.

Zum Streik der Schuhmacher in Leipzig.

Der Streik der Schuhmachergehilfen nimmt, nachdem sich die eingeleiteten Verhandlungen abermals zerschlagen haben, schärfere Formen an. Zwar versuchen gerissene Geschäftspolitiker ihrer Arbeiterkundschaft vorzuschwindeln, der Streik sei beendet, aber darauf wird niemand hereinfallen. In einer Besprechung gestern beschlossen die Streikenden gegen 1 Stimme bei 3 Stimmenenthaltungen den Kampf vorläufig bis zum 15. Juni fortzuführen. Nunmehr trat auch die Produktivgenossenschaft der Leipziger Schuhmachergehilfen ins Leben, gleichzeitig werden drei Geschäfte eröffnet. Sobald es die Verhältnisse gestatten, werden noch weitere Zweiggeschäfte errichtet. Auch die Unternehmer werden ihre Taktik zu verschärfen suchen. Auch die Aera der Streikprozesse beginnt.

Der Glaserstreik in Görlitz

ist nunmehr beendet; die Forderungen der Arbeiter sind bewilligt worden.

Ausland.

Lohnbewegungen in Nordböhmen.

Die Schuhmachergehilfen in Böhmisch-Kamnitz haben ihren Meistern Forderungen überreicht, weshalb Zuzug von Schuhmachergehilfen nach dort fernzuhalten ist.

In Riemes sind nach den Zimmerern nun auch die Maurer in den Streik getreten. Die Unternehmer haben auf die Eingabe der Arbeiter nach Lohnerhöhung nicht einmal eine Antwort erteilt. Die Maurerlöhne betrugen bisher 36 Heller pro Stunde. Der Streik steht günstig.

Eine Riesenaussperrung in Stockholm.

Der Zentral-Arbeitgeberverband in Stockholm beschloß, daß, falls bis zum 6. Juni im Baugewerbe und anderen Zweigen eine Einigung nicht erzielt sei, am 9. Juni von sämtlichen dem Arbeitgeberverband angehörenden Firmen die Aussperrung der Arbeiter proklamiert werden soll. Von der Aussperrung würden über 50 000 Arbeiter betroffen werden!

Parteiangelegenheiten.

In einer Parteiversammlung in Nürnberg machte Genosse Dr. Südekum in seiner Berichterstattung über die Tätigkeit des Reichstages einige kritische Bemerkungen über die sozialdemokratische Reichstagsfraktion. Die Fraktion, so legte er dar, müsse auf dem Gebiete der auswärtigen Politik mehr als bisher sich betätigen. Genosse Eisner bedauerte auch, daß die Fraktion nicht genug im Widerstand gegen das neue Vereinsgesetz getan habe; auch hätte sie in der Hill-Affäre die Regierung interpellieren sollen. Die Ausstellung bezüglich des Vereinsgesetzes erklärte Südekum nicht als zutreffend ansehen zu können.

Der Parteivorstand der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Hollands wurde durch Parteireferendum bis auf zwei Mitglieder, die Genossen Sleef und Helsdingen, die mit den Genossen Wibaut beziehungsweise Besuyen in Stichwahl stehen, in seiner bisherigen Zusammensetzung wiedergewählt, während der ausscheidende Genosse Troelstra eine Wiederwahl abgelehnt hatte.

Als Delegierte für das Internationale sozialistische Bureau wurden in gleicher Weise die Genossen van Kol und Troelstra wiedergewählt.

Sächsischer Landtag.

II. Kammer.

122. Sitzung vom 29. Mai 1908.

Bei Kapitel 19, Einnahmen der allgemeinen Kassenverwaltung, werden nach einem mündlichen Berichte des Abg. Anders die Gesamteinnahmen mit 1 673 620 M. genehmigt.

Es folgt Kapitel 79 des Etats, Verbesserung und Neubau von Straßen, Wegen und Brücken. Ueber dieses Kapitel ist bereits einmal verhandelt worden. Damals waren Einwendungen gegen die 600 000 M., die man für Straßenbauten eingesetzt hatte, erhoben worden; die Summe wurde als ungenügend bezeichnet. Die Deputation hatte bereits erwogen, den Betrag um 150 000 M. zu erhöhen, war aber noch zu keinem Uebereinkommen mit der Regierung gelangt. Inzwischen ist eine Vereinbarung zustande gekommen. Die Regierung hat sich mit der Erhöhung der Summe auf 750 000 M. einverstanden erklärt, wenn eine Deckungsmöglichkeit gegeben wurde. Die Deputation hat als Weg zur Deckung Einschränkungen bei mehreren Bauten empfohlen. Der Berichterstatter, Abg. Steiger, weist u. a. darauf hin, daß gegenwärtig noch 40 Straßenbauprojekte der Ausführung harrten, die man alle als notwendig bezeichnen könnte.

Abg. Merkel ersucht um Aufhebung der zahlreichen Wegeverbote in den Staatsforsten.

Abg. Rentsch (kons.): Mit den 750 000 M. könnten die 40 noch unausgeführten Straßenbahnprojekte noch nicht ausgeführt werden. Es seien daher noch größere Zuwendungen nötig.

Sodann werden bei Titel 25 des Kapitels 79 die eingestellten 750 000 M. bewilligt.

Der folgende Punkt betrifft den Ankauf eines Grundstücks für Zwecke des Seminars Zschopau. Hierzu sollen 60 600 M., gemeinnützig, also 30 300 M. eingestellt werden. Es wird demgemäß beschlossen.

Ueber Kapitel 99, Taubstummen-Anstalt, berichtet Abg. Poppitz. Seine Ausführungen geben keinen Anlaß zu Bemerkungen. Kapitel 99 wird nach der Vorlage mit 55 80 M. Einnahme und 352 871 M. Ausgabe bewilligt. Ferner bei Kapitel 79 B, allgemeine Ausgaben zu Zwecken der Taubstummen-Anstalt und des Taubstummenwesens 161 872.

Nun wird in die Verhandlung über die Kapitel 38, 39, 40 und 41 des Etats eingetreten. Sie betreffen den

Justiz-Etat.

Es wird über alle 4 Kapitel (Ministerium der Justiz, Oberlandgerichte und Staatsanwaltschaften bei den Oberlandgerichten, Landgerichten, Amtsgerichten und Staatsanwaltschaften) gemeinsam die Debatte eröffnet.

Abg. Opitz (kons.) drückt zunächst seine Befriedigung darüber aus, daß die Besoldung der Referendare bei den Gerichten beibehalten worden ist. Er wolle die Aufmerksamkeit des Hauses auf die Justizreform im Reiche lenken. Was die Strafprozeßordnung anbelange, so werde man zugeben müssen, daß eine Reform dringend nötig sei. Dasselbe gelte auch vom Strafrecht. Jetzt werde die persönliche Ehre der Staatsbürger bei weitem nicht genügend geschützt. Vielfach wurden Skandale und Sensationen durch die Gerichtsverhandlungen noch gefördert. Nach dieser Richtung hin müsse gründliche Abhilfe geschaffen werden. Die Reichsregierung plane die Zuständigkeit der Amtsgerichte in Zivilprozessen in Sachen von 300 Mark auf 500 Mark zu erweitern. Dadurch würden Umwälzungen im Gerichtswesen herbeigeführt. Zur Zeit der Einführung der jetzigen Rechtszustände, die man jetzt wieder reformieren wolle, sei man von der Absicht ausgegangen, das Gerichtswesen mehr zu zentralisieren. Auch die sächsische Regierung habe damals nicht weniger als 70 Gerichtsämter aufheben wollen. Dagegen habe er sich entschieden gewendet, schließlich seien nur zwei Amtsgerichte aufgehoben worden. Die geplante Erweiterung der Zuständigkeit für die Amtsgerichte begrüße er als einen Fortschritt. Der Anwaltstag in Leipzig habe sich allerdings gegen den Ausbau der Amtsgerichte ausgesprochen. Es seien dafür zumeist Berufsinteressen maßgebend gewesen. Man habe aber auch gesagt, daß im Interesse der Rechtspflege die Reform verhindert werden müsse. Das müsse er entschieden bestreiten. Im Sinne einer besseren Rechtspflege liege durchaus die Erweiterung der Amtsgerichtszuständigkeit.

Im übrigen verbreitet sich der Redner über die Frage, ob bei den Amtsgerichten Anwaltszwang eingeführt werden müsse oder nicht; ferner über die Verhältnisse bei der Rechtsanwaltschaft. — In letzter Zeit hat man vielfach Stellung genommen zu der Auslassung des Abg. Dr. Heinze im Reichstage über Klassenjustiz. Dieser Ausdruck stelle einen Fehlgriff dar. Denn unter diesem Ausdrucke stelle man sich eine absichtliche Beugung des Rechts zugunsten der Besitzenden dar. Die sächsischen Richter würden durch diesen Vorwurf nicht getroffen. Man könnte im Gegenteil vielmehr behaupten, daß bei der Rechtsprechung auf die Armut und Stellung als Arbeiter Rücksicht genommen wird. Könne also von einer Klassenjustiz keine Rede sein, so müsse man doch bedauern, daß die richterlichen Beamten ihre sozialen Pflichten gegenüber dem Staate nicht erfüllen. Viele Richter zögen sich von der öffentlichen Tätigkeit ganz zurück. Hieraus erkenne man, daß eine vollständige Verkennung der Pflichten des Beamten seitens der Richter vorliegen. Wenn man der Einwand erhoben werden könnte, bei Beteiligung an politischen Kämpfen könnte die Unparteilichkeit der Richter in Zweifel gezogen werden, so erwidere er, daß hervorragende Juristen, wie Staatsanwalt Hartmann in Plauen sowie Dr. Kurz sich in hervorragender Weise im öffentlichen Leben betätigt und doch voll ihre Pflicht erfüllt hätten. Wenn die Richter mehr als bisher im öffentlichen Leben eine Tätigkeit entwickelten, würde dadurch nicht nur das Ansehen der Richter gehoben, sie würden auch befähigt, objektiver Recht zu sprechen als bei ganzer Zurückziehung auf ihren Beruf.

(Bei Schluß der Redaktion geht die Verhandlung noch weiter.)

Versammlungskalender für Sonnabend.

Bezirk Kötzschenbroda. Abends 9 Uhr Zahlabend im Jägerhof.
Bezirk Cossebaude-Kötitz. Mitglieder-Versammlung im Restaurant Kamerun.
Zentralverband aller in der Schmiederei beschäftigten Personen. Abends 9 Uhr Schmiede-Versammlung im Volkshaus.

Wetterprognose des Sächs. Meteorologischen Instituts zu Dresden für den 30. Mai 1908:

Mäßige nordöstliche Winde; veränderliche Bewölkung; zeitweise Regen; Temperatur nicht geändert.

Wetterbericht von der Wetterhäusle an der Augustusbrücke am 29. Mai, mittags 12 Uhr.

Barometer: 755. Veränderlich.
Thermometer: + 17° R.
Thermometrograph: Min. + 19, Maxim. + 20.
Hygrometer: 80%.
Wasserstand: — 103.

Letzte Telegramme.

Erkrankung des Abgeordneten Molkenbuhr.

Essen, 29. Mai. (Bureau Hirsch.) Der Reichstagsabgeordnete Molkenbuhr aus Berlin, der gestern abend in einer sozialdemokratischen Wahlversammlung sprechen wollte, ist auf der Durchreise, von Berlin kommend, in Elberfeld von einem Schlaganfall betroffen worden und liegt schwer krank danieder.

Abdul Aziz' Armee.

London, 29. Mai. Wie ein hiesiges Blatt aus Tanger meldet, werden die Ueberreste von Abdul Aziz' Armee, denen es gelang, sich auf Rabat zurückzuziehen, nur noch auf ein Drittel der ursprünglichen Stärke geschätzt.

Russische Angst.

Petersburg, 29. Mai. (Bureau Hirsch.) Zwei als Bauernburschen verkleidete junge Männer machten den Versuch nachts in die in der Nähe der Nikolai-Brücke ankernde Kaiserjacht Standard einzudringen, wurden jedoch von der Schiffsmannschaft entdeckt und der Wachtpolizei übergeben. Die Jacht wird einer genauen Untersuchung unterzogen, bevor sie nach Peterhof abgeht.

Eine Demonstration.

Barcelona, 29. Mai. Gegen 1000 Personen veranstalteten gestern eine feindliche Demonstration gegen den Bürgermeister. Munizipalgarde mußte einschreiten und die Aufgeber zerstreuen.

Dortmund, 29. Mai. Ein in der Schachterner Mannstraße wohnender Arbeiter vergriff sich an seiner Schwester und brachte ihr so schwere Verletzungen bei, daß sie ins Krankenhaus überführt werden mußte, wo sie hoffnungslos darniederliegt.

Graz, 29. Mai. In Gaisberg hat in einem Wahnsinnsanfall der Gutsbesitzer Johann Christian seine beiden im Alter von drei und zehn Jahren stehenden Kinder mit einem Messer abgeschlachtet und sich in gräßlicher Weise verstümmelt. Christian wurde einer Irrenanstalt überwiesen.

Lemberg, 29. Mai. Nach Meldungen aus Boryslaw sind infolge von Explosionen die Schachte Hartwel und Pinan in Brand geraten. Ob Menschenverluste zu beklagen sind, ist noch nicht festgestellt.

Laibach, 29. Mai. In der Nähe der Ortschaft Domschale habe ein mit drei Insassen besetztes Automobil infolge falscher Steuerung gegen das Geländer der Zeriner-Brücke. Das Geländer gab nach und das Automobil stürzte in den glücklicherweise nicht reißenden Fluß. Zwei Personen wurden schwer, die übrigen leichter verletzt.

Das heutige Blatt enthält 14 Seiten.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19080529/3 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

4. Kreis. Bezirk Loschwitz.

Sonntag den 31. Mai, nachmittags 4 Uhr, im **oberen Gasthof** in Schönfeld

Volks-Versammlung.

Tages-Ordnung:

Die Parteien des Reichstags und das Volk. Referent: Reichstagsabgeordneter **August Kaden.**

Debatte. — Zutritt und Redefreiheit für jedermann.

Sonnabend den 30. Mai, abends 9 Uhr, im **Restaurant Kamerun** in Neu-Rochwitz

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

Das Geschlechtsleben und seine Verirrungen. Referent: Naturheilkundiger Genosse **Wolf-Deuben.**

Zahlreiches Erscheinen zu diesen äußerst wichtigen Versammlungen, **namentlich der Jugendlichen über 18 Jahre,** wünscht **Der Einberufer.**

Dresdner Volkshaus

Ritzenbergstrasse 2 ✶ Telephon 1425 ✶ Maxstrasse 13.

Eigenes Heim der Dresdner organisierten Arbeiterschaft.

Grosse gutventilierte Restaurationsräumlichkeiten. Bestgepflegte Biere nur aus ersten Brauereien. Vorzügliche Küche — grosse Auswahl — kleine Preise.

Im grossen Saal:

Sonntag den 31. Mai: **Jugendbildungsverein: Kunstabend.**
Sonntag den 7. Juni: **Kommers der Hutarbeiter-Gesangvereine von Berlin, Altenburg und Dresden.**
Montag den 8. Juni, 2. Pfingstfeiertag: **Theater-Abend.**

Kranken-Unterstützungs- u. Sterbekasse d. Markthelfer zu Dresden.

Einladung zur

Schweiz-Partie

per Sonderschiff mit Musikbegleitung

Sonntag den 21. Juni 1908

Fahrt bis **Schandau,** zu Fuß nach der **Fringstalmühle, Hohnstein, Polenztal, Lilienstein, Rathen,** von da per Schiff zurück.

Abfahrt früh 4 Uhr.

Billette hierzu sind zu entnehmen beim Vors. **E. Werner,** Augustusstr. 4, 3., Kassierer **Allmann,** Moscinskystr. 2, 4., Schriftführer **Wolf,** Schönbrunnstraße 6, 2., **Göhlert,** Hohental-Pl. 5, 2., **Halve,** Stephanienstr. 51, 4.

Es ladet hierzu freundlichst ein **Der Vorstand.**

Renoviert!

Gärtners Restaurant!

93 Rosenstr. 93

Sonnabend **Einweihung** der renovierten Lokalitäten verb. mit **Gr. Schlachtfest.**

Sportecke

77 Pfotenhauerstr. 77

Von heute ab **täglich Gr. Künstler-Konzert.**

Sozialdemokratischer Verein für den 6. sächsischen Reichstagswahlkreis.

Partei-Sekretariat: Döbeln, Bez. Dresden, Dresdnerstraße 77 G. I. Fernspr. Amt Deuben Nr. 774.

Bureaustd.: Wochentags von 8 bis 1 Uhr und 3 bis 6 Uhr, Montags bis 7 Uhr abends.

Gruppe Kaitz-Leubnitz.

Sonnabend den 30. Mai, abends 9 Uhr, **Mitglieder-Versammlung** im Brauerei-Restaurant Mockritz. Tages-Ordnung: 1. **Sozialismus und Kapitalismus.** Referent: Genosse **Oswald Graf.** 2. **Kreisvorstandsbericht.** 3. **Vereinsangelegenheiten.** — Zahlreiches Erscheinen der Genossen ist Pflicht!

Die Gruppenleitung.

Arbeiterjugend von Ottendorf-Okrilla

und Umgegend.

Sonntag den 31. Mai, abends 7 Uhr

Oeffentl. Jugend-Versammlung

im **Gasthof zum schwarzen Ross** in Ottendorf.

Tages-Ordnung:

1. **Gründung einer Sektion des Jugendbildungsvereins von Dresden und Umgegend.**
2. **Beratung der Statuten.**
3. **Beschlußfassung über die nächsten Veranstaltungen.**

Jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen! Erscheint massenhaft in dieser hochwichtigen Versammlung. **Der Einberufer.**

---

8. Reichstagswahlkr.

Gruppen Mügeln u. Dohna.

Sonntag den 31. Mai, früh 7 Uhr:

Flugblattverbreitung.

Ausgabe derselben für Mügeln im Alten Gasthof, für Dohna beim Genossen Helm.

Außerdem werden die Genossen zum **Flugblattfalzen** für Sonnabend den 30. Mai, abends 8 Uhr, im **Alten Gasthof** eingeladen.

Parteigenossen! Tue jeder seine Pflicht, dann ist die Arbeit eine leichte.

Die Gruppenleitung.

Waschen Sie noch nach Grossmutters Methode?

Ganz verkehrt! Der Fortschritt schläft nicht und hat auch auf dem Gebiete der Hauswäsche eine Umwälzung hervorgerufen. — Fort mit dem alten Kram in die Rumpelkammer! Trotz neidischer Konkurrenz-Manöver, trotz geringwertiger Nachahmungen gehört nach wie vor die Palme des Sieges **„Ding an sich“.** Patentiert in allen Kulturstaaten. Frei von allen die Wäsche angreifenden Bestandteilen; wäscht, bleicht, desinfiziert und spart an Geld, Zeit und Arbeit. Patentumgehende Nachahmungen zerfetzen die Wäsche! Zu haben: **Vorzugsweise in den Drogerien.**

Gasthof Reitzendorf

10 Minuten vom Gasthof Meitz

empfiehlt seinen **schönen Saal** Gesellschaften und Vereinen unentgeltlich. Hochachtungsvoll

August Müller.

Matinee!

Turnverein Kaitz u. Umgegend

(Mitglied des Arbeiter-Turner-Bundes.)

Sonntag den 31. Mai 1908, im Gasthof zu Kaitz

Erstes Frühlings-Fest

bestehend in **großem Garten-Konzert, Schweins-Prämienvogelschießen, Preisschießen, Ringwerfen** und **Kinderbelustigungen.** — U. a.: Radbude, Fischgelt, Museum und Festpolizei.

Von 4 Uhr ab: **Tanz im Saale.** — Eintritt frei!

Hierzu ladet freundlichst ein **Der Turnrat.**

Sonntag den 31. Mai, nachmittags halb 4 Uhr

im **Gasthof zu Prossen**

Gr. öfftl. Metallarbeiter-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. **Vortrag über: Die gegenwärtige wirtschaftliche Lage und die modernen Gewerkschaftsorganisationen.**
2. **Gewerkschaftliches.**

In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung sind alle im Metallgewerbe beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen von Königstein, Schandau, Porschdorf und Umgegend zu dieser Versammlung besonders eingeladen.

Der Einberufer.

Gemeins. Ortskrankenkasse Kreischa.

Sonntag den 31. Mai, nachm. 3 Uhr, im **Erbgericht**

Außerordentl. Generalversammlung

Tages-Ordnung:

1. Nochmalige Beschlußfassung über die Statutenabänderung.
2. Beschlußfassung über einen neuen Aerztevertrag. (Der ärztliche Bezirksverein Dippoldiswalde hat den in der letzten Generalversammlung beschlossenen Vertrag seine Genehmigung versagt.)
3. Allgemeine Kassenangelegenheiten.

Die Herren Vertreter erhalten nur auf diesem Wege Einladung.

Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen ersucht

Der Kassenvorstand. P. Freymark.

Arbeiter-Radfahrer-Verein Wanderlust Rippien.

Sonntag den 31. Mai 1908 im Gasthof zu Rippien

Sommerfest

bestehend in **Garten-Konzert, Prämien-Vogelschiessen und anderen Belustigungen.**

Abends: **Reigenfahren und BALL.**

Hierzu ladet ergebenst ein **Der Vorstand.**

Eberts Restaurant, Gommern.

Sonnabend den 30. Mai: **Schlachtfest.** Sonntag den 31. Mai: **Bratwurst-Schmaus.**

Hierzu laden ergebenst ein **Eduard Ebert und Frau.**

Einer geehrten Anwohnerschaft zur gefälligen Mitteilung, daß ich **Grossenhainer Strasse 75** ein

Frisier-Geschäft

eröffnet habe. Indem ich um freundliche Unterstützung meines Unternehmens bitte, zeichne ich hochachtungsvoll **Bruno Schubert,** Friseur.

Saubere Bedienung! Anfertigung sämtl. Haararbeiten!

Achtung! **Gasthof Meußlitz.**

Sonnabend den 30. Mai

Nur ein Konzert der berühmten **Flügel-Rüffers Leipziger humoristischen Sänger.**

Ueberall enormer Erfolg! Lachen ohne Ende! U. a.: **Duft auf Freiersfüssen u. Manöverbilder.** Die größten Schlager der Saison. Vorverk. 40, a. d. Kasse 50 Pf. Anf. 8 Uhr. — Um zahlr. Besuch bittet Frau **M. Hänel.**

Restaurant zur Flora, Laubegast.

Sonntag den 31. Mai 1908

Grosses Serien-Skat-Turnier.

Anfang 5 Uhr.

Arb.-Radfahrer-Verein Dresden.

Mitgl. d. Arb.-Radf.-Bundes Solidarität.

Sonntag den 31. Mai 1908

Familien-Ausflug

nach **Hosterwitz, Reppgrund, Malschendorf, Weixdorf, Friedrichsgrund** und zurück nach **Hosterwitz.**

Daselbst ein **Tänzchen.**

Abfahrt mit Rad 1 Uhr von sämtlichen Gruppenlokalen.

Abfahrt der Angehörigen mit Schiff 1 Uhr vom Terrassenufer, 1.15 vom Waldschlößchen, 1.40 von Blasewitz.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht **Der Gesamtvorstand.**

Gesuche, Klagen, Reklamationen, bill. **Zimmermann,** Torgauerstr. 3

Mittwoch den 27. Mai schied nach kurzem, schwerem Leiden meine liebe Gattin, unsere treusorgende Mutter

Frau Marie Röder
geb. Düberitz

im Alter von 42 Jahren.

Um stilles Beileid bitten

Richard Röder und Kinder.

Die Beerdigung erfolgt den 30. Mai, nachm. 2½ Uhr, von der Halle des Löbtauer Friedhofes aus.

Hierdurch die traurige Nachricht, daß Mittwoch früh unser herzensguter **Herbert** im Alter von einem Jahr sanft entschlafen ist.

Die tiefbetrübte Familie A. Strobl.

Die Beerdigung findet Sonntag mittag 12½ Uhr vom äußeren Friedrichst. Friedhof aus statt.

Constantia

Jeden Montag **Gr. Militärkonzert**

Anfang 8 Uhr. — Eintritt 10 Pf.

Feiner Ball für Konzertbesucher.

Vereinigung f. Volksbildung und Kunstpflege

Sonnabend, 30. Mai, abends 9 Uhr

Einzelmitglieder-Versammlung

Amalienstrasse 10, 1.

Schützenhaus Tharandt

hält sich bei Ausflügen bestens empfohlen.

Gute Speisen und Getränke. Mäßige Preise.

Einkehrstelle des Arbeiter-Radfahrer-Bundes „Solidarität“.

Hochachtungsvoll **Max Wolf.**

Am Mittwoch nachmittag 4½ Uhr verschied nach langem, schwerem Leiden mein lieber Mann, unser guter Vater, der

Steindrucker Alwin Schumann

Dresden, Annenstr. 21. **Die trauernde Witwe Minna Schumann u. Kinder.**

Die Beerdigung findet Sonntag den 31. Mai 1908, nachmittags 3½ Uhr, von der Halle des Löbtauer Annenfriedhofes aus statt.

Vereinigte Radler der Lössnitz-Ortschaften.

Sonntag den 31. Mai 1908 in den „Vier Jahreszeiten“ zu Radebeul

4. Stiftungs-Fest

bestehend in

Kunst- und Reigenfahren, Gabenverlosung und BALL.

Zum ersten Male!

Auftreten zwei berühmter Amateur-Kunstfahrer.

Karte 20 Pf. — Anfang 5 Uhr.

Mitglieder und deren Angehörige ladet höflichst ein **Das Komitee.**

---

8 Alfred Plowitz 8

Ziegelstrasse

Das seit 21 Jahren bestehende

Herren- u. Knaben-Kleider-Magazin

veranstaltet **wegen Aufgabe dieses Geschäfts:**

gänzlichen Ausverkauf.

Sämtliche Waren werden, um schnell zu räumen, zu **jedem annehmbaren Gebot abgegeben.**

Einrichtung zu verkaufen, Laden zu vermieten.

Für unsere Abonnenten in **Pieschen u. Umg.** liegt der heutigen Auflage ein Prospekt der Firma **Kleim-Schnürpel** bei, worauf wir hiermit aufmerksam machen.

Für unsere Abonnenten in den Vorstädten Löbtau, Naußlitz, Wölfnitz, Cotta und Umg. liegt ein Prospekt der Firma **Albert Saalheim, Modehaus, Dresden-Löbtau,** desgleichen ein solcher der Firma **Schuhwarenhaus Freischütz** bei, worauf wir hiermit aufmerksam machen.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Robert Grötzsch, Dresden.
Verantwortlich für den Inseratenteil: Reinhold Eichler, Dresden.
Druck und Verlag von Kaden & Komp., Dresden.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19080529/4 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

1. Beilage der Dresdner Volkszeitung.

Nr. 122. | Dresden, Freitag den 29. Mai 1908. | 19. Jahrgang.

Sächsische Angelegenheiten.

Die Nationalliberalen und der Wahlrechtsschacher.

Vor kurzem haben wir den sächsischen Nationalliberalen bereits ihre Sünden bei dem Wahlrechtskuhhandel vorgehalten und nachgewiesen, daß sie Verrat an den liberalen Prinzipien verübt haben. Jetzt wird den Herren um Schill und Langhammer auch in der Leipziger Abendzeitung von einem liberalen Landtagsabgeordneten dasselbe vorgehalten. In einem längeren Artikel führt der angebliche Landtagsabgeordnete über die Frage der Wahlrechtsreform folgendes aus:

Man hört jetzt viel von dem guten Willen der „nationalen Parteien" erzählen. Es sei auf beiden Seiten, bei Nationalliberalen und Konservativen, die beste Absicht vorhanden gewesen, die Wahlreform zustande bringen zu helfen. Daß die Regierung für die Wünsche der beiden Parteien kein Verständnis bewiesen habe, dürfe nicht auf das Schuldkonto der Führer gesetzt werden. Hätte sich Herr v. Hohenthal entgegenkommender gezeigt, so würde sich ein Mittelweg haben finden lassen, auf dem das von allen erstrebte Ziel zu erreichen gewesen wäre. Soll das alles eine Entschuldigung des wenig erfreulichen Handels zwischen Konservativen und Nationalliberalen sein, die für Ohr und Herz der (vorwiegend nationalliberalen) Wähler geprägt ist? Man möchte es fast annehmen. Ja, glauben die Herren im Hohen Rat der Fraktionsgremien denn wirklich, mit Fadenscheinigkeiten dieser dünngewebten Art die Wähler im Lande, überhaupt das Volk, überzeugen zu können? Wenn sie es tatsächlich glauben, dann beweisen sie damit nur, daß sie sich in dieser Beziehung ebenso verrechnen, wie sie sich bereits beim Handel um die Wahlreform verrechnet haben. Die Entwicklung der Dinge hat doch deutlich genug erwiesen, wo der Haken sitzt. Wären die Nationalliberalen mehr liberal geblieben, hätten sie sich in den Vorverhandlungen um das Kompromiß rechtschaffener darauf besonnen, was man (nach den letzten Wahlen im Herbste neunzehnhundertsieben!) im Lande von ihnen verlangt und erwartet, dann hätte ein Kompromiß in der mißgestalteten Form, wie es Nationalliberale und Konservative in die Taufe zu heben wagten, nie zustande kommen können.

Den Konservativen kann man es schließlich nicht wohl verübeln, daß sie mit zäher Energie versucht haben, dem Kompromiß so viel von ihrem „staatserhaltenden" Geiste einzuimpfen, als der Organismus der „nationalen Liberalen" nur vertragen konnte. Dafür sind sie eben konservativ. Dafür ist Herr Mehnert ihr Führer und dafür Opitz sein Adlatus! Aber daß eine Partei, die die liberale Firma noch auf ihrem Banner führt, sich so vom Geist einseitigster reaktionärer Tendenzen umstricken lassen konnte, wie es die sächsischen Nationalliberalen beim Wahlrechtskompromiß getan haben, das verdient gebührend gebrandmarkt zu werden. Herr Langhammer, der sich offiziell als „Vater des Kompromisses" bekannt hat (obwohl er es im Grunde nicht einmal ist) gefällt sich mit Vorliebe in der Rolle des „linksnationalliberalen" Oppositionsmannes. Jetzt sieht man, was es mit dem „Linksnationalliberalismus" in Sachsen auf sich hat. Die Nationalliberalen würden weniger Verantwortung auf sich geladen haben, wenn sie durch Ablehnung jeglicher Kompromißvorschläge die Regierung vor die Alternative gezwungen hätten: Entweder ... oder! Schlimmstenfalls wäre dann das Uebel um ein paar Wochen früher zu Ende gekommen, aber die Nationalliberalen wären wenigstens liberal geblieben. Im günstigsten Falle hätte die Regierung jedoch auf nationalliberaler Seite Stützpunkte gewinnen können und hätte Sicherung gegen etwaigen konservativen Ansturm gesehen. Wahrscheinlich würden in einem solchen Falle aber auch die Heerscharen der Herren Mehnert und Opitz friedlichen Trieben zugänglicher gewesen sein. Jedenfalls wäre Arbeitsmöglichkeit geblieben!

Die ist heute nicht mehr vorhanden. In ein paar Tagen zieht der Landtag heimwärts, ohne mit der Wahlreform noch in nähere Berührung zu kommen. Graf Hohenthal hat alle „Hoffnung auf den Lenz" begraben, und vor dem Herbste wird sich vermutlich nichts ereignen. Was dann werden wird, läßt sich heute noch nicht sagen. Soviel aber weiß ich von zuverlässigster Seite: An einen etwaigen Rücktritt des Ministers denkt vorläufig weder der König, noch Graf Hohenthal selbst. Wem wäre auch im Augenblick damit gedient? Man will endlich „genug sein lassen des grausamen Spiels", und bis der Herbst kommt, beruhigt und sänftigt sich manches. Dann soll die Arbeit von neuem beginnen. Die Regierung trägt sich mit dem Plan, die Wahlreform direkt vor den Landtag zu bringen, und dann wird sich ja entscheiden, ob die sommerliche Ruhepause nützlich und klärend gewirkt hat. Daß eine Kammerauflösung in Aussicht genommen ist, möchte ich vorerst bezweifeln. Jedenfalls würde sie als allerletztes Mittel zur Anwendung gelangen. Es bleibt demnach als einzigste Zukunftshoffnung die, daß während der parlamentarischen Pause die Nationalliberalen sich auf ihre liberalen Pflichten gegenüber Land und Wählern besinnen; daß sie die Ideale der Herren Schill und Langhammer vom Tische ernster und liberaler Politik entfernen und ihre Schuldigkeit tun. Bis jetzt haben sie es damit verhängnisvoll leicht genommen. Wird dann auch im Herbst die Wahlreform noch nicht Wirklichkeit (darf man am Kompromißgrabe noch die Hoffnung aufpflanzen?), nun, dann werden wir weitersehen...

Auch diese Darstellung bestätigt nur, daß die Situation so verfahren wie möglich ist. Es wäre aber voreilig, bestimmt versichern zu wollen, nun wird aus der ganzen Geschichte gar nichts. Allerdings spricht vieles dafür, daß die ganze Wahlrechtsreform ins Wasser fällt oder doch in der ganzen Herbstsaison nichts erzielt wird. Es ist aber die Gefahr einer reaktionären Wahlrechtsänderung noch keineswegs beseitigt. Die Langhammersche Kompromißgeburt hat freilich wenig Aussicht. Aber es ist nicht ausgeschlossen, daß in der Zeit der Landtagsvertagung nicht noch etwas ausgekocht wird, das nicht besser ist als dieser Kompromißwechselbalg. Vor allem darf nicht übersehen werden, daß von einem Kompromiß eigentlich noch gar nicht die Rede sein kann. Ein solches läge nur vor, wenn eine Einigung zwischen den bürgerlichen Parteien und der Regierung erreicht worden wäre. Davon kann aber zurzeit noch keine Rede sein. Es ist aber nicht unwahrscheinlich, daß in der jetzt kommenden Zwischenzeit der Wahlrechtshandel mit der Regierung und den Parteien beginnt, daß Hohenthal mit besonderen Regierungsvorschlägen herausrückt und so ein Kompromiß herbeizuführen sucht. Dabei kann natürlich alles wieder ins Wasser fallen; es ist aber auch das Gegenteil nicht völlig ausgeschlossen. Das entrechtete Volk Sachsens hat tatsächlich aber nur noch mit zwei Möglichkeiten zu rechnen: mit einem neuen Wahlunrecht oder mit dem Fortbestehen der Dreiklassenschmach. Wir wollen aber damit nicht nur rechnen, sondern uns auch zum Kampfe gegen diesen Wahlrechtsjammer rüsten und dem Votum des entrechteten Volkes Einfluß sichern. Nur wenn dieser Kampf mit Wucht und Schärfe geführt wird, ist noch etwas für das Volk von einer Wahlrechtsänderung zu hoffen.

Der ungeminderte Einkommensteuerdruck.

Die Finanzdeputation A hat einen Bericht über die Erhebung der Einkommensteuer erstattet. Bekanntlich sind die Einkommensteuersätze im Jahre 1902 um 25 Prozent erhöht worden. Doch sollte diese Bestimmung nur bis zum Jahre 1907 Geltung haben. Im Dezember d. J. hat der Landtag aber bereits einen Beschluß gefaßt, wonach der Einkommensteuertarif in der bisherigen Fassung bis Ende 1908 in Kraft bleiben soll. Inzwischen hat sich namentlich infolge der Neuregulierung der Beamtengehälter herausgestellt, daß eine Herabsetzung der Einkommensteuer nicht durchführbar ist. Es beantragt daher jetzt die Finanzdeputation A, daß der Einkommensteuertarif mit den um 25 Prozent erhöhten Sätzen auch für die Zeit vom 1. Januar 1909 an in Kraft bleibt. Zu diesem Antrage bemerkt die Finanzdeputation: „Durch die Annahme des Antrags wird dem Bewilligungsrechte der Stände bezüglich des Steuererfordernisses für die künftige Finanzperiode in keiner Weise vorgegriffen, denn durch das jedesmal zu verabschiedende Finanzgesetz wird bestimmt, ob die Einkommensteuer voll (als Normalsteuer) oder nur, je nach Bedarf, in Zehnteilen erhoben werden soll."

Der erwähnte Bericht verbreitet sich dann weiter über einen Antrag Schieck und Genossen, der von der Zweiten Kammer zur Annahme gelangte und der die Einführung der Befragungspflicht bei der Einkommensteuereinschätzung zur Vermeidung der Ueberschätzung über die Deklaration hinaus forderte. Hierzu hat die Regierung in der Deputation eine lange Erklärung abgegeben, die im wesentlichen besagt, daß es bei dem jetzigen Zustande verbleibe, daß man aber in geeigneten Fällen eine taktvollere Ausübung des Fragerechts fordern wolle.

Die Amtsenthebung Hauschild-Landgrafs vor dem Oberverwaltungsgericht.

Am Mittwoch stand vor dem 1. Senat des Oberverwaltungsgerichts Termin an in Sachen der Amtsenthebung der Vorstandsmitglieder Robert Hauschild und Emil Landgraf von der Chemnitzer Gemeinsamen Ortskrankenkasse. Bekanntlich suspendierte der Stadtrat zu Chemnitz am 24. Februar d. J. die beiden Kläger auf Grund von § 42, Abs. 4 des Krankenversicherungsgesetzes, angeblich wegen „grober Verletzung ihrer Amtspflichten". Die beiden Gemaßregelten strengten darauf das Parteistreitverfahren gegen den Stadtrat bei der Kreishauptmannschaft Chemnitz an und beantragten Aufhebung des stadträtlichen Beschlusses. Nach mündlicher Verhandlung wies die Kreishauptmannschaft auf Grund des Verwaltungsrechtspflege-Gesetzes die Klage wegen Unzuständigkeit ab. Gegen diesen Beschluß richtete sich die Berufung der beiden Klagen vor dem Oberverwaltungsgericht. Sie sind der Ansicht, daß eine Parteistreitigkeit sich auch gegen den Stadtrat richten könne. Das Urteil des Oberverwaltungsgerichts ist erst in einigen Wochen zu erwarten.

Zur Frage des Lehrermangels in Sachsen.

Der Leipziger Lehrerverein beschäftigte sich in seiner letzten Monatsversammlung mit den Thesen des Deutschen Lehrervereins über den Lehrermangel. Herr Lehrer Meyrich führte hierzu aus, scheinbar könne man in Sachsen von einem Lehrermangel nicht sprechen. Es gebe aber immer noch 50 Schulen im Königreich, wo die gesetzliche Maximalzahl von 120 Kindern auf einen Lehrer überschritten werde, und mit dieser Maximalzahl stehe Sachsen an erster Stelle. Würde die Schülerzahl auf 100 herabgesetzt, so fehlten 400 Lehrer, bei einer Maximalzahl von 70 Schülern würden 1200 Lehrer fehlen. Der Volksschulunterricht könne nur rationell sein, wenn auf einen Lehrer 30 Kinder kommen. In anderen Staaten sehe man das ein, die Durchschnittszahl sei z. B. in Dänemark seit 1895 von 54 auf 35 auf eine Lehrkraft gesunken. Im Gegensatz zu früherer Meinung sei zu wünschen, daß recht viele junge Leute den Wunsch haben, Lehrer zu werden. Denn das Ansehen und der innere Wert eines Standes sei abhängig von der Summe der Intelligenz, die sich in ihm verkörpert. Werde die Intelligenz vom Seminarbesuche abgehalten, so sei das für den Stand schädlich. Herr Meyrich empfiehlt darum die Annahme der Thesen des Deutschen Lehrervereins; die Versammlung stimmt zu.

Die Arbeitersekretariate in Sachsen.

8. Die von den örtlichen Kartellen der freien Gewerkschaften errichteten Arbeitersekretariate und Rechtsauskunftstellen sind auch im Königreich Sachsen im raschen Zunehmen begriffen. Nach dem kürzlich erschienenen Bericht der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands über die Arbeitersekretariate im Jahre 1907 bestanden im Königreich Sachsen in dem genannten Jahr 5 Arbeitersekretariate und 26 Rechtsauskunftstellen. Das sind jedenfalls große Fortschritte, besonders wenn man bedenkt, daß es erst fünf Jahre her ist, daß im Königreich Sachsen die erste derartige Einrichtung in der Gestalt des Leipziger Arbeitersekretariates geschaffen wurde. Die aufgeführten 31 Auskunftstellen erteilten im Jahre 1907 insgesamt 28 857 Auskünfte. Darunter befanden sich 7 841, welche die Arbeiterversicherung betrafen. Auf die am meisten in Anspruch genommenen Stellen verteilen sich die Auskünfte wie folgt: Arbeitersekretariate Leipzig 8098, Dresden 3772, Chemnitz 4.57, Meißen 3291, Zwickau (nur für Bergarbeiter) 159, Rechtsauskunftstellen Döbeln 377, Wurzen 310, Werdau 286, Riesa 283, Colditz 243, Meerane 236, Roßwein 167, Mittweida 168 usw. Jedenfalls ist durch die Tätigkeit der Rechtsauskunftstellen mancher Dienst den Arbeitern erwiesen worden, aus dem sie Vorteil gezogen haben.

Die freie Vereinigung sächsischer Ortskrankenkassen

wird ihre diesjährige Jahresversammlung am 28. und 29. Juni 1908 in Freiberg abhalten. Neben den üblichen geschäftlichen Angelegenheiten wird nach der vorläufigen Tagesordnung unter anderem auch über einen Antrag der Ortskrankenkasse Leipzig verhandelt werden, bei der Landeszentralbehörde behufs Erhöhung der an die Ortskrankenkassen für die Versorgung der Invalidenversicherungsgeschäfte bisher gewährten Entschädigung vorstellig zu werden. Bekanntlich ist den Krankenkassen Sachsens auch die Einziehung der Invalidenversicherungsbeiträge übertragen worden, sowie sonstige Geschäfte, wie Markenverkauf, Markenverwendung, Kartenumtausch usw. Die den Kassen hierfür gewährte Vergütung (6 Prozent der verwendeten Beiträge) entspricht meistens nicht den tatsächlichen Aufwendungen für diese Verwaltungsgeschäfte. Namentlich die großen und mittleren Ortskrankenkassen müssen alljährlich beträchtliche Zuschüsse aus Kassenmitteln leisten. Es ist daher nur gerechtfertigt, wenn die Landesversicherungsanstalt bestürmt wird, abermals eine Erhöhung der Entschädigung einzuführen. Die freie Vereinigung hat nämlich in dieser Richtung schon mehrfach Erfolge gehabt; früher war die Entschädigungsweise noch niedriger.

Schirgiswalde. Die Färberei Firma F. W. Lange im nahen Oppach gibt ihren Arbeitern durch Anschlag bekannt, daß der Betrieb der Fabrik stillgelegt wird und daß allen Angestellten zum 6. Juni gekündigt ist. Die Aufsehen erregende Maßnahme, von der etwa 250 Arbeiter betroffen werden, ist auf ein Eingreifen der Amtshauptmannschaft Löbau zurückzuführen. Der Firma wurde nämlich mit hoher Geldstrafe gedroht, Abhilfe zu schaffen: daß das Färbereiwasser, nachdem es die Senkgruben passiert, nicht noch rot in den Dorfbach fließt. Bisher konnte die Firma dies ungehindert tun. Sie hat nun die Strafandrohung mit der Ankündigung der Stillegung des Betriebes beantwortet.

Das soll wohl nur ein Schreckschuß sein, der den Zweck hat, den Unternehmern auch fernerhin das Recht der Wasserverseuchung zum Vorteil der größeren Profitmacherei zu sichern.

Siegmar. Um dem hier herrschenden Wohnungsmangel abzuhelfen, hat sich auf Anregung des Gemeinderates eine Baugenossenschaft gebildet, der sofort 50 Mitglieder mit je 300 M. Stammanteil beitraten. Von Industriellen sind 37 000 M. gezeichnet worden, von einer Firma allein 10 000 M. Die Genossenschaft hat bereits an der Grenze von Hohenstein-Ernstthal ein Areal von 56 882 Quadratmetern angekauft.

Der Gemeinderat hätte die Baugenossenschaft nicht nur anregen, sondern selbst die Leitung des Wohnungsbaues in die Hand nehmen sollen, um zu verhüten, daß die Wohnungsnot zum Gegenstand übertriebener Profitmacherei mißbraucht wird.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Im Bettchen erstickt ist in Wilsdruff das fünf Monate alte Kind des Herrn Zementwarenfabrikanten Romberg. Die Mutter hatte auf kurze Zeit das Zimmer verlassen. Währenddem hat sich das Kindchen im Bett gedreht, so daß es auf den Leib zu liegen kam. Unglücklicherweise waren dabei die Aermchen unter den Körper geraten, und zwar derart, daß das Kind die Arme nicht aus eigener Kraft emporzuziehen vermochte. So ist das Kind in den Kissen erstickt. — Wie erst jetzt bekannt wird, hat das Städtische Krankenhaus zu Meißen in den letzten Wochen eine Invasion der schwarzen Pocken glücklich überstanden. Ein 17jähriger, aus Galizien stammender Arbeiter ist mit dieser Krankheit in das Krankenhaus eingeliefert worden und hier erlogen. Trotz der getroffenen Vorsichtsmaßregeln übertrug sich die Krankheit auf eine Wärterin und einen weiteren Kranken. Infolgedessen wurden die Aerzte, das gesamte Wärterpersonal usw. aufs neue geimpft. Nunmehr sind sämtliche Erkrankte wieder hergestellt oder in ihrer Besserung doch so weit vorgeschritten, daß jede Gefahr beseitigt erscheint. — Tödlich verunglückt ist auf dem Heinrich- und Idaschachte der Bergarbeiter Oswald Schiller aus Hohndorf beim Verbauen des Abbaustoßes durch unvermutet hereinbrechendes Gestein. Schiller hatte den Ruf eines sehr gewissenhaft und sorgfältig arbeitenden Mannes, er ist verheiratet und Vater mehrerer Kinder. — Auf der Elsterkittahe bei Adorf prallten der Weber Schaufuß aus Sohl und der Fabrikantensohn Törfelt aus Jugelsburg mit ihren Rädern zusammen. Törfelt brach beide Röhren des rechten Unterarmes, auch Schaufuß wurde verletzt. — Tue geistig nicht normale Blumenarbeiterin S. in Sebnitz, die vor kurzem ihr Kind in einem Teiche zu ertränken versuchte, stürzte sich aus dem zweiten Stockwerke des Stadtkrankenhauses herunter und war sofort tot. — Ertrunken ist am Montag abend bei Werdau in der Pleiße, unterhalb des Grünangers, der im 14. Lebensjahre stehende Schulknabe S. aus Langenhessen. Der Knabe hatte einen Krampfanfall erlitten und war dabei in die tiefe Pleiße gerutscht. — Recht unglücklich warf in Falkenstein eine Arbeiterin ihrer Mitarbeiterin, der achtzehnjährigen Schuster, eine Schürze zu, an der noch die Schere hing; diese drang mit der Spitze der Arbeiterin in das Auge, daß dieses völlig verloren ging. — Der 20jährige Arbeiter Theodor Max Dehne knüpfte in Zittau vor einigen Monaten mit einem Dienstmädchen ein Verhältnis an, er erzählte ihr, er sei vermögend und habe in Dresden eine sichere Stellung, und verlobte sich schließlich mit dem Mädchen. Als der festgesetzte Hochzeitstermin näherrückte, lieh sich Dehne als angeblichen Zuschuß zum Möbeleinkauf 200 M. von seiner Braut geben. Am 5. Mai fand nun die Hochzeit in der Heimat des Mädchens statt. Schon am nächsten Tage jedoch wurde die junge Frau aus allen Himmeln gerissen durch die Entdeckung, daß sie der kaum angetraute Mann schmählich im Stiche gelassen hatte. Dehne ist am 6. Mai heimlich davongegangen, und seitdem fehlt jede Spur von ihm. Irgendwelche Möbelanschaffungen hat er gar nicht gemacht. Er ist aus Großschirma bei Freiberg gebürtig und hat beim 102. Regiment gedient. — Auf dem Bahnhofe Wüstenbrand stürzte der mit Anstreichen von Signalen beschäftigte Malergehilfe Fickert von dem Einfahrtssignal ab und verunglückte dabei tödlich.

Stadt-Chronik.

Die Straßenbahn-Reform.

II.

Bei näherer Betrachtung der vorgeschlagenen Tarifänderungen ergibt sich mit zwingender Gewißheit, daß das Publikum die beabsichtigte Verbesserung der Linien und Verbindungen recht teuer bezahlen soll. Die Tarifreform ist vornehmlich von stadtfiskalischem Interesse beherrscht! Die Stadtverwaltung will die Gelegenheit benutzen, die Straßenbahnen noch mehr als bisher zu der melkenden Kuh zu machen. Die geplante Erhöhung der Fahrpreise ist in einzelnen Fällen ganz unerhört!

Doch sehen wir zunächst einmal, was in der Ratsvorlage im allgemeinen darüber gesagt wird. Man sucht die Verteuerung des Fahrens in erster Linie damit zu begründen, daß die Neueinteilung der Linien einen Ausfall an Einnahmen der Fahrgelder zur Folge haben würde. Das ist zweifellos richtig, und es wäre schließlich in den Kauf zu nehmen, wenn man der Tarifreform nach der Richtung einen ausgleichenden Charakter gegeben hätte, so daß sich wenigstens im wesentlichen und im Durchschnitt keine Verteuerung der Fahrpreise ergäbe. In der Vorlage wird aber ganz anders operiert. Obwohl zugegeben ist, daß der voraussichtliche Ausfall nicht einmal schätzungsweise angegeben werden kann, sucht man dennoch mit großen Zahlen die Fahrtverteuerung schmackhaft und plausibel zu machen. Geleitet von dem Bestreben: einen Ausfall der Einnahmen unter keinen Umständen. Eher einen weiteren Nebbach bei dieser nicht bald wiederkehrenden Gelegenheit auf Kosten des fahrenden Publikums. Dabei bedenke man, daß für das Jahr 1908 in den Haushaltplan der Straßenbahn eine Summe von weit über 600 000 M. als Reingewinn eingestellt ist. Uebrigens

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19080529/5 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

ist dem Rat auch entgegenzuhalten, daß die Linienveränderungen eine wesentliche Vereinfachung und damit Verbilligung des Betriebes mit sich bringen. Die praktischere Linienführung wird auch zweifellos eine größere Benutzung, d. h. stärkeren Verkehr, im Gefolge haben. Die Vorlage betont stark die ungünstigen Momente, verschweigt jedoch die günstigen.

Die rücksichtslose Absicht, das Publikum zu schröpfen und die Ueberschußwirtschaft noch weiter zu treiben, ergibt sich ganz auffällig aus folgender Tatsache: Die Zehnpfennigstrecken innerhalb des Stadtgebietes werden ganz wesentlich verkürzt; für jede Linie werden Teilstrecken errichtet, von denen immer vier für 10 Pfennig befahren werden können. Aehnliche Einrichtungen hat man ja auch in anderen Städten. Während aber dort die Konsequenz gezogen ist, daß innerhalb des Zehnpfennig-Gebiets auch für 10 Pfennig umgestiegen werden kann, lehnt die Vorlage das rundweg ab. Man übernimmt also eine Verschlechterung ohne die damit verbundene Verbesserung! Das ist städtische Verkehrspolitik! Wörtlich wird darüber in der Ratsdrucksache ausgeführt:

„Diese Teilstreckeneinteilung ermöglicht nun auch für den Fall des Umsteigens eine sachgemäße Festsetzung des Fahrpreises, der sich ohne weiteres wie bei der einfachen Fahrt nach der Anzahl der Teilstrecken der dabei im unmittelbaren Anschluß aneinander benutzten zwei Linien zu richten hat. Das würde an und für sich dazu führen müssen, in konsequenter Durchführung der aufgestellten Tarifgrundsätze Umsteigefahrten auch schon zum Preise von 10 Pf. zuzulassen, wenn sich deren Länge auf vier Teilstrecken beschränkt. Diesen im Interesse der Erleichterung des Straßenbahnverkehrs wünschenswerten Schritt zu tun verbietet aber zurzeit noch wegen des mit den vorgeschlagenen Linienänderungen verbundenen wesentlichen Ausfalles an bisherigen Einnahmen die Rücksicht auf die Unsicherheit des finanziellen Ergebnisses der vorgeschlagenen Tarifänderung."

Das Publikum wird auf später vertröstet; erst will man den finanziellen Effekt abwarten. Es ist sicher, daß man, ist diese „Reform" einmal durchgeführt, sehr lange warten könnte, ehe dieser Schritt getan würde. Die Straßenbahnverwaltung müßte schon im Golde schwimmen. — Eine starke Lücke — um das vorweg noch zu sagen — enthält die Vorlage insofern, als sie es vermeidet, Vergleiche mit den Straßenbahnverhältnissen in anderen Großstädten zu geben. Sind solche Vergleiche der beabsichtigten Reform etwa unbequem? Wir weisen nur auf Leipzig — am besten vergleichbar mit Dresden — hin, wo man für 10 Pf. umsteigen und viel weiter fahren kann als in Dresden. An jetzigen Verhältnissen gemessen!

Wir bemerkten im vorigen Artikel schon, daß das ganze Fahrgebiet in Zonen eingeteilt werden soll. Jede Linie wieder erhält Teilstrecken, die Fahrpreise auf einer Linie betragen 10 bis 30 Pf. Und zwar: 10 Pf. für 4, 15 Pf. für 6, 20 Pf. für 8, 25 Pf. für 10, 30 Pf. für 12 und mehr Teilstrecken. Das jetzt bestehende Prinzip, daß innerhalb des Stadtgebiets jede Linie (ohne Umsteigen) ohne Rücksicht auf die Länge für 10 Pf. befahren werden kann, wird also aufgehoben. An dessen Stelle treten die Teilstrecken, die in den weitaus meisten Fällen für die Zehnpfennigfahrt bedeutend kürzer sind als jetzt. Dazu kommt, wie schon ausgeführt, daß auch innerhalb der Zehnpfennigstrecken die Umsteigebillette 15 Pf. kosten und die Umsteigefahrten auch in den anderen Zonen in gleicher Weise verteuert werden. Gerade in dieser Beziehung wird die Absicht der Reform recht deutlich verraten. Der Löwenanteil der Einnahmen ergibt sich nämlich aus den 10- u. 15-Pf.-Billetten. Darum legt man auf diese Mindestfahrpreise das Hauptgewicht. Für diese Mindestpreise möglichst wenig Fahrtleistung —, so scheint man sich die Sache vorzustellen.

Am besten wird die enorme Verteuerung der Fahrpreise durch konkrete Beispiele zu demonstrieren sein. Da ist in erster Linie festzustellen, daß nach der Vorlage aus den bisherigen 41 Zehnpfennig- 87 Zehnpfennigstrecken gemacht werden sollen. Nimmt man einmal diese beiden Zahlen, die ja für den Einzelfall kein Maßstab sind, für den Durchschnitt zur Beurteilung jedoch durchaus zulässig sind, so ergibt sich für den Zehnpfennigverkehr eine 100prozentige Verteuerung! Aehnlich liegt es auch mit den anderen Strecken. — Im einzelnen ergibt sich z. B. folgendes: Es ist auf den nachgenannten Linien zu zahlen:

	jetzt	später
Loschwitz (Neugruna)—Plauen	20	25
Wilder Mann—Räcknitz	20	25
Waldschlößchen—Leubnitz-Neuostra	20	25
Wölfnitz (Postplatz)—Arsenal	15	20
Plauen (Postplatz)—Mickten	15	20
Laubegast—Cotta	20	30
Tolkewitz—Cotta	15	25
Altenberger Str. (Postplatz)—Habsburger Str.	15	30

Außerdem: Blasewitz—Friedrichstraße kostet jetzt 15, später bis Schlachthof 25 Pf.; Theaterplatz—Schnorrstraße—Neumarkt jetzt 10, später geht diese Linie vom und zum Neustädter Bahnhof, kostet aber 25 Pf.; Arsenal—Hauptbahnhof ist in Zukunft nur mit Umsteiger für 15 Pf. möglich, da die Linie Arsenal—Wölfnitz eingerichtet wird; Wilder Mann—Bergkeller wird eingezogen und mit der Linie nach Räcknitz vereinigt, dafür darf man aber für diese Strecke statt 10 in Zukunft 20 Pf. zahlen, ähnliche Verschiebungen ergeben sich auch noch auf anderen Linien; Güntzplatz—Grenadierkaserne 10 Pf., später 15, weil bis zum Hauptbahnhof; Geisingstraße—Wettiner Bahnhof kostet jetzt 10 Pf., später geht diese Linie Geisingstraße—Postplatz—Hauptbahnhof—Fürstenstraße, sie wird von knapp 5 Kilometern auf 10½ verlängert, der Fahrpreis aber auf das Dreifache, auf 30 Pf., erhöht. Und so weiter mit Grazie!

Wie die Verteuerung im Zehnpfennigtarif wirken wird, sei an folgenden, beliebig herausgegriffenen Beispielen gezeigt. Die Strecke Niederwaldstraße—Waltherstraße kostet 10 Pf., sie wird nun in drei Zehnpfennigstrecken (je vier Teilstrecken) eingerichtet; für 10 Pf. wird man also hier nach der Reform nur den dritten Teil der jetzigen Strecke fahren können. Die Linie 1, Loschwitz (Neugruna)—Plauen, besteht jetzt aus drei Zehnpfennig- und einer 30-Pfennig-Strecke, die Reform macht aus ihr fünf Zehnpfennig-, drei 25-Pfennig- und eine 30-Pfennig-Strecke! Hechtstraße—Zschertnitz ist jetzt mit Umsteigen für 15 Pf. zu fahren, später ohne Umsteigen wird man 20 Pf. zahlen müssen. Daß dieser Strecken innerhalb des Stadtgebiets, auf denen heute 10 Pf., später mehr, zum Teil bedeutend mehr gezahlt werden muß, sehr viele sind, ergibt sich aus dem oben Gesagten. — Ein dritter Artikel folgt.

Der Wert der Arbeitersekretariate.

Das Arbeitersekretariat zu Bernburg hat einen schönen Erfolg zu verzeichnen. Im vorigen Jahre fand in der Nähe von Wittenberg ein Eisenbahnunglück statt, bei dem ein Bernburger junger Mann verunglückte. Neben leichteren Verletzungen und dem Verlust seiner Ersparnisse und Beschädigungen seiner Kleider trug er auch eine Schädelverletzung davon, die ihn zum Arbeiten im Bücken usw. untauglich machte. Nach abgeschlossenem Heilverfahren erklärte ihn der behandelnde Arzt, nachdem er ihn Freitags noch für krank befunden, am Sonntag darauf für vollständig gesund und erwerbsfähig. Auf Grund dieses Gutachtens bot ihm der Fiskus als Entschädigung für den Verlust an Geld und Arbeitszeit die Summe von — — 100 M. In diesem Stadium kam der Verletzte auf das Sekretariat, um sich Rat zu holen. Er war bereit, auf die angebotene Abfindung einzugehen, obwohl er erklärte, noch immer Kopfschmerzen zu haben. Es wurde ihm jedoch geraten, auf dieses Angebot nicht einzugehen, sondern zunächst einmal ein Gutachten eines anderen Arztes einzuholen. Dieses Gutachten konstatierte denn auch eine Schädelverletzung und setzte die Erwerbseinbuße auf 50 Prozent fest.

Daraufhin wurde die Klage auf Schadenersatz beim Landgericht zu Leipzig eingereicht. Die Beweiserhebung drehte sich darum, ob die Schädelverletzung, von der der behandelnde Arzt kein Wort sagt, auch keine gefunden haben will, durch den Unfall hervorgerufen, und auch hervorgerufen werden konnte, oder ob sich der Verletzte diese nicht nach dem Unfall bei einer anderen Gelegenheit zugezogen haben konnte. Wie man sieht, ist kein Mittel unversucht geblieben, um dem Verletzten keine Entschädigung zahlen zu brauchen. Obwohl dem Kläger ein Rechtsanwalt zur Seite stand, hatte das Sekretariat alle Schritte in der Beweiserhebung getan und die Schriftsätze angefertigt. In dem Termin am 13. Mai hat nun das Landgericht zu Leipzig dem Verletzten die Summe von 45 000 Mark als Schadenersatz zugesprochen.

Hätte der junge Mann nicht noch in der letzten Stunde den Weg nach dem Arbeitersekretariat gefunden, so wäre er dem mehrfach erteilten Rate, sich mit den 100 M. zufrieden zu geben, gefolgt. Er wäre aber zeitlebens ein Krüppel geblieben, der seinen Verwandten und schließlich der Gemeinde zur Last gefallen wäre. Darum sollte jeder in Sachen, worüber er sich nicht ganz klar ist, das Arbeitersekretariat aufsuchen und sich dort Rat holen. Man muß häufig die Erfahrung machen, daß, ehe der Arbeitersekretär aufgesucht, selbst in der Sache herumgepfuscht und nicht eher der Weg zu ihm gefunden wird, bis man sich in einer Sackgasse festgefahren hat. In solchen Fällen ist es dann, abgesehen von den vielen unnötigen Kosten, die sich solche Leute aufgeladen haben, schwer, die Geschichte wieder ins richtige Gleis zu bringen.

Arbeiter- und Unternehmerinteressen im Gerichtssaal.

Ein eigenartiger Beleidigungs-Strafprozeß wurde jetzt vom Oberlandesgericht entschieden. Der Geschäftsführer Graupe der Zweigstelle Zwickau des deutschen Textilarbeiterverbandes strebte in seiner Eigenschaft als Arbeitervertreter eine Besserung der Verhältnisse bei der Firma Jung u. Simon in Schedewitz bei Zwickau an. Zu diesem Zwecke beraumte er eine Versammlung der Textilarbeiter und -Arbeiterinnen in Schmidts Gasthof in Vorder-Neudörfel an und ließ die Einladungen in Zettelform abends nach Schluß der Arbeit vor der Jung u. Simonschen Fabrik verteilen. Am Schluß der Zettel hieß es, daß zahlreiches Erscheinen in Anbetracht der traurigen Zustände erwünscht sei, damit endlich einmal die traurigen Verhältnisse bei der Firma Jung u. Siemon gebessert werden könnten. Durch die zweimalige Erwähnung der „traurigen" Zustände fühlte sich der Leiter der Simonschen Fabrik, Andrae, schwer in seiner Ehre gekränkt; er rannte zum Kadi und strengte Privatbeleidigungsverfahren gegen Graupe an. Das Schöffengericht fällte einen Freispruch. Die Sache nahm aber vor dem Landgericht eine andere Wendung. Die Berufsinstanz war der Meinung, daß durch die Behauptung der traurigen Verhältnisse dem Privatkläger der Vorwurf eines „schuldhaften Verhaltens" seinen Arbeitern gegenüber gemacht worden sei; er habe sich um ihr Wohl und Wehe nicht genügend gekümmert, sie ausgenutzt usw. Der Beweis, daß in der Fabrik tatsächlich traurige Verhältnisse herrschten, sei dem Beklagten mißlungen. Er habe zwar das Recht, berechtigte Interessen zu wahren und die Arbeiter zum Beitritt in den Verband aufzufordern; durch die abfällige Kritik der Verhältnisse in der Simonschen Fabrik habe er aber „den gesetzlichen Boden verlassen", da ihm der Nachweis für die Wahrheit seiner Behauptung mißlungen sei. Das Urteil lautete auf 300 Mark Geldstrafe oder 40 Tage Gefängnis. (!) Der Verurteilte wendete sich mit der Rüge einer Verletzung der angezogenen Gesetzesparagraphen an das Oberlandesgericht. Der Strafsenat verwarf die Revision. Die tatsächlichen Feststellungen des Landgerichts rechtfertigten die Verurteilung und die Annahme einer öffentlichen Beleidigung. — Nicht nur das Urteil selbst, sondern auch die unheimliche Höhe des Strafmaßes ist uns angesichts der Lappalie unverständlich!

Samariter-Uebung.

Gestern vormittag fand am Ausschiffungsplatze unterhalb der Eisenbahnbrücke (auf der Altstädter Seite) eine kriegsmäßige Uebung der Freiwilligen Samariterkolonne vom Roten Kreuz statt. An der Uebung nahmen teil die Sanitätskolonnen Dresden I und II, Meißen und Lößnitzortschaften. An dem Ausschiffungsplatze lag ein gewöhnlicher großer Kohlenkahn, der zu einem Lazarettschiff umgewandelt worden war. Die innere Einrichtung war sehr zweckmäßig vorgenommen worden. Man hatte mit großen Pappstücken mehrere Räume vom eigentlichen Krankenraum abgegrenzt und auf diese Weise Operationszimmer usw. geschaffen. Vor den Sonnenstrahlen — von denen gestern allerdings nicht viel zu merken war — schützten über Stangen gelegte Strohmatten. Das ganze Arrangement zeichnete sich besonders dadurch aus, daß man nicht etwa eine schöne Lazaretteinrichtung in den Kahn gebracht hatte, die im Kriegsfalle doch nicht zur Hand sein würde, sondern man hatte mit höchst primitiven Hilfsmitteln eine möglichst vollkommene Einrichtung geschaffen. Die Patienten wurden von der Kolonne selbst markiert. Eine der schwierigsten Arbeiten war der Transport der Kranken aus dem Kahn. Hier mußte jeder Handgriff berechnet sein, denn die primitive Holztreppe und die engen Raumverhältnisse ließen es kaum möglich erscheinen, daß die Trage mit dem Patienten ohne Stoß und Schwanken aus dem Kahn kommen würde. Die Sicherheit, mit der dies dennoch geschah, ließ ohne weiteres darauf schließen, daß gerade im Nehmen von Hindernissen die Kolonnen gut ausgebildet waren. Derselbe praktische Sinn zeigte sich auch in der Einrichtung der Krankentransportwagen. Mit einigen roh gezimmerten Balkenstücken und Stangen sowie mit starken Stricken hatte man federnde Gestelle gemacht, in die die Tragen gehangen wurden. Zweckmäßigkeit konnte man auch in dem improvisierten Hilfslazarett am Packhof beobachten. Es war hier angenommen worden, daß es an der benötigten Anzahl Feldbettstellen mangele. Man hatte deshalb als Ersatz rohe Gestelle gezimmert und diese mit Sackleinwand überzogen. Für den Notfall boten sie immerhin eine bequeme Lage. Auch der Transport der Kranken wurde sorgfältig ausgeführt. Das hierbei unerläßliche Kommando regelte jeden Handgriff. Die Arbeiten zeichneten sich besonders durch Ruhe und Ueberlegung aus. — Eins aber konnten wir nicht einsehen: warum diese Sanitätskolonnen den Parademarsch üben! Die ganze Uebung war überhaupt wegen der Anwesenheit des Königs stark mit Hurrastimmung verbrämt.

Ein Wucherprozeß.

Im Februar 1907 kam der Leutnant Wachsmuth mit Roßberg zusammen. Er wollte Darlehen haben und gab dafür Wechsel, die dann wieder prolongiert wurden. Ihm wurde auch ein hoher Prozentsatz für Gebühren und Zinsen in Abzug gebracht. Leutnant Prengel ist nicht erschienen, er ist kommissarisch vernommen worden. Dieser Offizier wirtschaftete so leichtsinnig wie die übrigen. Er hatte in kurzer Zeit ein größeres Vermögen „aufgebraucht". Im Sommer 1906 hatte er schon gegen 1000 M. Schulden. Er will nicht einmal recht verstanden haben, was ein Wechsel ist. Als er mit Roßberg zusammenkam, verlangte er zunächst 1000 bis 1200 M. Roßberg könne ihn nur oberflächlich über seine Vermögensverhältnisse befragt haben. Am 31. Juli stellte er einen Wechsel über 1200 M. aus. Das Akzept lief drei Monate. Da ihm nur für diesen Wechsel 985 M. ausgezahlt wurden, so entspricht dies einem Zinsfuß von 72 Proz. Im September 1906 brauchte er 600 M. für eine Vergnügungsreise. Er stellte wieder einen Wechsel aus, den Leutnant Anger und Römer mit girierten. Anfang November verlangte er weitere 1500 M. und so ging dies fort bis zur Höhe von 2400 M. Der Offizier geriet immer mehr in Schulden; die Wechsel wurden prolongiert und dafür mußten immer wieder hohe Gebühren bezahlt werden. Als Geldgeber kommt Flügel in Frage. Für die Prolongation des letzten Wechsels stellte er einen neuen Wechsel aus. Schließlich mußten die Verwandten in den sauren Apfel beißen und die Verbindlichkeiten regeln.

Als weitere Geschädigte kommen mehrere mittlere Beamte in Frage. Landgerichtssekretär Schwarze wandte sich vor einigen Jahren um ein Darlehen an Roßberg. Er brauchte 350 Mark für eine Badereise. Gegen Wechsel erhielt er den Betrag ratenweise und er mußte 135 M. Entschädigung dafür zahlen. Der Brandversicherungsanstalts-Sekretär Mätzold verpfändete, um ein Darlehen zu erhalten, eine größere Lebensversicherungspolize. R. hatte um das Geschäft wenig zu tun gehabt, ließ sich aber von Flügel 125 M. dafür zahlen. — Der frühere Gendarm Seidel befand sich im Februar 1907 in bedrängter Lage, denn er sollte 120 M. Alimente auf ein Brett zahlen. Die Ehefrau des Beamten fungierte als Unterhändlerin. Sie wandten sich an Roßberg, und dieser will die Ehefrau ausdrücklich auf die Bedingungen aufmerksam gemacht haben. Obwohl ihm das Geld selbst pro Vierteljahr 12 Prozent koste, wolle er ihm doch „über den Berg helfen". Der Schutzmann erhielt denn auch 123 M., mußte dafür aber einen Wechsel über 150 M. auf 3 Monate ausstellen. Die 3 Monate vergingen, der Wechsel war fällig, aber der Schutzmann konnte ihn nicht einlösen. Der Schuldner mußte um einen prolongierten Wechsel über 200 M. ausstellen. Die Schuld wuchs immer mehr und der Beamte mußte schließlich für 205 M. Darlehen 45 M. Vergütung bezahlen. Seine Ehefrau mußte sich mit ihren Möbeln verpfänden und außerdem Wechselunterschrift leisten. Die Ehefrau des Schutzmannes wurde als Zeugin vernommen. Sie hätte eigentlich nur 125 M. erbeten, Roßberg habe jedoch gesagt, es sei besser, wenn sie gleich 150 M. nehme. Der Wert der verpfändeten Möbel betrug 1000 M. Die von den 150 M. gemachten Abzüge seien ihr zwar auch etwas hoch vorgekommen, aber sie hätten nicht anders gekonnt. Die Sache hätte ihrem Manne das Amt kosten können. — In arger finanzieller Bedrängnis befand sich auch der Bureau-Assistent Näther; er hoffte aber, daß ihm bis zu seiner Wiederverheiratung die Regelung der dringendsten Verpflichtungen gelingen werde. Er gab ein Akzept über 125 M. und erhielt 100 M. ausgezahlt. Es folgte nun Prolongation auf Prolongation, bis die Schuld auf 205 M. angewachsen war. Der Zeuge erklärt, er sei bei Aufnahme des Darlehens infolge der jahrelangen Krankheit und des Todes seiner Ehefrau in eine sehr bedrängte Lage geraten. Es war ihm in der letzten Zeit nicht mehr möglich, seine Miete regelmäßig zu bezahlen. Roßberg habe ihm gesagt, daß die Vergütung und für die Zinsen höchstens 17 Proz. vierteljährlich zu zahlen wären. — Der Angeklagte Roßberg entrüstet sich sehr darüber, daß er als Wucherer angesehen werde. Er habe den Leuten nur ausgeholfen, und doch gar nichts davon gehabt. (Die Verhandlung dauert fort.)

Der Bezirk Pieschen-Trachenberge des Sozialdemokratischen Vereins für den 4. Wahlkreis unternimmt am Sonntag den 31. Mai einen Familien-Ausflug nach Rähnitz. Da die kleinen Ausflüge sich einer großen Beliebtheit bei den Mitgliedern erfreuen, so sei hiermit darauf hingewiesen.

4. Wahlkreis. Am Mittwoch berichtete vor zirka 2000 Personen, die sich in der Reichskrone, Bischofsweg, eingefunden hatten, Reichstagsabgeordneter Genosse August Kaden über Die Tätigkeit des Reichstages. Die Versammlung nahm einen vorzüglichen Verlauf. — Ein Anhänger des sogenannten „Neuliberalismus", Lehrer Betzkocka, sprach in der Debatte für Kolonien, Heer und Flotte und pries das neue Reichsvereinsgesetz als eine Errungenschaft des Blocks. Genosse Fischer entgegnete ihm in wirkungsvoller Weise, während Genosse Kaden in seinem Schlußwort die „Taten" der „Freisinnigen" ins richtige Licht rückte. Stürmischer Beifall wurde unseren Rednern zuteil. Eine große Anzahl Mitglieder und Abonnenten wurden gewonnen. Weiterer Bericht folgt.

Nächsten Sonntag findet im 4. Wahlkreis eine Flugblattverbreitung statt. Es ist wünschenswert, daß sich alle Partei- und Gewerkschaftsgenossen daran beteiligen, damit, wie bei früheren Verbreitungen, die Arbeit schnell und gewissenhaft erledigt wird.

Aus der Umgebung.

Tolkewitz. Den Genossen zur Kenntnis, daß Genosse Langen unsern Ort nach 1½jähriger Tätigkeit verläßt. An seine Stelle tritt der Ersatzmann Genosse Preusche in den Gemeinderat ein. — Auch wird bekanntgegeben, daß der Zahlabend diesmal Sonnabend den 30. Mai, abends 9 Uhr, im Anker stattfindet. Anmeldungen werden dort erledigt. Die Bezirksführer müssen unbedingt anwesend sein wegen einer Agitationsunternehmung.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19080529/6 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Gerichtszeitung.

Oberlandesgericht.

Ein eigentümlicher Strafprozeß beschäftigte in letzter Instanz den Strafsenat. Am 5. November v. J. brach im Rittergut Salzenforst ein Schadenfeuer aus. Der Gemeindevorstand als Ortspolizeibehörde überlandte dem benachbarten Rittergutsbesitzer Trautmann in Ober-Uhna (Lausitz) durch seine Dienstmagd einen Zettel mit der Aufforderung zwei Mann zum Spritzendienst zu senden. Der gerade beschäftigte Trautmann legte den Zettel, ohne von seinem Inhalt Kenntnis zu nehmen, beiseite und vergaß ihn später ganz, so daß die Salzenforster ohne Unterstützung von Ober-Uhna blieben. Wegen dieser Nachlässigkeit geriet Tr. unter Anklage wegen Vergehens nach § 360 Absatz 10 des Strafgesetzbuchs: „Mit Geldstrafe oder mit Haft wird bestraft, wer bei Unglücksfällen, allgemeiner Gefahr oder Not von der Polizeibehörde oder deren Stellvertreter zur Hilfe aufgefordert, keine Folge leistet, obgleich er der Aufforderung ohne erhebliche eigene Gefahr genügen konnte." Während das Schöffengericht als erste Instanz den Angeklagten freisprach, warf das Landgericht eine Geldstrafe aus. Tr. wendete sich nunmehr mit einer Revision an das Oberlandesgericht und erklärte, zur Hilfeleistung gar nicht verpflichtet gewesen zu sein, er habe nicht der Polizeigewalt des Salzenforster Gemeindevorstandes unterstanden. Des ferneren bedinge auch der § 360 Abs. 10 des Strafgesetzbuches, daß die Aufforderung zur Kenntnis des Betreffenden gelange. Nachdem sogar der Vertreter der Anklage das Urteil für unhaltbar erklärt hatte, erkannte das Oberlandesgericht die Revisionsgründe des Angeklagten an und sprach ihn frei.

Ein Strafprozeß mit historischem Hintergrunde. Von der Verlagsfirma Philipp Reclam jun. in Leipzig erhielt vor mehr denn 14 Jahren der Leipziger Schriftsteller Dr. Mendheim den Auftrag, eine Biographie des Berühmten Kolberger Verteidigers Joachim Nettelbeck zu schreiben. Bekanntlich ist Nettelbeck im Jahre 1738 in Kolberg geboren und verteidigte seine Vaterstadt 1807 mit bestem Erfolge gegen die Franzosen. Das Werk Dr. Mendheims stützt sich auf historische Ueberlieferungen unter Benutzung der Selbstbiographie Nettelbecks und einer 1824 von einem Superintendenten Harpen herausgegebenen Lebensbeschreibung. Im Jahre 1894 ist das Buch bei Reclam erschienen und wird noch jetzt verbreitet. Das streng wissenschaftliche Werk gelangte im Vorjahre in die Hände der im Rheinlande lebenden Nachkommen Nettelbecks, die sich durch die Schilderung einer im Jahre 1770 geborenen, später von Nettelbeck adoptierten Sophie Regine Nettelbeck beleidigt fühlten. Auf Seite 385 und 386 des Werkes wird von dieser Sophie Regine gesagt, daß sie eine Dirne gewesen sei und einen unsittlichen Lebenswandel geführt habe. Nach ihrer Verheiratung hätten sich ihre Kinder die Erlaubnis verschafft, den Namen Bessert-Nettelbeck zu führen. Der Urenkel dieser Sophie Regine, Dr. jur. Bessert-Nettelbeck, strengte gegen den Schreiber des Buches, Dr. Mendheim, die Beleidigungsklage an. Durch die Schilderung des Lebenswandels seiner Urgroßmutter sei er an seiner Ehre gekränkt und in der Wertschätzung seiner Standesgenossen herabgesetzt worden. Mit dieser Möglichkeit habe der Schreiber des Werkes rechnen müssen. Der Autor bedauerte seine bona fide; er habe gar nicht mit der Möglichkeit einer Beleidigung gerechnet, weiter nichts, als ein auf historischer Grundlage basierendes wissenschaftliches Werk geschrieben und sich streng nach der Geschichtsforschung gerichtet. Uebrigens habe er in dem Werke erwähnt, daß die fragliche Sophie Regine später eine ehrbare Frau geworden sei. Nachdem Schöffen- sowohl wie Landgericht Leipzig den Beklagten freigesprochen hatten, wendete sich der Privatkläger mit einer Revision an das Oberlandesgericht und rügte eine Verletzung des § 185 des Strafgesetzbuches. Die Revision wurde kostenpflichtig verworfen. Eine Beleidigung sei durch das rein wissenschaftliche Werk gänzlich ausgeschlossen. Dem Beklagten habe in der Wahrung wissenschaftlicher Interessen die Absicht der Beleidigung gefehlt. Außerdem sei noch die Frage der Verjährung zu streifen; bedeutende Kommendatoren des Strafrechts seien der Meinung, daß die Verjährungsfrist mit dem Erscheinungstermine einer Schrift zu laufen beginne.

Militärgericht.

Der Senfnapf als Duellursache. Am 27. März saß in einem Restaurant in Dresden-Neustadt eine ziemlich feudale Gesellschaft am Biertische. Unter den meist aus Zivilisten bestehenden Personen befand sich auch der Schützen-Einjährige Sieber. Der Bruder des Einjährig-Freiwilligen war mit einem anderen Zechkumpan in Differenzen geraten. Plötzlich hielt der Einjährige den Augenblick für gekommen, tatkräftig in den Streit einzugreifen, und zwar gab er seiner Entrüstung dadurch Ausdruck, daß er seine Kaffeetasse heftig auf den Tisch aufschlug. Durch die Wucht des Schlages flog der Senfnapf in die Höhe und einem am Tische sitzenden Unteroffizier der Reserve direkt ins Gesicht. Der mit Senf Besudelte fühlte sich natürlich schwer an seiner Unteroffiziers-Ehre gekränkt und sandte dem impulsiven Einjährigen am anderen Tage durch einen bekannten Forstassessor eine Pistolenforderung mit dreimaligem Kugelwechsel. Der Einjährige nahm die Forderung an; die Schießerei unterblieb jedoch aus unbekannten Gründen. Wegen Annahme der Forderung erhielt Sieber vom Kriegsgericht 3 Tage Festung.

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Lokales.

Zum Streik in der König-Friedrich-August-Mühle, Gebr. Braune, wird uns geschrieben: Da die Firma jedwede Verhandlungen, die zu einem Friedensschluß in dem Kampfe führen konnten, abgebrochen hat, mußte es sehr erklärlich sein, daß die Streikenden nun ein besonderes Interesse daran haben, zu wissen, wo das Brot der Firma konsumiert wird. Der arbeitswillige Kutscher Strobitz beschimpfte die Streikenden in der gemeinsten Weise: Lumpen, Streikbrecher (der Mensch scheint an Begriffsverwirrung zu leiden), das waren noch die gelindesten Ausdrücke, mit denen er die Streikenden regalierte. Man muß sich über solche Dreistigkeit wundern. Aber es zeigte sich so recht, daß diese Arbeitswilligen nun einmal ohne die Hilfe der Polizei nicht auskommen können. Das erste war immer, daß er sofort den ersten besten Schutzmann herbeiholte, die mußten sich aber allerdings gesagt haben, daß es hier keine Arbeit gab, denn die Streikenden haben bisher den Behörden noch keine Gelegenheit gegeben zum Einschreiten und werden es sicher auch nicht tun und da wird auch die Liebesmühe der Arbeitswilligen umsonst sein. Aber sicher werden die Abnehmer das Verhalten der Arbeitswilligen den Streikenden gegenüber gebührend zu würdigen wissen. Ein ziemliches Absatzgebiet hat die Firma noch im Görlitzer Waren-Einkaufsverein, fast in allen Filialen konnte festgestellt werden, daß diese Brot von der Firma beziehen. Herr Liehr, Produktengeschäft in der Lübecker Straße, den wir bereits einmal bekannt gaben, und der sich damals entrüstete, indem er der Streikleitung weismachen wollte, daß er kein Brot von der Firma mehr beziehe und eine Berichtigung verlangte, bezog erst am Mittwoch wieder Brot und auch Mehl von der Firma. Die Streikleitung wird in Kürze alle Geschäfte, die Braunesches Brot führen, der Bevölkerung bekannt geben.

7. Generalversammlung d. Deutschen Holzarbeiterverbandes.

Stettin, 25. Mai.

Nachmittags-Sitzung.

Am Nachmittag erstattete zunächst die Mandatsprüfungskommission Bericht. Sie beantragte, Bremerhaven für diesen Kongreß unvertreten zu lassen, ferner an Heidelberg und Heilbronn wegen der ungenauen Befolgung der Wahlvorschriften eine Rüge zu richten, im übrigen aber alle 189 Mandate für gültig zu erklären. Die Generalversammlung stimmte diesen Anträgen debattelos zu.

Hierauf erstattete Leipart den **Vorstandsbericht**, der ausführlich niedergelegt ist in den beiden Jahrbüchern des Holzarbeiterverbandes 1906 und 1907. Dazu hat der Vorstand einen ergänzenden Bericht über die inneren Verwaltungsangelegenheiten den Delegierten vorgelegt. In seinen mündlich gegebenen Erläuterungen bedauert Leipart zunächst die Verzögerung der Vorbereitungsarbeiten durch den überaus großen Umfang der Tarifverhandlungen. Im einzelnen sei zunächst des Zirkulars zu gedenken, das im Frühjahr 1907 an die Zahlstellen erlassen wurde. Es hieß darin, daß die vielen nicht genehmigten, unvorbereiteten Lohnbewegungen die Verbandsarbeit erschwerten und die große, für das Frühjahr 1908 bevorstehende Bewegung schädigten. Weiter verlangt das Zirkular strengste Disziplin von den Mitgliedern: es dürfe nicht mehr vorkommen, daß dem Vorstande immer wieder das Recht streitig gemacht werde, über jede Lohnbewegung nach den Mitteln des Verbandes zu entscheiden. Das Zirkular kam durch Vertrauensbruch in die Hände des Unternehmertums und in die bürgerliche Presse; dort erregte es großes Aufsehen, aber es wiederholt tatsächlich nur alles, längst bekanntes. Ohne Schaden dürfte es bekannt werden. Auch auf die Kasse wird die dringend notige Rücksicht nicht genommen. Das vor einigen Jahren so viel besprochene Ruhebedürfnis der Gewerkschaften hat sich nirgends gezeigt. Im Gegenteil, die Ortsverwaltungen glauben vielfach, der Verband leide Schaden, wenn nicht alljährlich „lohnbewegt" wird. Die Extrabeiträge haben nicht das volle Ergebnis gehabt, das sie haben sollten. Die Mannarkeg brachten in diesem Jahre 17 904 M., ein sehr bescheidenes Resultat. Zudem hatte in diesem Jahre der Arbeitgeberschutzverband die Absicht, die Maifeier als Kontraktbruch anzusehen und die bestehende Aussperrung möglichst weit auszudehnen. Hierbei ist auch der Vereinbarung zwischen Parteivorstand und Generalkommission über die Unterstützung der Maifeiernden zu gedenken. Es läßt sich nicht verkennen, daß die Abwälzung der Unterstützungen auf die lokalen Instanzen in gewissem Gegensatz zu dem Gedanken der Zentralisation steht. Aber nachdem Parteivorstand und Generalkommission als Ergebnis wochenlanger Beratungen und zahlloser Sitzungen gemeinsam diese Vorschläge machten, war der Zentralvorstand nicht in der Lage, andere Vorschläge zu machen und stimmte mit allen anderen Zentralvorständen dem Uebereinkommen zu. Gegen die Beschlüsse des Kölner Gewerkschaftskongresses in Sachen der Maifeier und des Generalstreiks hatte sich anfangs eine heftige Opposition geregt. Das Kieler Gewerkschaftskartell regte die Abhaltung eines außerordentlichen Gewerkschaftskongresses zur Revision der Beschlüsse an. Aber von den 800 Zahlstellen des Verbandes schlossen sich auf das Rundschreiben des Kieler Kartells nur 6 diesem Antrage an, und zwar Eberswalde, Neustadt a. H., Gaarden bei Kiel, Eilenburg, Plauen und Friedland in Mecklenburg. (Heiterkeit.) Danach sind wir diesem Antrage nicht nachgekommen. — Mit der Agitation sind wir nicht zufrieden, auch mit unserer eigenen nicht. Wo in einem Gau zwei Vorsteher sind, soll der ältere sich überwiegend den Lohnbewegungen, der jüngere sich der Agitation widmen. Die gelben Gewerkschaften haben eine erhebliche Verbreitung im Berufe nicht gefunden. Gleichwohl haben sie der Holzarbeiterbewegung durch Vermittlung von Streikbrechern großen Schaden schon jetzt zugefügt. Für die Agitation soll jetzt, sobald etwas mehr Ruhe ist, mehr geschehen. Seine Versammlungen und Vorstandsmitglieder meldet der Verband nicht mehr an, weil er auf dem Standpunkt steht, daß er kein politischer Verein im Sinne des neuen Vereinsgesetzes ist. Die Unterstützungen müssen strenger kontrolliert werden; sie sind schon ohnedies in der jetzigen Zeit der Arbeitslosigkeit sehr hoch. Zum Schlusse erörtert Leipart den Streit mit dem Verband des technischen Bühnenpersonals, gegen dessen Anschluß an die Generalkommission der Vorstand des Holzarbeiterverbandes protestiert hat. Es seien das meist Holzarbeiter, die oft wieder zu anderer Zimmerertätigkeit zurückkehrten. Leipart schließt seinen Bericht mit der Versicherung, daß der Vorstand stets das Beste des Verbandes erstrebt habe.

Den **Kassenbericht** erstattet der zum Nachfolger Aug. Bohnes gewählte Hauptkassierer König. Er bedauert, daß der Verband seit längerer Zeit mit Defizit arbeite, teils wegen der umfangreichen Lohnbewegungen, teils wegen der im letzten Quartal nahezu verdoppelten Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung. Die Extrabeiträge seien anfangs eifrig, später aber ganz nachlässig gezahlt worden. Mangel an Gemeingeist hätten u. a. Hamburg, Nürnberg und der Elsaß gezeigt. Auch die Kontrolleure müßten viel sorgfältiger arbeiten, um Unregelmäßigkeiten zu verhindern.

Den **Bericht des Ausschusses** erstattete Rob. Schmidt-Berlin. Der Ausschuß hat die an ihn herantretenden Beschwerden erledigt. Von größerer Bedeutung ist davon keine.

In der **Diskussion** werden zunächst die Lohnbewegungen besprochen. Ueber Zurücksetzung klagen die Geschoßkorbmacher aus Zeitz, die Bleistiftmacher aus Nürnberg, die Schlafzimmermöbelarbeiter aus Hanau usw. Die Breslauer führen darüber Klage, daß kein Vertreter von ihnen zu den Unterhandlungen mit dem Arbeitgeberschutzverband zugezogen ist. Fürth beschwert sich über den groben Ton eines Vorstandsmitgliedes gegenüber den Zahlstellen und fragt, wie es sich mit dem Rechte desselben verhält, einen Betrieb zu sperren, der bisher keinen Tarifvertrag hatte. Vom Vorstandstisch wird erwidert, daß in solchem Falle dann die Zahlstelle selbst die Kosten tragen müsse.

In der Diskussion über die Entwicklung des Verbandes (Gauvorstände und Agitation) wird über die geringen Fortschritte in den letzten zwei Jahren Klage geführt. Die Anstellung besonderer Beamten für die Agitation und die Heranbildung keiner Agitatoren für die Werkstellen wird empfohlen. Vorstandsmitglied Becker erwidert, daß der Stillstand des Verbandes hauptsächlich auf die Krise und die schweren Kämpfe des Vorjahres zurückzuführen sei. Die weitere Diskussion wird vertagt.

Neues aus aller Welt.

Großziegenort, 28. Mai. Heute nachmittag überrannte der Raderdampfer Ziegenort bei Grabow an der Oder ein Boot mit sieben Insassen, das seinen Kurs kreuzte. Zwei Männer, eine Frau und ein Kind ertranken.

Witten a. d. Ruhr, 28. Mai. In dem hiesigen Steinbruch wurden zwei Arbeiter von herabstürzenden Gesteinsmassen erschlagen, ein dritter schwer verletzt.

•

Teplitz-Schönau, 28. Mai. In den Austriaschächten ereignete sich ein schweres Grubenunglück, bei welchem durch Sprengungen von Kohle drei Häuer schwer verletzt wurden.

Antwerpen, 28. Mai. Das Gerüst eines Neubaues in der Koosenstraße stürzte gestern zusammen. Drei Arbeiter wurden hierbei tödlich verletzt.

Antwerpen, 28. Mai. Einer der bei der Eisenbahnkatastrophe bei Contich Verletzten ist gestern abend seinen Verletzungen im hiesigen Spital erlegen. Der Zustand des Weichenstellers hat sich derart verschlimmert, daß er gestern die Sterbesakramente erhielt. Der Werkführer, welcher als Mitschuldiger an der Katastrophe verhaftet wurde, weil er den Stationsvorsteher über die an der Weiche vorgenommenen Reparaturarbeiten nicht informiert hatte, ist vorläufig in Freiheit gesetzt worden.

Gent, 28. Mai. Der Luftschiffer Farman setzte gestern seine Flugversuche fort und legte unter anderem eine Strecke von 18 000 Metern in direkter Linie mit einer Geschwindigkeit von 80 Kilometern in der Stunde zurück. Am Ende des Versuchsfeldes angelangt, berührte er mit dem Apparat den Boden und steuerte um, und erhob sich neuerdings in die Lüfte, um in einem einzigen Fluge an die Aufstiegstelle zurückzukehren.

Budapest, 28. Mai. In der Stadt Kecskemét wurde heute früh 2½ Uhr abermals ein Erdbeben verspürt. Auf ein schwaches Beben folgte 15 Minuten später ein stärkeres, das von unterirdischem Getöse begleitet war.

Budapest, 28. Mai. In Kecskemét wurden heute vormittag 9 Uhr 33 Min. abermals drei außerordentlich starke Erdstöße wahrgenommen. Unter der Bevölkerung herrsche eine unbeschreibliche Panik. Die Einwohner flüchteten auf die Straßen und kehrten nicht in ihre Häuser zurück.

Rom, 28. Mai. Gestern hat der französische Luftschiffer Delagrange in Anwesenheit des Königs mit seiner Flugmaschine eine Strecke von neuneinhalb Kilometer zurückgelegt und damit den Rekord geschlagen.

Reggio (Kalabrien), 28. Mai. Gestern abend gegen 11 Uhr wurde hier eine heftige Erderschütterung wahrgenommen, die von unterirdischem Donner begleitet war. Die Bevölkerung flüchtete zum Teil aus den Häusern. Aus der Provinz liegen noch keine Nachrichten vor.

Konstantinopel, 28. Mai. Der Bankdirektor Molho, der erste Direktor der Filiale der Banque Salonique in Konstantinopel, wurde von dem Bureaudiener, dem Albanesen Abbedin erschossen. Als Abbedin angeblich den Gehorsam verweigerte, sprach Molho die Entlassung aus, worauf Abbedin einen Revolver zog und Molho in den Unterleib schoß. Eine sofort versuchte Operation verlief unglücklich, und Molho starb an innerer Verblutung. Ueber die Tat herrscht in ganz Galata große Aufregung; vor dem Banklokal fanden große Ansammlungen statt.

Jekaterinoslaw, 28. Mai. Im Gorlowkaschacht der Südrussischen Bergwerksgesellschaft hat eine Explosion schlagender Wetter stattgefunden. Ein Bergingenieur, ein Steiger und zahlreiche Arbeiter wurden getötet.

Neuyork, 28. Mai. Gegen den Distriktsstaatsanwalt Jerome wird hier gegenwärtig eine äußerst scharfe Agitation betrieben. Eine Anzahl von Gegnern Jeromes hat eine Petition eingereicht, in der seine Entlassung aus dem Amte gefordert wird. In dem Schriftsatze wird an Jeromes Charakter und Tätigkeit eine geradezu vernichtende Kritik geübt. Es heißt darin unter anderem, daß unter seiner Amtsführung die Verhältnisse in Neuyork für die Bevölkerung hundertmal schlimmer geworden seien, als wenn sie unter einer Mörderbande lebte. Gegen die Untersuchungsrichter wird der Vorwurf der Bestechlichkeit erhoben. Jerome zeige eine verbrecherische Untätigkeit, er sei ein Spieler und allerlei schlimmen Einflüssen zugänglich. Seine Verwaltung im Amte müßte daher zu unerhörten Mißständen führen.

Zur Saison
empfiehlt: Rucksäcke, Sportgürtel, Picknickkörbe, Feldstühle, Hängematten, Reisekörbe, Handkoffer, Reiseaschen, Spazierstöcke, Parfümerien, Damengürtel, Handtaschchen, sämtliche Sommerspielwaren sowie Kochkartenkoffer und Gelegenheitsartikel - Geschenke in grosser Auswahl zu billigsten Preisen.
Kaufhaus Alois Eckstein
Potschappel, Dresdner Strasse 23.
5 Prozent Rabatt auf alle Waren.
P. T. Vereinen halte mich bei Bedarf in Verlosungsartikeln bestens empfohlen und gewähre ich 10 Proz. Kassarabatt.

E. PASCHKY.
Hochseefischdampfer „Thyr"
ist mit reicher Ladung hereingekommen.
Zu sehr billig. Preisen
soeben eingetroffen:
Schellfisch o. Kopf nur Fleisch, in Fischen . . . . . Pfd. 16 Pf.
Schellfisch, ff. gross bis zu 2 Pfund . . . . . Pfd. 16 Pf.
Goldbarsch o. Kopf fett wie Tafelkarpfen . . . . . Pfd. 16 Pf.
Austernfisch o. Kopf delikat zum backen, in Fischen . . . Pfd. 16 Pf.
Seehecht ohne Kopf nur Fleisch, in Fischen . . . . . Pfd. 20 Pf.
Rotzungen, ff. gross Pfd. 20 Pf.
Ausführliche gedruckte Kochrezepte gratis.
Von jüngsten Zufuhren wieder eingetroffen:
Sehr schöne, reife, großfallende
neue Matjes, St. v. 10 Pf. an
für auswärts das Hundert 8–10 M., Postdosen von 275 Pf. an.
Beste zarte, weissfleischige
Vollheringe, 10 St. 30, 40, 50, 55 Pf.
Zum marinieren 100 St. 275, 275, 475, 500 Pf.
½ Tonne, etwa 1000 St., 25.00 M., ¼ Tonne 14.00 M.
½ Tonne, etwa 850 St., 26.50 M., ¼ Tonne 14.50 M.
½ Tonne, etwa 750 St., 28.00 M., ¼ Tonne 15.00 M.
½ Tonne, etwa 500er, 24 M., ¼ Tonne 13 M.
Beste Paf Crown-Spents, etwa 900er, 24 M., ¼ Tonne 14 M.
Beste Paf Crownfullbrand, Tonne 26 M., ¼ Tonne 14 M.
Versand prompt gegen Nachnahme.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19080529/7 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Feinste

Tafelbutter

1 Pfund **118** Pfennig.

F. E. Krüger, Webergasse 18

Telephon No. 1912

Filiale: Schäferstrasse No. 15.

Freier Versand nach allen Stadtteilen.

Nachlass-Auktion!

Sonnabend den 30. Mai, von nachm. 5 Uhr an werden die zum Nachlaß der verst. Eheleute Schlesier im Grundstück Am Obergraben 2 in Mügeln gehör. Gegenstände, als: **Möbel, Betten, Wäsche, Kleider, Haus- u. Küchengeräte, gespaltenes und ungespaltenes Holz** sowie anderes mehr gegen Barzahlung versteigert werden. Bes. 3–5 Uhr

Aug. Uhlitzsch, Auktionator.

Zirka 300 Herrenhosen

nur bessere Stoffe,

Ausgehhosen 4 Mark

Sonntagshose, engl. Stoffe **6.50 Mark**

Gr. Brüdergasse 3, 3. Reich.

Schweinefleisch 60–65 Pf.
Pökelfleisch . . . . 70 Pf.
Rindfleisch . . . 60–70 Pf.
Hammelfleisch . v. 65 Pf. an

Markthalle Antonsplatz

Stand 14 u. 15.

Pfandgegenstände

billig zu verkaufen. Gold, Silber, Sommerkleidungsstücke, Wäsche.

Pfandgeschäft, Zirkusstr. 34.

Kleinzschachwitz, Königsallee 18.

Jeden Sonnabend:

Rindfleisch Pfd. **50–65 Pf.**
Schweinefleisch 60–70 Pf.
Hausschl. Wurst 70 Pf.

Alles untersuchte feine Ware.

Spezialgeschäft

für

Holzwaren
Handwagen
Schubkarren
Leitern
Spielwaren

sowie **Rädern** in allen Größen.

Spezialität:

Waschwannen u. Holzgefäße.

Ernst Thomas, Böttchermeister

Dr.-A., Freiberger Strasse 9.

Gebr. Motorrad, 3½- große Posten **gebr. u. neue Fahrräder,** sowie **Ersatzteile** billig zu verk. **Reparaturen** gut, schnell, bill.

O. Schneider, Schandauer Strasse 75.

Kern, Uhrmacher, **Rabenau**

Spez.: Staubfch. Uhren für Arbeiter 13.50 u. 20.50 M. Gold- u. opt. Waren, Musikw. Grundverkl. Reb. Verf. nach usw.

Schusszigaretten

Eckstein gemischt, bis 5 Pf. per Stück

100 Stück 60 Pf.

Reisewitzer Strasse 80

Gute getragene

sowie auch **elegante** neue

Herren- und Damen-Kleider

aller Art verkauft billig wegen Ladenmiete-Ersparnis nur das **I. Dresdner Kleidermagazin, Töpferstr. 1. I.**

Erstkl. Räder

auch auf Teilz., sowie Zubeh. und Reparaturen billigst. **M. Engel, Gruna,** Zwingliststraße 25.

Größtes Schuhlager Dresdens.

Verkaufs-Häuser:

Wettinerstraße 31–33
Ecke Mittelstraße.

Hauptstraße
Ecke Ritterstraße.

Pirnaischer Platz
Ecke Grunaer Straße.

Augsburger Straße 22
Ecke Tittmannstraße.

Achtung!

Deuben u. Niederhäslich!

Bestellungen auf die **Dresdner Volkszeitung, Wahren Jakob, Postillon, Freien Stunden, Blut und Eisen** sowie auf alle Partei- und Fachliteratur nimmt entgegen

Otto Bauer

Deuben, Ecke Kreuz- und Schillerstraße.

Bruno Köper, Potschappel

34 Tharandterstrasse 34

empfiehlt stets das Neueste in

Filz- und Zylinder-Hüten

Mützen, Schirmen, Strohhüten

Krawatten, Handschuhen, Wäsche

Turnschuhen, Hosenträgern, Gürteln.

Bund für Mutterschutz, Ortsgruppe DRESDEN.

Bureau: **Schnorrstrasse 88, I.**

Unentgeltlicher Rat und Hilfe für ledige Schwangere und ledige Mütter.

Soeben erschienen:

Postkarten vom Maifestzug

in geschmackvoller Ausführung.

Preis 5 Pf.

Die Karte eignet sich besonders zu **Gewerkschafts-** und **Sommerfesten.** Wiederverkäufer hohen Rabatt.

Zu beziehen durch die

Volksbuchhandlung, Zwingerstrasse 22.

Laubegast–Tolkewitz.

Abonnements und **Inserate** für die **Dresdner Volkszeitung** und Bestellungen auf **Partei-, wissenschaftliche** und **Unterhaltungs-Literatur** und **Witzblätter** sowie das Einbinden von Büchern nimmt entgegen

Max Löffler, Kolporteur

Schoberstraße 3, 2 Laubegast Schoberstraße 3, 2.

Meine Uhr

geht nicht mehr! Wo soll ich sie hinschaffen? Zu

H. Lorenz

nur Schöffergasse Nr. 4 vom Altmarkt aus rechte Seite wo man alle Uhren gut und billig repariert. **Preisangabe sofort.**

Neue Uhren billigst.

Trauringe in grosser Auswahl und in allen Preislagen.

Bitte auf die Firma genau zu achten!

Kein Malzkaffee, kein Färbemittel

sondern ein

vollmundender, kräftiger und wohlbekömmlicher

Kaffee-Ersatz

ist unser

Echter Dr. Lutze'scher Gesundheits-Kaffee

für alle, die wegen Nervosität, **Herz- oder Magenleiden keinen Bohnenkaffee trinken sollen.** Für Kinder u. Patienten der idealste und gesundeste Kaffee-Ersatz.

Niederlagen in den meisten Kolonialwaren-Geschäften.

Krause & Co., G. m. b. H. in **Nordhausen a. H.**

Wo kauft

man am besten

Möbel und ganze **Ausstattungen?**

Bei

Max Thürmer, Mügeln

Dresdner Straße Nr. 8.

Auch Teilzahlung gestattet.

Mutterspritzen

Spülkannen v. **1** M. an, **Leibbinden** und alle **hygienischen Frauenartikel.**

Preisliste gratis. 15 Proz. Rabatt.

Frau Heusinger

Am See 37.

Ecke Dippoldiswaldaerplatz.

Reparatur

Futter 15 Pfg. Anzüge 1 M.

Amalienstrasse

Eing. Drehgasse 1. Etage.

Schuss-Zigaretten!

Eckstein . . 100 Stück **60 Pf.**
Réunion . 100 . **100** .
Penidse . . 100 . **150** .

Mildner Nachf., Annenstr. 16.

Ein **gebr. Kinderwagen** und ein **Herrenrad** sind billig zu verkaufen.

Leuben, Bahnhofstr. 22, 1. r.

Sep. möbl. Zimmer an Herrn od. Frl., Woche 3 M. m. Kaffee, zu vermieten. **R. Heimann, Striesen,** Kipsdorfer Str. 112, 3.

Alt-Welsehnte Nr. 10

in massivem Wohnhaus sind **vier Logis** ab 1. Oktober 1908 beziehbar. Näheres beim Besitzer, Bäckermeister **Louis Schlässer, Tannewitz.**

Wer Stellung sucht

verlange die **Deutsche Vakanzenpost, Eßlingen 86.**

2. Beilage der Dresdner Volkszeitung.

Nr. 122. | Dresden, Freitag den 29. Mai 1908. | 19. Jahrgang.

Sächsischer Landtag.

II. Kammer.

120. Sitzung vom 27. Mai 1908.

(Fortsetzung.)

Abg. Günther (freis.) beschwert sich zunächst darüber, daß gestern bei seiner Eisenbahnrede alle konservativen und nationalliberalen Herren den Saal verlassen haben. Alsdann polemisiert der Redner eingehend gegen den Abg. Langhammer, dessen Ausführungen er als unzutreffend und für zum Teil unwahr erklärt. Durch die oberflächliche Weise Langhammers werde gar nichts bewiesen, damit habe er nur gezeigt, daß er gar nicht in die Materie eingedrungen sei. Bei den Ausführungen des Abg. Opitz sei ihm aufgefallen, daß er nur für die höheren Richter und Beamten eingetreten sei. Der Abg. Langhammer habe wohl von den Expedienten gesprochen, aber doch nur platonische Worte für diese übrig gehabt. Gerade diesen unteren Beamten habe man so gut wie nichts gewährt, obwohl ihr Gehalt sehr niedrig sei. Der Redner beantragt sodann, die technischen Bureauassistenten aus der 14. in die 16. Besoldungsgruppe zu versetzen. Ein weiterer Antrag besagt, die Stationsschreiber usw. in eine höhere Besoldungsgruppe zu versetzen, ein anderer die Expedienten aus der 6. in die 7. Besoldungsgruppe zu versetzen. Den Schulinspektoren sollen 750 M. zugelegt werden, den Oberforstmeistern 1200 M., den Polizeidirektoren 1000 M., einigen Räten im Ministerium des Innern 2400 M. Die Obergollinspektoren sollen um 1500 M. gesteigert werden. Ministerialdirektoren erhalten 800 Mark mehr. Der Gesandte in Wien soll statt 8000 M. 14 000 M. erhalten, unter Wegfall der Repräsentationsgelder. Wir sind der Ansicht, daß die Gesandtschaft in Wien überhaupt überflüssig ist. Aus den angeführten Zahlen ersieht man, daß man oben reichlich zugelegt hat, während man bei den unteren Beamten sehr kärglich bei den Aufbesserungen verfahren ist. Der Redner stellt noch einige weitere Anträge, die teilweise Einstellung in höhere Gehaltsstufen, teilweise Verkürzung von Aufrückungsfristen bezwecken.

Abg. Spieß (kons.): Die Ausführungen des Finanzministers ließen den Schluß zu, er halte die Richter für unbescheiden. (Der Finanzminister nickt.) Er halte einen solchen Vorwurf für unberechtigt. Die Gehälter der Richter seien wohl in Sachsen höher als in Preußen, aber dort bezögen die Richter ein dreimal so hohes Wohnungsgeld.

Es ist ein Antrag Zöphel eingegangen, der die Versetzung einiger unterer Beamtengruppen in höhere Besoldungsgruppen bezweckt.

Die vom Abg. Günther gestellten sieben Anträge werden bis auf einen nicht unterstützt. Der genügend unterstützte Antrag bezweckt die Versetzung der Expedienten aus der 6. in die 7. Besoldungsgruppe.

Abg. Goldstein (Soz.): Die neue Besoldungsordnung habe schon in der Wahlbewegung eine Rolle gespielt. Da habe man den Beamten weitgehende Versprechungen gemacht. Es lasse sich ja nicht leugnen, daß wenigstens in den unteren Beamtengruppen eine Gehaltserhöhung in Anbetracht der hohen Lebensmittelpreise berechtigt sei. Aus dem Bericht sei hervorgegangen, daß die neue Besoldungsordnung eine Reihe Unebenheiten und Lücken habe. Das hat der Berichterstatter selbst betont. Es ist damit anerkannt worden, wie dürftig die Vorlage ist und wie wenig sie den Erwartungen genügt, die 32 000 Beamte seit Monaten gehegt haben. Merkwürdig ist nur, daß sie die Mängel der Vorlage anerkennen müssen, die vom Abg. Günther gestellten Verbesserungsanträge aber ablehnen. (Sehr richtig.) Tatsächlich ist es ein großer Mangel der Vorlage, daß man die unteren Beamten nur ungenügend aufbessert. In der Hauptsache vertröstet man sie mit höheren Endgehältern. Das heißt, es werden die Beamten erst dann in den Genuß der Zulagen kommen, wenn sie alt geworden sind. Das kommt dem Verfahren der Kirche gleich, die die Leute auf das Himmelreich verweist. Zu einem menschenwürdigen Leben gehören heute mindestens 1400 M. Mir liegt hier ein Arbeiter-Budget vor, wonach bei knäppster Lebensweise 1379 M. verausgabt worden sind. Ich könnte noch mehr Belege dafür erbringen, die beweisen, daß unter 1400 M. keine menschenwürdige Existenz einer Familie möglich ist. Nach dem Dekret entfallen auf die Beamten mit über 6000 M. 275 200 M. Aufbesserungen. Ich meine, daß man die 275 000 M. zu Zulagen für die unteren Beamten verwenden sollte. Zu Beanstandungen gibt vor allem die Aufbesserung für die Diener 2. und 3. Klasse Anlaß. Weshalb sind diese gegen die der 1. Klasse so zurückgesetzt? Da muß man doch den Grund angeben; man findet aber nichts. Im allgemeinen bemerkt man bei dieser Vorlage nach unten viel Schatten, nach oben viel Sonne. Der Abg. Langhammer hat sich heute wieder als freiwilliger Regierungskommissar aufgespielt. Er springt immer auf dem Präsidium herum, als ob er schon hingehörte. (Heiterkeit.) Jetzt sitzt aber Schill noch oben, er wird also noch ein paar Jahre warten müssen. Er hat gegen mich behauptet, in den Konsumvereinen herrschten ebenfalls keine idealen Arbeitsverhältnisse; auf dem Genossenschaftstage sei betont worden, man könne keine höheren Gehälter zahlen, als die übrigen Unternehmer zahlen. Das ist für die Konsumvereine auch richtig, die der Konkurrenz ausgesetzt sind; das gilt aber doch im allgemeinen nicht für den Staat, der keine Konkurrenz zu fürchten hat. Was will also der Abg. Langhammer mit diesem Einwande? Die Besoldungsvorlage ist alles in allem nicht viel besser als Ihr jämmerliches Wahlrechtskompromiß. Die unteren Beamten werden ihm darauf schon die rechte Antwort geben.

Finanzminister Dr. Rüger: Der Abg. Goldstein habe die Sache so dargestellt, als sollten die höheren Beamten ganz besonders begünstigt, die unteren aber bedrückt werden. Es ist richtig, daß 600 M. Zulage für einen Beamten mit 9000 M. Gehalt eine ganz andere Bedeutung haben als für einen Beamten mit 2000 M. Gehalt. Die Zulagen müssen aber doch verhältnismäßig erfolgen. Das ist geschehen. Die 6133 Beamten bis zu 1500 M. haben pro Kopf 214 M. Zulage erhalten, die 22 450 Beamten mit 1500 bis 4800 M. haben pro Kopf 250 M. erhalten, die 2407 Beamten mit über 4800 M. erhielten 591 M. durchschnittlich pro Kopf. Dagegen erhalten die Beamten mit mehr als 6000 M. Gehalt durchschnittlich nur 880 M. Zulage. Das ist ganz angemessen. Es ist nun viel von den Expedienten die Rede gewesen. Dabei muß man aber bedenken, daß die Expedienten sich nur in einer Durchgangsstation befinden. Der Minister ersucht schließlich um Ablehnung der Anträge.

Präsident Dr. Mehnert: Der Abg. Günther habe dem Abg. Langhammer Oberflächlichkeit vorgeworfen. Er ersuche darum, solche Ausfälle zu unterlassen.

Abg. Schmidt (kons.): Er habe geglaubt, daß die Besoldungsvorlage zufriedene Beamte schaffen würde; jetzt finde man aber nur noch unzufriedene Beamte. Wenn aber die vorliegenden Anträge unterstützt würden, würde es noch schlimmer werden. Er habe auch eine Anzahl Wünsche der Bergbeamten, er stelle sie aber zurück, um das Ganze nicht aufzuhalten. Im Lande sei man von der Vorlage nicht besonders erfreut. Da herrsche vielmehr Unzufriedenheit, weil man Beamtengehälter aufbessere, die den Leuten hoch erscheinen. Wenn kleine Bauern, die es bei schwerster Arbeit im Jahr auf 1000 M. bringen, hören, daß Beamten mit 10 000 M. noch zugelegt werden soll, so verstehen sie das nicht. Wir werden alle Mühe haben, die Leute zu beruhigen. Zu erwarten sei aber, daß das steuerfreie Gehaltsfünftel der Beamten bei der Gemeindesteuer jetzt in Wegfall kommen könnte. Die Beamten müßten über auch auf Bezugsgenossenschaften verzichten und daran denken, daß sie auch die Pflicht haben, die Geschäftsleute dadurch zu unterstützen, daß sie bei ihnen einkaufen. (Lebhaftes Sehr richtig.)

Abg. Dr. Zöphel (natl.): Der Abg. Schmidt habe heute in Demagogie gemacht. (Ordnungsruf.) Da wolle er sagen, daß der Abg. Schmidt die Meinung der Leute, die er vertritt, so zum Ausdruck gebracht habe, wie das bisher nur der Abg. Goldstein für die von ihm vertretenen Leute fertig gebracht habe. (Heiterkeit.) Im übrigen befürwortet der Redner Aufbesserungen für die Richter und die akademisch gebildeten Lehrer und der Expedienten im Justizdienste. Im übrigen polemisiert er gegen die Abg. Günther und Goldstein. Sein Antrag soll keine direkte Aenderung herbeiführen, sondern der Ersten Kammer als Material überwiesen werden.

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Abg. Goldstein (persönlich): Der Abg. Zöphel habe ihm indirekt den Vorwurf der Demagogie gemacht. Er weise das zurück. Wenn der Abg. Zöphel weiter gesagt habe, er (Goldstein) gehöre zu den verneinenden Kritikern, die den Schalk im Nacken haben, so könne er das vom Abg. Zöphel nicht sagen. (Heiterkeit.)

Nach einem längeren Schlußworte des Abg. **Hähnel** wird die Besoldungsordnung nach den Anträgen der Deputation teilweise gegen 4 Stimmen der Linken angenommen.

Der Antrag Günther auf Versetzung der Expedienten aus der 6. in die 7. Besoldungsklasse wird abgelehnt. Ein Antrag Zöphel, der dasselbe besagt, der aber nur ein Vorschlag für die Erste Kammer sein soll, wird gegen 1 Stimme angenommen. — Die eingegangenen Petitionen werden für erledigt erklärt.

Nächste Sitzung Freitag 10½ Uhr. Tagesordnung: Taubstummenanstalt, Justizetat und einige Titel des außerordentlichen Etats.

7. internationaler Textilarbeiter-Kongreß.

Wien, 25. Mai 1908.

Erster Verhandlungstag.

Vormittags-Sitzung.

In dem vor einem Jahre eröffneten Arbeiterheim in Ottakring trat heute der Kongreß zusammen. Das in Mailand 1905 eingesetzte internationale Komitee hatte bereits am Freitag und Sonnabend Sitzungen, in denen die den Kongreß betreffenden Fragen geregelt wurden. Am Sonntag waren die Delegierten der einzelnen Nationen zu Sitzungen zusammengetreten. — Reichsratsabg. Dannich-Wien eröffnet den Kongreß und begrüßt die aus neun Staaten erschienenen Delegierten. Seit 14 Jahren seien die Textilarbeiter Oesterreichs unter den verschiedenen Formen organisiert. Im Jahre 1900 sei die Union der Textilarbeiter mit 4606 Mitgliedern gegründet. Seit jener Zeit sei die Zahl der Mitglieder auf 51 000 gewachsen. Sei dies bei der ½ Million Textilarbeiter in Oesterreich noch eine kleine Zahl, so bedeute das Wachstum bei der Schwierigkeit der Agitation innerhalb der politischen Zerrissenheit Oesterreichs einen großen Fortschritt. — Es folgen weitere Begrüßungsreden.

Hannich gibt bekannt, daß 92 Delegierte aus neun Staaten eingetroffen seien, und zwar England mit 45, Deutschland mit 17, Oesterreich mit 11, Belgien mit 7, Frankreich mit 5, Holland, Ungarn, Dänemark und die Schweiz mit je 2 Delegierten. Es erfolgt dann die Festsetzung der Arbeitszeit des Kongresses. Die Tagesordnung ist vom internationalen Komitee von ursprünglich 20 auf 14 Punkte festgesetzt. Es befinden sich darunter neben den geschäftlichen Dispositionen die Fragen betr. internationales Streikreglement, internationales Korrespondenzblatt, gesetzlicher Arbeiterschutz usw.

Hierauf wird vom internationalen Sekretär B. Marsland-England der Bericht erstattet. Er betont, daß die Einsetzung des internationalen Komitees für die Textilarbeiter aller angeschlossenen Länder von großem Vorteil gewesen sei. Sei doch dadurch für die Organisationen der betreffenden Länder eine einige innigere Verbindung geschaffen worden. Auch der Versuch, ein internationales Korrespondenzblatt zu schaffen, sei als glänzend gelungen zu bezeichnen. In allen Ländern hat eine starke Zunahme der Mitglieder stattgefunden, so in Deutschland um das Doppelte. Dem Sekretariat sind angeschlossen: England mit 200 000, Deutschland mit 120 000, Oesterreich mit 51 000, Frankreich mit 31 000, Belgien mit 11 000, Schweiz mit 10 200, Dänemark mit 3600, Holland mit 1600 und Ungarn mit 1400 Mitgliedern. Italien ist wegen Mangels an Mitteln vorläufig aus der internationalen Verbindung ausgeschieden, hofft aber, im nächsten Jahre wieder beitreten zu können. Aus der dem Kongreß vorgelegten Abrechnung geht hervor, daß der internationale Streikfonds beständig wächst. Es wird in dem Bericht noch darauf hingewiesen, daß in den meisten Ländern die durchschnittlichen Arbeitsstunden kürzer und die Durchschnittslöhne sich etwas gesteigert hätten. Wenn Mängel an seinem Bericht vorhanden sein sollten, so bittet er die vielen Schwierigkeiten zu berücksichtigen. Eine Besserung sei zu erhoffen, wenn erst das Korrespondenzblatt regelmäßig alle zwei Monate erscheine. Die englische Delegation habe eingesehen, daß sie ihren bisherigen Standpunkt verlassen und auch für die Erkämpfung des Achtstundentages eintreten müsse.

Nachmittags-Sitzung.

Die Holländer lassen erklären, daß der Bericht des Sekretärs zwar nicht schlecht sei, aber doch etwas besser hätte sein können. Rössel-Berlin gibt demgegenüber bekannt, daß die deutsche Delegation jetzt die Tätigkeit des Sekretärs lobend anerkennen müsse. Es müsse alles versucht werden, die Italiener zu veranlassen, dem Sekretariat wieder beizutreten. Ferner sei es notwendig, die Aufmerksamkeit auf Schweden und Rußland zu lenken, damit die Textilarbeiter dieser Länder der internationalen Verbindung beitreten. Im weiteren gab er seiner Freude darüber Ausdruck, daß die englischen Textilarbeiter sich auch in politischer Beziehung mehr dem politischen Standpunkt ihrer Kollegen der anderen Länder nähern. Bezüglich des Arbeiterschutzes hätten die deutschen Textilarbeiter zur Reichsregierung kein Vertrauen. Nur durch das Wachsen des politischen Einflusses der Arbeiterklasse könnten weitere Fortschritte erreicht werden.

Möller-Kopenhagen erklärt sich mit der Tätigkeit des Sekretärs einverstanden. Ferner teilt er mit, daß er zu Ostern an einem Kongreß der schwedischen Textilarbeiter teilgenommen habe. Dort sei beschlossen worden, dem internationalen Verbande beizutreten. Jetzt sei auch in Norwegen eine Organisation der Textilarbeiter geschaffen worden. Die Holländer stellen fest, daß bei ihnen nicht 1600, sondern 2000 Mitglieder in Frage kommen. Mit dem Dank des Vorsitzenden an den internationalen Sekretär B. Marsland für seine geleistete Arbeit, war dieser Punkt der Tagesordnung erledigt.

Ueber die Kassenverhältnisse des internationalen Verbandes wird berichtet, daß der Streikfonds jetzt 57 737 Franken beträgt. Deutschland hat für das letzte Jahr 6000 Franken an Beiträgen geleistet. Dieser Betrag war erst eingegangen, als der schriftliche Bericht bereits fertig gestellt war. — Pierre Eugster-Schweiz kritisiert die statutarischen Bestimmungen über die Beitragspflicht und empfiehlt eine bestimmtere Fassung.

Zweiter Verhandlungstag.

Vormittags-Sitzung.

Die heutigen Verhandlungen begannen mit den Verhandlungen über das internationale Korrespondenzblatt. Hierzu lag eine Resolution vor, nach welcher das internationale Komitee verlangt, das Korrespondenzblatt alle zwei Monate erscheinen zu lassen. — Wagner-Berlin begründet die Resolution. Vielleicht werde man nach verhältnismäßig kurzer Zeit zu der Ueberzeugung kommen, daß anstatt des zweimonatlichen Erscheinens das einmonatliche Erscheinen eine Notwendigkeit sei. Ohne weitere Debatte wurde die Resolution einstimmig angenommen.

Zum Punkt „Gesetzlicher Arbeiterschutz: a) Frauen- und Kinderarbeit; b) Verkürzung der Arbeitszeit auf acht Stunden" begründet Wagner-Berlin folgende Resolution der deutschen Delegation:

„a) Das völlige Verbot der nicht durch ganz außergewöhnliche Verhältnisse und Ereignisse bedingten Nachtarbeit; b) den achtstündigen Maximalarbeitstag; c) den freien Sonnabendnachmittag; d) das Verbot von Ueberzeitarbeit; e) das Verbot der Sonntagsarbeit; f) die Beschränkung der täglichen Maximalarbeitszeit für Frauen, die einem Hauswesen vorstehen, und Lehrlinge und Arbeiterinnen unter 16 Jahren auf sechs Stunden; g) das Verbot der Erwerbsarbeit von Kindern unter 14 Jahren; [illegible] Maßnahmen gegen jede Uebertretung von Arbeiterschutzbestimmungen."

Der geforderte Schutz der Frauen und Kinder gilt auch für die Betriebe, die den Fabrikgesetzen nicht unterstellt sind, wie: Näherei, Plätterei, Lohnwaschanstalten, Heimarbeitsbetriebe aller Art. — Der Kongreß empfiehlt den Zentralleitungen aller Länder, sich zwecks baldiger Durchsetzung dieser Forderungen an den Wahlen zu den politischen Körperschaften zu beteiligen und [illegible] internationale Verbindung fortlaufend zu pflegen und zu fördern. — Der Kongreß fordert weiter eine wirksame Arbeitsinspektion und daß die Arbeiter das Recht bekommen, selbst die Inspektoren zu wählen.

In Deutschland werden viele Kinder aus Galizien und Ungarn in Jutespinnereien beschäftigt, Kinder, die das vorgeschriebene Schulalter noch nicht erreicht haben, indem sie mit gefälschten Papieren versehen wurden. Als Beweis dafür legte Redner Photographien solcher Kinder vor, die in einer [illegible] Wollkämmerei sowie in der Bielefelder Jutespinnerei beschäftigt werden. Der nationale Zentralverein hatte für die Delegation aus Belgien aus, daß sie prinzipiell für die Forderung der Deutschen eintreten, aber aus Zweckmäßigkeitsgründen dieselben noch als zu weitgehend bezeichnen müßen. Für Frauen und Minderjährige müsse man zunächst eine [illegible] Verkürzung der Arbeitszeit fordern. — Croß betont, daß man in England der Ansicht sei, nichts Neues zu fordern, sondern vorläufig das [illegible] schon errungen ist, zu verteidigen. In England habe man die Hauptaufmerksamkeit auf die hygienischen Forderungen gelegt. Das solle man in den anderen Ländern auch tun. In England habe man im Parlament die Arbeitszeit von Kindern vom 12. auf das 13. Lebensjahr zu verringern gesucht, aber man sei auf Schwierigkeiten gestoßen. Die Forderung der Deutschen sei undurchführbar, das komme doch einem Verbot aller Erwerbsarbeit der Kinder gleich. Den Achtstundentag einzuführen, hätten die Engländer nichts dagegen, aber sie müßten empfehlen, in den Ländern, wo pro Woche noch 60 bis 66 Stunden gearbeitet wurde, erst eine Verminderung der Arbeitszeit zu erreichen. Die Arbeitszeit der Kinder auf sechs Stunden festzusetzen, sei ein schönes Ideal, aber praktisch undurchführbar. — Renard-Frankreich wünscht, daß man die Forderung des Achtstundentages nicht nur vom idealen, sondern mehr noch von praktischen Gesichtspunkten aus beurteile. Er polemisiert dann gegen die syndikalistische Auffassung innerhalb der französischen Gewerkschaften. Es sei nicht konsequent, wenn sich die Gewerkschaften nicht politisch betätigen wollen. Man habe in Frankreich [illegible] vorläufig allgemein den Zehnstundentag einzuführen, aber wie in Deutschland, so sei auch in Frankreich eine reaktionäre Periode eingetreten, die zu einer Stockung auf sozialpolitischem Gebiete geführt habe. Man müsse, wie dies bereits auf früheren internationalen Kongressen beschlossen sei, immer auf die gesetzmäßige Einführung des Achtstundentages hinarbeiten. Auch die Heimarbeit müsse energisch bekämpft werden. — Dannich-Wien schließt sich im wesentlichen den Ausführungen Wagners-Berlin an. Oesterreich sei das klassische Land, in dem große Volksmassen in tiefster Depression dahinleben. Die Rede des Herrn Croß habe ihn gar nicht gefallen. Seine Argumente seien dieselben, mit denen die Kapitalisten die Forderungen der Arbeiter bekämpfe. Schon das rein menschliche Gefühl verlange, daß man für das Kind und den Greis eintrete. England werde immer als das wirtschaftlich fortschrittlichste Land hingestellt, und aus diesem Lande kommen Vertreter auf einen internationalen Arbeiterkongreß, die derartige rückständige Ansichten äußern?! Der internationale Sekretär möge hier und klar erklären, ob er solchen Anschauungen huldige. Es könne nicht angehen, daß den Arbeitern der Länder, die auf einem anderen Standpunkt stehen, ein Sekretär vorsteht, der solche rückständigen Ansichten vertritt. Es sei die vornehmste Aufgabe der modernen Arbeiterbewegung, die Ausbeutung der Frauen und Kinder zu bekämpfen. Lebhafter Beifall begleitet diese temperamentvollen, treffenden Ausführungen. Damit waren heute die Verhandlungen beendet.

6. Generalversammlung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker.

Köln, 26. Mai.

Der zweite Verhandlungstag beginnt mit den Beratungen des Punktes: „II. Besprechung über die allgemeine und tarifliche Lage in Verbindung mit der Erörterung über den Organisationsvertrag."

Schliebs, Sekretär des Tarifamtes, beleuchtet die Lage nach dem Abschluß des jetzigen Tarifes. Man habe sich über die geringen Zugeständnisse beklagt, einzelne gingen sogar so weit, den ganzen Tarif umstoßen zu wollen. Aber niemals habe der Verband für die Kollegen so viel erreicht, wie bei der letzten Tarifrevision. Man könne die Prinzipalität nicht dafür verantwortlich machen, daß durch die Verteuerung der Lebensmittel die Erhöhung des Lohnes zum Teil wieder weggenommen wurde. Wenn man die gesamte Gehilfenschaft vor dem Abschluß des Tarifes um ihre Meinung fragen wollte, so müsse man den Prinzipalen dasselbe Recht zugestehen. Wir hätten auf diese Art die 10 Proz. sicher nicht erreicht. Die Erregung der Kollegen hat sich nicht gelegt, nur daß man jetzt den Organisationsvertrag hineingebracht hat. Die Agitation gegen das Tarifamt ist in die Spalten hineinverlegt worden. Die Maschinensetzer behaupten, daß ihre Lage sich bedeutend verschlechtert habe. Der Hauptgrund dazu soll die Einführung der Akkordarbeit sein. Der Tarifausschuß war der Meinung, daß bei dem jetzigen Tarif die Wiedereinführung des Berechnens nicht zu befürchten sei. Man arbeiten von allen Maschinensetzern nur 12 Proz. im Akkord. Die Erregung sei also ganz ungerechtfertigt. Dann spricht man von der nervenzerreißenden Tätigkeit der Maschinensetzer. In Wirklichkeit sieht es aber ganz anders damit aus. In Rheinland-Westfalen haben die Maschinensetzer wochen- und monatelang nur durch Ueberarbeit mehr verdient. In einem anderen Ort hätten sie dadurch 60 M. pro Woche verdient. Der Redner belegt verschiedene Fälle aus einzelnen Orten, die die feindliche Stellung gegen das Tarifamt beweisen sollen. Jetzt rede man von den Tarifvertretern schon als von den Theoretikern vom grünen Tisch. Dann sei es doch die Männer ihres Vertrauens. Schliebs wendet dann die Angriffe der Maschinenmeister zurück und greift einzelne Tatsachen heftig an. Er wendet sich gegen die Behauptung, daß durch das Tarifamt eine Schädigung der Maschinenmeister erfolgt sei. Es ist gesagt worden, daß der Verband auch ohne Tarif auskommen könne. Das ist richtig.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19080529/9 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Aber wie standen wir früher ohne Tarif da? Ueben Sie sachliche Kritik am Tarif und glauben Sie nicht, daß Sie die Prinzipalität aus der Tarifgemeinschaft ausschließen können.

Blechschmidt (Maschinensetzer) erkennt die Sachkenntnis von Schliebs an. Wenn uns die Ueberstunden zum Vorwurf gemacht werden, dann solle man nicht vergessen, daß sie nicht verweigert werden dürfen. Die Tätigkeit der Maschinensetzer ist so anstrengend, daß eine höhere Bezahlung gerechtfertigt ist. — Massini-Berlin: Der Verband hat viele Schlachten geführt. Er hat viele verloren, aber er ist immer gekräftigt daraus hervorgegangen. Die ganze Gewerkschaftsbewegung will Tarifverträge schließen, aber sie will es nicht um jeden Preis tun. Ich bestreite, daß im allgemeinen eine Abneigung gegen den Tarif besteht. Wen wollte es wundern, wenn in Berlin mit seinen 700 Offizinen hin und wieder tarifliche Verstöße vorkommen. Man müsse die Verhältnisse in der Millionenstadt von denen der kleineren Orte unterscheiden. Der Redner führt eine Reihe von Fällen an, als Beweise dafür, daß die Prinzipale nicht das notwendige Entgegenkommen gegenüber den Gehilfen zeigen. Die Freigabe einiger Stunden des 18. März und des 1. Mai sei abgelehnt worden. Eine Anzahl Fälle beweise, daß die tariflichen Bestimmungen von den Prinzipalen nicht immer eingehalten werden. Wir sollen es uns gefallen lassen, daß ältere Kollegen aufs Pflaster geworfen werden, weil sie angeblich nicht qualifiziert sind. Die Prinzipale verstoßen gegen den Tarif, die Gehilfen aber müssen warten, bis die Instanzen entschieden haben. — Musial-Berlin (Vorsitzender der Zentralkommission der Maschinensetzer) rechtfertigt in längeren Ausführungen deren Verhalten. Schliebs habe zu schwarz gemalt. Daß wir besser dastehen als die Handsetzer haben wir nicht allein dem Verband zu danken, wir haben die Verhältnisse vorbereitet. Will man uns einen Vorwurf daraus machen, daß wir es verstanden haben, unsere Arbeitsverhältnisse zu verbessern? Die einzelnen Fälle der falschen Rechtsprechung des Tarifamtes hallen sich zusammen und erzeugen die große Mißstimmung. Das Tarifamt teilt uns jetzt mit, daß es mit der Zentralkommission nicht weiter verhandeln wolle. Es ist bedauerlich, es wäre zu wünschen, daß die Verbindung wieder hergestellt würde. — (Töblin macht darauf aufmerksam, daß noch 50 Redner zu diesem Punkte angemeldet sind.) — Wiesecke (Gehilfenvorsitzender im Tarifamt): Wir haben stets in gewissenhafter Weise unser Amt wahrgenommen. Die Behauptungen Massinis, daß wir zu wenig sozialen Verständnis gehabt hätten, muß verbitternd wirken. Wir wollten die Konsequenzen ziehen und unser Amt niederlegen. Die Kollegen im Tarifamt haben uns davon abgeraten, da sie sonst mit gehen würden. Die Generalversammlung soll jetzt darüber entscheiden. Wir werden uns ihrem Spruche fügen. Ich gehe lieber wieder an den Kasten zu meinem Arbeitgeber zurück, der mich besser behandelt hat, wie die Berliner Kollegen als Arbeitgeber. Mit halbem Vertrauen arbeite ich nicht weiter.

Engelbrecht-Leipzig geht auf die Entscheidung des Tarifamtes über die Berechnung des Umbruches ein. — Faber (Gehilfenvorsitzender im Tarifamt): Daß wir nicht auf die Kandidatenliste zur Generalversammlung gekommen sind, das war kein Augenblickserfolg. Man hat uns in der letzten Zeit behandelt, als gäbe es keine größeren Hallunken wie wir. Das Amt eines Gehilfenbeisitzers im Tarifamt ist das undankbarste, das wir im Verbande zu vergeben haben. Man hat unser Wirken in ein falsches Licht gestellt; wir haben aber nur geringe Unterstützung bei den Berliner Verbandsfunktionären gefunden. Als die Tarifbewegung zu Ende war, hat ein Teil der sozialdemokratischen Presse das Signal zum Angriff gegen uns gegeben. Dieser Ton habe sich dann im Verband fortgepflanzt. In einer Berliner Versammlung haben wir ein Schauspiel erlebt, wie es sich nicht mehr wiederholen möge. Man hat uns Verräter und Lumpen genannt und ließ uns nicht mehr zu Worte kommen. Wir müssen auch die Einwände der Prinzipale prüfen; wenn wir in jedem Falle den Gehilfen recht geben wollten, dann wäre es keine Rechtsprechung mehr, sondern eine Rechtsbeugung. Wenn Sie auch die tüchtigsten Kollegen auswählen, so werden Sie doch keine andere Rechtsprechung erzielen können. Niemals ist so viel in einem anderen Berufe erreicht worden, wie wir bei unserem Tarifvertrag erzielt haben. Ein Teil der sozialdemokratischen Presse hat uns in gehässiger Weise angegriffen, dagegen hat sie bei anderen Gelegenheiten, bei den Buchbindern, Lithographen und Maurern, die nur minimale Zugeständnisse erreicht haben, es als Verdienst bei der niedergehenden Konjunktur bezeichnet. Wir sollen uns nicht um Kleinigkeiten streiten, sondern alle Sachen in ihrer Wirkung auf das Ganze prüfen.

Töblin teilt mit, daß nach dem vorliegenden Arbeitsplan, wenn man sich keine Beschränkungen auferlegen wolle, die Verhandlungen vor Mittwoch nächste Woche kaum zu Ende geführt werden können.

Parteiangelegenheiten.

Strafkonto der Presse. Dem Vorsitzenden des Gewerbegerichts in Düsseldorf, einem Herrn Jakwer, war in unserem dortigen Parteiorgan, der Volkszeitung, der Vorwurf der Parteilichkeit gemacht worden. Vor dem Schöffengericht in Düsseldorf erbrachte der wegen des Artikels der Beleidigung angeklagte Genosse Hoch den Wahrheitsbeweis für seine Behauptung. Es wurde festgestellt, daß der Vorsitzende in öffentlicher Sitzung einen Arbeiter wegen ungebührlichen Verhaltens in ganz energischer Weise gerügt hatte. In der nämlichen Sitzung führte sich ein Unternehmer in der gleichen Weise auf, was der Vorsitzende aber nicht ansocht. Die Beisitzer hatten den Vorsitzenden im Beratungszimmer wegen seines einseitigen Vorgehens zur Rede gestellt; dieser habe sie aber im brüsken Tone auf den Beschwerdeweg verwiesen. Die Zeugen bestätigten alles das, was in der betreffenden Notiz behauptet worden war.

Das Gericht kam trotz des gelungenen Wahrheitsbeweises und trotz des Anerkenntnisses, daß die Form der Notiz nicht beleidigend war, zu einer Verurteilung. Und zwar wurde der Angeklagte, dem der Schutz des § 193 des Strafgesetzbuchs, Wahrung berechtigter Interessen, versagt wurde, zu 100 Mark Geldstrafe verurteilt, der Amtsanwalt hatte 150 M. beantragt. In der Urteilsbegründung wurde ausgeführt, daß dem Vorsitzenden wegen dieses einen Falles der Vorwurf der Parteilichkeit nicht gemacht werden dürfe.

Die sozialdemokratische Partei Schwedens 1907.

Der schwedische Parteivorstand hat dieser Tage seinen Bericht über das Jahr 1907 veröffentlicht. Er gibt ein Bild von einer ebenso rastlosen wie fruchtbaren Tätigkeit. Die direkten Agitationskosten der Parteikasse beliefen sich auf 21 406 Kronen gegen 14 600 Kronen im Jahre 1906. Besonders interessant ist eine Tabelle über das Wachstum der Partei, die 1889 nur 8000 Mitglieder zählte, 1900 bereits 48 000, am 1. Januar 1907 aber 101 929 in 170 „Arbeiterkommunen" (Ortsorganisationen der Partei), im Laufe des Jahres auf 133 338 Mitglieder in 239 Arbeiterkommunen angewachsen ist. Die sozialdemokratische Parteipresse hatte es Ende 1907 auf 16 Organe mit ungefähr 156 000 Abonnenten gebracht. Es sind 6 täglich erscheinende Blätter, die in 90 000 Exemplaren herauskommen, 6 drei- oder viermal, 2 zweimal und 3 einmal wöchentlich erscheinende. Inzwischen ist eine neue Tageszeitung begründet worden und mehrere andere Zeitungsgründungen sind beschlossen.

Die Gewerkschaftspresse Schwedens zählt 25 Fachblätter mit über 150 000 Lesern. —

Gerichtszeitung.

Wegen Mißhandlung seiner Ehefrau stand der frühere Dresdner Stadtgendarm Gläser vor dem Landgericht Chemnitz. Er war beschuldigt, seine Ehefrau seit mindestens November 1905 fast täglich in unglaublich roher Weise mißhandelt zu haben, so daß die schwächliche Frau dadurch geistig und körperlich arg heruntergekommen und seit 1906 sprachleidend ist. Es wurde erwiesen, daß der Unmensch seine Ehefrau jahrelang fast täglich mit den Fäusten auf den Kopf, ins Gesicht und ins Auge geschlagen, daß er sie mit dem Stiefel in den Leib getreten und mit dem Kopfe gegen die Wand und Schränke gestoßen hat. G. wurde zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt.

In dem Massen-Meineidsprozeß gegen Reichert und Genossen in Leipzig ist die Beweisaufnahme geschlossen worden. Den Geschworenen wurden 36 Hauptfragen und fast ebensoviele Nebenfragen vorgelegt, deren Verlesung fast eine halbe Stunde in Anspruch nahm. Hierauf folgten die Plädoyers. Der Vertreter der Anklage, Staatsanwalt Dr. Jacobi, betonte, daß die zur Anklage stehenden Meineidsfälle ungemein einfach lägen, so daß sie den Geschworenen bei Fällung des Wahrspruchs kaum Schwierigkeiten bereiten dürften. Punkt für Punkt die Anklagefälle durchgehend und auf die Ergebnisse der Beweisaufnahme hinweisend, hielt der Staatsanwalt es für ausgeschlossen, daß auch nur in einem einzigen Falle fahrlässiger Falschheit vorliege, sondern daß es sich in allen Fällen um wissentlichen Meineid handle. Am Schlusse seines Plädoyers bat Dr. Jacobi die Geschworenen, Reichert des Meineids in einem Falle und der Anstiftung zum Meineid in 16 Fällen, Hermann Haagsch des Meineids in fünf Fällen und der Anstiftung in einem Falle, Klemm des Meineids in drei Fällen, Tränkner des Meineids in drei Fällen und des Unternehmens der Verleitung zum Meineid in einem Falle, Schellenberger, Goldmann und Kühnert des Meineids in je zwei Fällen, Müller und Schindler des Meineids in je einem Falle schuldig zu sprechen.

Nach den Plädoyers und nach vierstündiger Beratung wurde der Wahrspruch der Geschworenen verkündet. Die Geschworenen verneinten bei dem Hauptangeklagten Reichert in 4 Fällen die Schuldfrage wegen Anstiftung zum Meineid, während sie den Angeklagten Klemm nur in 2 Fällen des Meineids und nicht, wie die Anklage annahm, in 3 Fällen schuldig befanden. Im übrigen wurden bei sämtlichen Angeklagten die Schuldfragen dem Antrage des Staatsanwalts gemäß bejaht.

Gegen 8 Uhr abends wurde das Urteil gesprochen: Reichert aus Elsnigk wegen Meineids in einem Falle und Anstiftung zum Meineid in 12 Fällen 15 Jahre Zuchthaus und 10 Jahre Ehrenrechtsverlust, Handelsmann Haagsch aus Altmannsdorf wegen Meineids in 4 Fällen und Anstiftung zum Meineid in einem Falle 10 Jahre Zuchthaus und 10 Jahre Ehrenrechtsverlust, Stellenvermittler Klemm aus L.-Gohlis wegen Meineids in 2 Fällen 4 Jahre Zuchthaus und 5 Jahre Ehrenrechtsverlust, Kaufmann Tränkner aus L.-Volkmarsdorf wegen Meineids in 3 Fällen und wegen Unternehmens der Verleitung zum Meineid 7 Jahre Zuchthaus und 10 Jahre Ehrenrechtsverlust, Fleischer Schellenberger aus Chemnitz wegen Meineids in 2 Fällen 4 Jahre Zuchthaus und 5 Jahre Ehrenrechtsverlust, Tischler Goldmann aus L.-Volkmarsdorf wegen Meineids in 2 Fällen 4 Jahre Zuchthaus und 5 Jahre Ehrenrechtsverlust, Gastwirt Kühnert aus Waldenburg wegen Meineids in 2 Fällen 2 Jahre 6 Monate Zuchthaus und 5 Jahre Ehrenrechtsverlust, Schlosser Müller aus Mark-Ottendorf wegen Meineids in einem Falle 3 Jahre Zuchthaus und 5 Jahre Ehrenrechtsverlust, Kaufmann Schindler aus Falkenau wegen Meineids in einem Falle 4 Jahre Zuchthaus und 5 Jahre Ehrenrechtsverlust. Auf die ausgeworfenen Zuchthausstrafen wurden den Angeklagten vier Monate bis zu einem Jahre der erlittenen Untersuchungshaft angerechnet. Sämtliche Angeklagten, die das Urteil gefaßt und ruhig aufnahmen, wurden für dauernd unfähig erklärt, als Zeugen oder Sachverständige eidlich vernommen zu werden.

Versammlungen.

Radebeul. Am 23. Mai sprach in den Vier Jahreszeiten der Reichstagsabgeordnete August Haden über: Der Reichstag und die arbeitenden Klassen vor zirka 400 Personen. Er geißelte die Blockparteien und erstattete eingehend Bericht über das Reichsbudget, über die zu geringen Einnahmen und allzugroßen Ausgaben des Reiches. Redner wies darauf hin, daß allzubald die Steuerschraube von neuem angezogen werden wird. Nachdem der Redner noch die Handhabung des neuen Reichsvereinsgesetzes in Sachsen berichtet und behandelt hat, schließt er seine prägnanten Ausführungen unter lebhaftem Beifall. Da sich kein Gegner zum Wort meldet, muß eine Debatte unterbleiben. Genosse Paulus regt im Schlußwort noch an, daß jeder bestrebt sein solle, die Volkszeitung zu abonnieren und in die Partei einzutreten. (Eing. 16./5.)

Zivilmusiker. Am 20. Mai fand im Augustabad zu Dresden eine Versammlung der Zivilmusiker (Plauenscher Grund) statt. Der Vertrauensmann verbreitet sich des längeren über den Gedanken, im Plauenschen Grund eine selbständige Zahlstelle zu gründen. Dieser Grundgedanke wurde denn auch lebhaft begrüßt und nach kurzer Debatte einstimmig gutgeheißen. Die Kollegen Venus, Patzke und Gutsche wurden gewählt, um Schritte einzuleiten und den Hauptvorstand in Kenntnis zu setzen. Weiter polemisiert der Vertrauensmann gegen die Restanten. Kollege Sachse stellt den Antrag, die Restanten aufzufordern, innerhalb 14 Tagen zu bezahlen, widrigenfalls sie gestrichen werden sollten. Diejenigen, die ihren Verpflichtungen nicht nachkommen, sollen bei dem in kurzer Zeit stattfindenden Gewerkschaftsfest nicht mitspielen dürfen. Kollege Gutsche stellt den Antrag, dies erst nach Gründung der Zahlstelle geschehen zu lassen. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Auf Ansuchen vieler Kollegen soll eine Orchestergründung stattfinden, mit der die Musik gepflegt werden soll. Alle 14 Tage soll eine Probe stattfinden und ein tüchtiger Dirigent gegen Bezahlung engagiert werden. Kollege Fröbel stellt den Antrag, ein Rundschreiben an alle Kollegen des Plauenschen Grundes zu verschicken, in dem die Kollegen aufgefordert werden, sich sehr zahlreich daran zu beteiligen. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Nach 11 Uhr schloß der Vertrauensmann die Versammlung. (Eing. 26./5.)

Max Schweriner
Das grösste Hut-Zentral-Haus
Amalienstrasse, Ecke Serrestrasse (am Pirnaischen Platz).
Strohhüte
Spezialmarke a 2.80, neueste Fassons in Petal- und Palmblattgeflechten.
Als ganz besonders preiswert ein Posten imitierte Panama, zum herunterbiegen, mit schönen farbigen Bändern 3.90.

Alter Dessauer
Niedergorbitz
hält seinen Saal mit neuem Parkett, sowie seinen schattigen Garten zur Abhaltung von Versammlungen, Vereinsvergnügen, Vogelschießen usw. bestens empfohlen.
Fisch-Götze Rest. Alte Eiche Marienhofstr.

Elbschlösschen
Wildberg-Gauernitz
empfiehlt sich bei Ausflügen angelegentlichst zur Einkehr. ff. Speisen und Bier, guten Land- u. Beerenwein. Hochachtend Fritz Wesselsky.

Saal frei!
Hosterwitz bei Pillnitz
Gasthaus z. Kronprinz.
Elektr. Bahn Bergstr. b. nachts 1 Uhr.

Garten-Etablissement zur Aussicht
21 Markgraf-Heinrich-Strasse 21.
Empfehle geehrten Vereinen und Gewerkschaften meinen schattigen Garten, 1000 Personen fassend, zur Abhaltung von Festen und Vogelschießen. Hochachtungsvoll H. Rüdiger.

Restaurant Union, Huttenstrasse 7
empfiehlt seinen Gesellschaftssaal und schattigen Garten allen Vereinen und Gewerkschaften zur gütigen Benutzung. Für gute Speisen und Getränke wird bestens gesorgt. Hochachtungsvoll Gustav Kranke u. Frau.

Gasthof Saalhausen
direkt am Hochwald gelegen, schattig. Garten, elektr. Orchestrion, daher jederzeit Tanzgelegenheit. Sehenswert: 800jährige Linde, 8 Mtr. Umf.

Rothes Restaurant
Grossenhainerstraße 128.
Sonntag Konzert bis 12 Uhr.

Laubegast. Zum Elbtal
An der fliegenden Fähre
Schöne Aussicht auf das Elbtal, gedeckte Veranda, gute Bewirtung.
Hugo Lehmann u. Frau
früher Dornblüthstr. 33.

Vollmilch, Ltr. 18 Pf.
Kurfürstenstr. 18. Wettinerstr. 7.

Nur Wettinerstr., Ecke Zwingerstr.
Ma
Hemden
do.
do.
Unterhos
Unterjack
Aermelw
Socken.
do.
Ern
Lilliengasse 2
J. S
De
Dresdne
Herren-An
Jünglings-
Knaben-An
Einzelne St
Stuhl- und
Arbeitshos
Maschinist
Waschblus
Gros
in fort
Steppd
Kostüm
Kinderkl
Rest
zu Bl
Bettbe
und b
Trikota
Han
Mitglied d
Möbel
Büche
Henke

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19080529/10 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Elegante Fassons. Grösste Auswahl.

Ersatz für Maass!

Nur Wettinerstr., Ecke Zwingerstr.

Elegante Herren-Anzüge, 14.25, 16, 18, 20, 22, 25, 27, 28, 29 M.
Bessere Herren-Anzüge, Maassverarbeitung, **30, 33, 35, 38, 40, 42** bis **55** M.

Frühjahrs-Paletots und Ulster

in den schönsten Mustern und Fassons, à **18, 20, 22, 24, 25, 27, 28, 30, 32, 33, 35** bis **45** M.
Fantasie-Westen, neueste Farben, in Riesen-Auswahl von **2.50** bis **12** M.
Radfahrer-Anzüge, Joppen, Hosen, in grösster Auswahl, sehr preiswert.
Fesche Anzüge und **Paletots für junge Herren,** in neuesten Dessins.
Elegante Knaben-Anzüge, reizende Fassons, à **2.75, 3, 3.50, 4, 4.50, 5** bis **20** M.
Praktische Schul-Anzüge aus festen, haltbaren Stoffen von **3.25** M. an.
Einzelne Knaben-Joppen, Blusen, Sakkos und **Hosen** sehr billig.
Lüster- u. Leinen-Joppen, Waschanzüge, Blusen u. Hosen in grösster Auswahl.

Nur Wettinerstr., Ecke Zwingerstr.

Gelegenheitskäufe.

ca. 150 Herren-Anzüge, neueste Dessins, hell und dunkel, bisheriger Preis 27.00 bis 33.00 M., solange Vorrat reicht nur **20.00**
ca. 230 Knaben-Anzüge, Blusen-Fassons, blau und grau, aus reinwoll. Kammgarn-Cheviot, ganz auf Futter, bisherig. Preis 10.00 b. 12.00 M., solange der Vorrat reicht . . . . . **7.00** bis **9.50**

L. Grossmann

Wettinerstr., Ecke Zwingerstr., im Hotel „Wettin".

Preise und Passform unübertroffen.

Männer-

Hemden in Barchent 1.00—2.50
do. „ Normal 0.80—4.00
do. „ weiß . . 1.10—2.50
Unterhosen . . . . 0.80—4.00
Unterjacken . . . . 0.90—3.50
Aermelwesten . . 1.50—9.50
Socken . . . . . 0.25—1.20
do. handgestrickt 1.50

Ernst Klaar
Liliengasse 25, Eing. Rosenbimenstr.

J. Salinger
Deuben

Dresdner Str. 65, empfiehlt
Herren-Anzüge v. 15.— M. an
Jünglings-Anzüge v. 6.75 M. an
Knaben-Anzüge v. 2.50 M. an
Einzelne Stoffhosen v. 3.00 M. an
Schul- und Lederhosen v. 0.75 M. an
Arbeitshosen v. 1.75 M. an
Maschinistenjacken v. 1.50 M. an
Waschblusen und Hosen billig.

Grosses Lager
in fertiger Wäsche.
Stepp- und Schlafdecken
Hüte, Mützen
Kostüm-Röcke, Blusen
Kinderkleidchen billigst.

Grosses
Rester-Lager
zu Blusen, Röcken
Bettbezügen, weisser und bunter Wäsche
Schürzen
Trikotagen, Strümpfe
Handschuhe usw.
Mitglied d. Rabatt-Spar-Vereins.

Möbel, Werkzeuge Bücher. Ein- und Verkauf.
Henker, Kaulbachstr. 28.

---

2 Jahre Garantie auf Möbel!

Wir Wagen ohne Firma!

Kredithaus
Julius Jttmann

Inh.: **Oskar Freudenfels**

Neumarkt 9, I., im Hause der Post

liefert

Möbel Herren- u. Kinder-Konfektion
Manufakturwaren
Damen-Konfektion, Gardinen

Grösste Verschwiegenheit!

Anzahlung auf Möbel von 3 M. an.

Abzahlung spielend!

Anzahlung auf Waren von 5 M. an.

Beachten Sie bitte meine Preise!

Ansicht ohne Kaufzwang gern gestattet.

Kredit auch nach auswärts! Kredit auch nach auswärts!

2 Jahre Garantie auf Möbel!

Bitte bei Bedarf von
Filz- und Strohhüten, Mützen, Stöcken, Hosenträgern, Pantoffeln usw.
mein streng solides Geschäft berücksichtigen zu wollen.
Auguste verw. Hauffe, Dresden-Pieschen, Bürgerstraße 26.

Kinderwagen, Sportwagen
viel billiger als in großen Läden.
Jeder überzeuge sich vor Ankauf.
Liliengasse 8, parterre

Hut- und Mode-Basar
Hermann Herberg
18 Kesselsdorfer Strasse 18.

Strohhüte!

Riesenauswahl. — Anerkannt billigste Preise.

Schnell sollen verkauft werden

1132 Paar

bin., fixang solide **Herrenstiefel** in schwarz u. farbig, der. die allerfeinst. mod. Sachen, die selbst den höchsten Ansprüchen genügen, in Chevreaux, Box-calf-, Lack-, Stoß- u. Kinbleder v. **4.95** an, **918** Paar eleg. **Damenstiefel** in schwarz, braun u. weiß v. **8.95** an bis zu dem feinst. wunderb. schönen Salonstiefel. Eine Unmasse **Kinderstiefel u. -Schuhe** aller Art Nr. 18—35 schwarz, weiß u. braun, kräftig, v. **45** Pf. an. Ferner Turnschuhe, Sportschuhe, Hausschuhe, Pantoffeln. Ganz besonders mache aufmerksam auf einen sehr gr. Posten **Pa.-Sandalen** v. **1.95** an.

Wettiner Str. 7, 1 Tr., r.
en gros. Kein Laden. en détail.

Georg Steglich, Dresden-N., Bautzner Str. 9 gegenüber dem Kgl. Schauspielhaus.
Spezialgeschäft für Gummiwaren
Artikel für Haushalt und Krankenpflege, Reise-, Bad-, Toilette-, Sport- und Spielartikel, Gartenschläuche, Weingummischläuche.

Schwenkes Feigenkaffee
feinster Kaffeeersatz, nahrhaft und von größter Ausgiebigkeit. Proben gratis.
Bernhard Schwenke, Radebeul 17, Gartenstr. 30.

Richard Schwarz, Trachau, Veteranstr. 2
liefert **Möbel** aus eigenen Werkstätten. Ausstattung von 250 M. an. Sofas 48, Matratzen 20, Bettstellen 12, Schränke 24, Tischtücher 30 M.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19080529/11 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Strassburger Hut-Basar,

Altstadt nur Wettinerstr., Ecke Zwingerstr.
Neustadt nur Hauptstr. 2, Ecke am Markt

— Dresdens grösstes Spezial-Hutgeschäft. —

Das Glänzendste, was jemals geboten, bringen wir für die Saison 1908 in

Strohhüten.

Spezial-Angebot

Echt Borneo, das neueste Geflecht Alleinverkauf für Dresden 6.50 M.
Echte Panama-Hüte, beste Ecuadorware 7.50, 9, 12, 15–18 M.

Herren-Matelot-Hüte

Echt Rustic, Original engl. Fassons 1.80, 2.50, 3.00, 3.50, 4.50 M.
Japan-Geflecht, Phantasie-Handarbeit 1.00, 1.50, 2.00, 2.50, 3.00 M.
Exotische Produkte, Curacao, Panama, Ning-Po, Ind. Bast 3 M.

Herren-Fasson-Hüte

Palm-Geflecht, der populärste Hut 2.00, 2.80, 3.50, 3.80, 4.50 M.
Panama Curacao, bester Ersatz für Panama 2.80, 3.50, 4.50 M.
Pedal-China-Geflecht, elegant und dauerhaft 1.00, 1.50, 2.00, 2.80, 3.50 M.

Kinder- und Mädchen-Hüte, reizende Neuheiten, 45, 80 Pf., 1.00, 1.20, 1.50, 1.80, 2.00, 2.50 M.

Ind. Bast-Hut, feder-leicht 2.80 M.

Knaben-Matelot-Hüte, schicke Fassons, 50, 60 und 80 Pf., 1.00, 1.20, 1.50, 1.80 M.

Unmittelbar nach Pfingsten

beginne ich mit dem Abbruch eines Teiles meines Geschäftshauses und veranstalte, um mein sehr grosses Lager rasch zu räumen, von jetzt ab einen

Räumungs-Verkauf wegen Umbau.

In sämtlichen Abteilungen habe ich **grosse Preisermässigungen** eintreten lassen und empfehle als besonders beachtlich:

Herren-Anzüge	Jünglings-Anzüge	Sommer-Wasch-Anzüge
Herren-Paletots	Knaben-Schul-Anzüge	Sommer-Lustre-Jacketts
Herren-Hosen	Knaben-Sport-Anzüge	Sommer-Wasch-Westen
Gummi-Mäntel	Kieler Pyjacketts	Sommer-Wasch-Blusen
Loden-Joppen	Wetter-Pelerinen	Leibchen-Hosen

Ein grosser Posten **Herren-Stoffe,** passend für **Damen-Kostüme,** im Preise **bedeutend** ermässigt.

Heinrich Esders

Spezialhaus für Herren-, Knaben- und Kinder-Bekleidungen

2 Prager Strasse 2 DRESDEN Ecke Waisenhausstr.

Liebling-

Seife aller Damen ist die allein echte **Steckenpferd-Lilienmilch-Seife** v. Bergmann & Co., Patchcul, denn diese erzeugt ein **zartes, reines Gesicht,** rosiges, jugendfrisches **Aussehen,** weiße, samtweiche **Haut** u. blendend schönen **Teint.**

à St. 50 Pf. in Dresden bei:
Hermann Bock, Altmarkt 5.
Bergmann & Co., König-Johann-Str.
Weigel & Zech, Marienstr. 12.
Ludwig Künzelmann, Am See 56.
Ludwig Künzelmann, Neust. Markt.
Paul Finster, Christianstr. 26.
Paul Schwarzlose, Schloßstr. 13.
In Pieschen: F. Meyer, E. Dressler
In Trachau: O. Dittrich, W. Boehnig und Heinrich Diener.

Gelegenheit!

Sonnabend und folgende Tage gelangen folgende Gelegenheitsposten zu noch nie dagewesenen Preisen z. Verkauf.

200 fertige Blusen
moderne Fassons, St. v. 2.50 M. an.

1 Posten Kostümröcke
zu enorm billigen Preisen.

400 Stück Unterröcke
Stück von 2.00 M. an.

Unterfallen und Damen-Hemden
zur Hälfte des Wertes.

Fabriklag. Greis-Gersdorf Kleiderstoffe
10, I. Serrestr. 10, I.

Oskar Wenk

Hermetregelier Eisenbahnschaffner empfiehlt sein großes Lager fertiger

Herren- u. Knaben-Garderobe

Elegante Maß-Anfertigung.
Hauptgeschäft: Dresden, Schäferstr. 1
Filiale: Radebeul, Leipziger Str. 82

Mutterspritzen
Spülkannen, Leibbinden, Gummistrümpfe
Hilfe bei Störung und alle
Frauenartikel
Preis-Liste gratis u. diskret.
Rich. Freisleben
Postplatz.
Man achte genau auf Firma, da auf diese Annonce Rabatt.

Wollen Sie
gute getragene und neue Herren-Anzüge, Ueberzieher, Hosen, Fracks und dergl. kaufen, bemühen Sie sich
Landhausstr. 10, I.
Frack- und Gehrock-Verleihinstitut.

Rad m. Freil. spottbillig z. verkauf. Kleische, Georgstr. 23, 1. Etg.

Consum-Verein Pieschen.

Wir eröffnen **Freitag den 29. Mai** in Dresden-Pieschen, **Leisniger Platz No. 5,** unsere

12. Verkaufsstelle.

Mitglieder-Anmeldungen werden daselbst entgegengenommen. **Der Vorstand.**

Konkurs

Die aus der **masse K. Kirbach & Co.** stammenden und andere Waren, als: **Möbelstoffe, Plüsche, Moquettes, Salongarnitur-Bezüge, Diwan- u. Tischdecken, Portieren, Gardinen, Stores, Vitragenstoffe, Wachstuche, Ledertuche, Markisenleinen, Matratzendrelle, Teppiche, Vorlagen usw. usw.** werden bis auf weiteres bis zu **50 %** Rabatt ausverkauft.

Otto Sperling, **Moritzstr. 3, I.** Kein Laden.

Potschappel!!
Sport-, Leiter- und Kinderwagen sowie alle Korbwaren in reichstroffener Auswahl u. billig, mit 10 % Rabatt. **B. Göthe,** Ecke Thoranger u. Kirchstr.

Achtung! Ausschneiden!
Ein großer Posten hochmoderne

Herrenanzüge

soll zu spottbilligen Preisen verkauft werden!
Partiewarenhaus von **E. Schröter,** Dresden-A. Schöffergasse 9, Ecke Pirnaerstr.

Auf Kredit!
Herren- und Damen-Konfektion, Kleiderstoffe, Gardinen, Teppiche, Wäsche, Uhren, ganze Ausstattung und einzelne Möbel, Sport- und Kinderwagen
bei kleiner An- u. Abzahlung.
M. Langer
Wettiner Straße 13, I. Et.
Streng reell und verschwiegen. – Schriftl. Bestell. w. prompt erledigt.

Lößnitz-Ortschaften.
Kohlen!

Mittel I und II	pro Ztr.
In Schwazer	80 Pf.
„Elly" Eisenberg	90 „
Heizkr. gl. Brucher Kohle	
Nussbriketts	80 Pf.
Steinkohlen	120 „
Salonbriketts 100 Stück 7½	55 „
Scheitholz Meter	9.50 M.

Diese Preise verstehen sich frei vors Haus oder 5 Pf. mehr frei Keller.
Ernst Gärtner
Naundorf, Bahnhofstr. 8 E.

Rover Herren- u. Damen-, m. u. ohne Freil., bill. z. verk. Event. Teilz. Gr. Brüderg. 21, II.

Zum Pfingst-Fest!
bringe ich mein **grosses**
Schuhwaren-Lager
nur **guter Qualitäten** in empfehlende Erinnerung.
Vorzeiger dieser Annonce erhält beim Einkauf **5 Proz.** Rabatt nur bei
B. Sieber, Trachau, Leipz. Straße 210.

Fahrräder! ★ Fahrräder!
Ca. 100 Stück zur Auswahl!
Spezialität: **Dürkopp, Göricke, Westfalen** und **Aegir** von 85 M. an.
Teilzahlung gestattet.
Eigene Reparatur-Werkstatt
Vernickeln u. Emaillieren in best. Ausführung. Sämtliche Teile billigst.
P. Mildner, Mügeln, Güterbahnhof-Straße 12.

Produktiv-Genossenschaft der Schneider, Galeriestrasse 18, I.
empfiehlt ihr grosses Lager in
Herren-, Burschen-, Knaben- und Kinder-Konfektion
sowie ihr **reichhaltiges Stofflager** zur Anfertigung von **Herren-Garderobe nach Maass.**

Leben • Wissen • Kunst

Kollektion von gegen 3000 Kopfs (selteneren Blüten) von zum Teil erheblichem Kunstwert wurde von Minister Georges Clemenceau der Sammlung überwiesen und ist unter seiner eigenen Leitung aufgestellt worden.

Aus Jena wird gemeldet: Von der Gewinnung außerhalb der neuen Expedition Schäfchen, und bei keiner unbegreiflichen Erfahrung und Leistungsfähigkeit im Polarklima läßt es sich erwarten, daß er dem Pol tatsächlich noch näher kommen, wenn nicht ihn erreichen wird.

Dr. E. Tiessen.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19080529/12 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

neuen Expedition beschäftigt, und bei seiner unvergleichlichen Erfahrung und Leistungsfähigkeit im Polarklima läßt es sich erwarten, daß er dem Pol wenigstens noch näher kommen, wenn nicht ihn erreichen wird.

Dr. E. Tiessen.

Theater Residenztheater. Gastspiel Pepi Glöckner vom Deutschen Volkstheater in Wien. Im Aeußern: Was man hat — soviel ich weiß — eine molliete Person rund. Rundlich. Groß. Die ihren Körper mit Anstand trägt. Die das, was man auf der Bariété gewohnten Operettendiven davon zeigen muß, nicht herausfordernd frech, sondern gewissermaßen natürlich zur Schau gibt. Und das darum zu ertragen ist. Und nicht unangenehm berührt. — Im Künstlerischen: Guter Routine. Humor. Etwas [illegible] Begabung. [illegible] Und er freut sich dabei. Gesang. Stimme: Man soll [illegible] nichts Böses nachsagen. — Unterstreichung der Rolle oder Aufmachung: [illegible] Tanz. [illegible] in den Waden. Im ganzen [illegible] Nicht eigentlich Wienerische [illegible] bemerkt, wie [illegible] das Originalstück von Kraatz und Stobitzer [illegible] dem die Operette mit dem [illegible] Namen Ein tolles Mädel [illegible] ist. Wie gesagt: alles gut abgegangen. Gemütlich. Mit Rücksicht aufs Publikum. Kein Bühnenstück, der [illegible] kann; über dessen Uebermut man sich gelegentlich auch ärgern mag.

Das Stück: Die Musik aber was man so nennt, ist von Karl Michael Ziehrer. Sie hat den Charakter der [illegible] Ob sie anderen Leuten gefiel, weiß ich nicht. Mir hat sie nicht gefallen. Unter uns: eigentlich möchte ich wissen, ob sie C. M. Ziehrer selber gefällt.

Die Handlung (für die Operettenübertragung ist W. Sterk verantwortlich) ist einst durch Tagesberichte [illegible] Kraatz und Stobitzer arbeiteten nach einem (ich glaube vor zehn Jahren) angeblich in Frankreich [illegible] Vorgang ihr Stück. Die [illegible] eines [illegible] leistete dabei eine Rolle. [illegible] Ereignisse des Dreyfus-Prozesses. Ob das Hauptgeschehnis des Stückes, daß eine solche Person sich infolge einer Wette als Rekrut zum Militär einstellen läßt, auch auf „historischen Gründen" beruht, weiß ich nicht mehr. Das Stück zählt unter die Kategorie der Verwechslungskomödien, die erfahrungsgemäß das Publikum, das sich natürlich unglaublich klug dabei dünken kann, weil es ja doch alles besser weiß, wie die Gestalten auf der Bühne, arg [illegible] Und so hat denn auch diesmal das tolle Mädel seine Pflicht erfüllt. [illegible] gar [illegible] lassen, daß an einer Stelle die Verfasser selbst nicht mehr wußten, daß sie vorher etwas ganz anderes behauptet hatten. Was so kommt: Ein Mann wird durch ein Telegramm in eine Kaserne gerufen. Er kommt und zeigt das Telegramm dem [illegible] vor. Ein paar Szenen weiter kommt seine Frau, die aber [illegible] gleichfalls an. Er fragt sie: woher weißt Du, daß ich in der Kaserne bin. Da zieht sie triumphierend ein Telegramm aus ihrer Tasche und sagt: Du hast es die Depesche zu Hause in Deinem Schlafrock [illegible] lassen. . . . . Sieh, lieber Leser, an diesem kleinen Beispiel, welch eine herrliche Sache es doch um die [illegible] Freiheit ist!

Kleine Mitteilungen Mit der Frage, ob Menschen vom Typus des Neandertales und seiner Verwandten bis in die geschichtliche Zeit gelebt haben, beschäftigt sich ein polnischer Anthropologe. [illegible] in Warschau, dessen Abhandlung in den Bulletins der Krakauer Akademie der Wissenschaften erschien. In einem Kurgan (Hügelgrab) bei Nowosiolka im Gouvernement [illegible] ist, dem „Makow" zufolge, ein Schädel gefunden worden, der in hervorragender Weise jenem von Neandertal, Spy usw. gleicht, der als Homo primigenius und Vertreter des Homo sapiens betrachtet werden. Ueber das Alter bezw. die Jugend des Skeletts von Nowosiolka kann man nicht im Zweifel sein, da die Beigaben, eiserne Waffen, [illegible] usw. auf die Völkerwanderungszeit deuten. In der vorliegenden Abhandlung hat [illegible] einen dieses Schädel genau anthropologisch untersucht und den Schluß gezogen, daß noch bis in die geschichtliche Zeit Menschen mit Schädelformen existierten, die jenen des Homo primigenius glichen.

Die römische Akademie dei Lincei hat in ihrer letzten Sitzung die Stiftung eines internationalen Cannizzaro-Preises für die bedeutendsten Arbeiten auf dem Gebiete der Chemie genehmigt, der alle zwei Jahre im Betrage von 10 000 Lire verliehen werden soll. Stifter des nach dem hervorragenden Chemiker der Universität Rom genannten Preises ist der aus [illegible] Dr. Ludwig Mond, Leiter der [illegible] in [illegible], des [illegible] der Erde.

[illegible] haben die [illegible] Kollegien die ersten Geldmittel für die Schaffung eines Museums für [illegible] bewilligt. [illegible] Sammlungen [illegible] geschenkt. [illegible] Professor Fischer.

In Paris wurde ein neues Museum eingeweiht. Es enthält Sammlungen [illegible] und chinesischer Kunst, die der verstorbene Schriftsteller [illegible] der Stadt Paris hinterlassen hat. Die Kollektion von gegen 3000 Kogos (geschnitzten Bildern) von zum Teil erheblichem Kunstwert wurde vom Minister Georges Clemenceau der Sammlung überwiesen und ist unter seiner eigenen Leitung aufgestellt worden.

Aus Jena wird gemeldet: Von der Annahme ausgehend, daß zwischen Overbeck und Gast ein Vertragsverhältnis bestand, erklärte das Oberlandesgericht Jena durch das heute gefällte Urteil, eine Veröffentlichung des gesamten Briefwechsels zwischen Overbeck und Peter Gast durch Bernoulli und den Verleger Diederichs verstoße gegen die guten Sitten. Der Entschädigungsanspruch Peter Gasts wurde als berechtigt anerkannt.

Heiteres Das künstliche Löwengebrüll. Es ist eine gewagte Sache, einen Löwen in einem Theaterstück brüllen zu lassen, und die Handwerker im Rüpelspiele des „Sommernachtstraums" sind vorsichtig genug, ihren Löwen erst erklären zu lassen, daß er eigentlich gar kein Löwe, sondern Schnock der Schreiner ist. Ein moderner Theaterdirektor aber rechnet mit anderen Verhältnissen; er will möglichste Naturwahrheit auf die Bühne bringen und auch den Löwen so brüllen lassen, wie eben der König der Tiere brüllt. Der Moniteur weiß eine Geschichte zu erzählen, in der dieser Versuch für einen englischen Theaterdirektor unerwartete Folgen hatte. Er brauchte in einem Stück unbedingt Löwengebrüll, und da er doch unmöglich eine solche Bestie hinter den Kulissen aufstellen konnte, so kam er auf den ingeniösen Einfall, einen Löwen in den Phonographen brüllen zu lassen. Ein Apparat wurde in dem Löwenkäfig des Zoologischen Gartens aufgestellt, aber das Tier, geärgert über das unverständige Instrument, zerschlug es mit einem Hieb seiner Tatzen. Ein zweiter Versuch ward unternommen; der Phonograph wurde außerhalb des Käfigs aufgestellt und hinter ihm ein Stück Fleisch in die Höhe gehalten, so daß der Löwe brüllend auf den Trichter zusprang. Selig zog der Direktor nun mit dem Phonographen ab, und am Abend erschallte an der entscheidenden Stelle ein so furchtbar rollendes Löwengebrüll, daß die Zuschauer voller Angst aufsprangen und wie wahnsinnig zu den Ausgängen hinausdrängten. Der Löwe hatte das Publikum aus dem Theater herausgebrüllt.

Dresdner Kalender

Theater. Repertoire vom 30. Mai. Opernhaus (Altstadt): Der Maurer und der Schlosser. Oper in drei Akten. Musik von Auber. Anfang 7½ Uhr. — Schauspielhaus (Neustadt): Zwischenspiel in fünf [illegible] Gastspiel in vier Akten von Gustav Wied. Anfang 7½ Uhr. — Residenztheater. Gastspiel Pepi Glöckner: Ein tolles Mädel. Operette von C. M. Ziehrer. Anfang 7½ Uhr. — Zentraltheater. Gesamtgastspiel des Berliner Lessing-Theaters: Nora. Anfang 8 Uhr.

Zentral-Theater. Morgen Sonnabend findet das zweite Gesamt-Gastspiel des Berliner Lessing-Theaters statt. Zur Aufführung kommen Nora, Schauspiel in 3 Aufzügen von Henrik Ibsen. Sonntag bringt das Lessing-Theater nachmittags 3½ Uhr Rosmersholm mit Emanuel Reicher als Rosmer, Irene Triesch als Rebekka West, Hans Marr als Rektor Kroll, Albert Bassermann als Ulrik Brendel zur Aufführung, und abends 8 Uhr geht als Abschieds-Gastspiel das Ibsensche Schauspiel Die Stützen der Gesellschaft in Szene. Die Hauptrollen des Stücks sind besetzt mit Else Lehmann, Lore Gustad, Mathilde Sussin, Maria Gervais, Albert Bassermann, Hans Marr, Willi Grunwald, Paul Marx, Adolf Kurth.

Jugendbildungsverein der Dresdner Arbeiterschaft.

Sonntag, 31. Mai, findet die erste der drei großen Sommer-Veranstaltungen statt. Mitglieder und Freunde des Vereins aus der Stadt und den Landbezirken treffen sich vormittags pünktlich 9 Uhr im Volkshaus, Ritzenbergstraße, wo der Kartenverkauf zum gemeinsamen Frühbesuch des Zoologischen Gartens stattfindet. Die einzelne Karte kostet 20 Pf. Im Zoologischen Garten findet Führung statt; die Führung besorgt Redakteur Dr. Diederich.

Mittags im Volkshause gemeinsames Mittagsmahl (ein Gedeck 40 Pf.).

Nachmittags 3 Uhr beginnt im großen Saale des Volkshauses eine künstlerische Veranstaltung, deren Programm aus musikalischen Darbietungen und Vorträgen aus Gottfried Kellers Dichtungen besteht. Herr Eugen Ibari wird Schuberts Tonstücke vortragen, die Vorträge aus Gottfried Kellers Erzählungen und Gedichten hat Dr. Diederich übernommen. Der Eintritt ist frei. Kein Trinkzwang!

Im Verlaufe der nächsten Monate — am 26. Juli und [illegible] — haben noch zwei Jugendtage dieser Art statt. Der erste wird Vorträge aus den Werken Detlev v. Liliencrons, der zweite aus den Werken Chamissos bringen. Jugendliche beiderlei Geschlechts haben die Pflicht, diesen Veranstaltungen durch zahlreiches Erscheinen ein gutes Gelingen zu sichern. Eltern mögen ihre schulentwachsenen Kinder zum Kommen aufsporen.

Leben • Wissen • Kunst

Tägliches Unterhaltungsblatt der Dresdner Volkszeitung

Nr. 122 Dresden 29. Mai 1908

Große Kunstausstellung Dresden 1908

4

Das Bildnis II

Wilhelm Trübner

(Saal 7) wird im allgemeinen stark überschätzt. Diese Reiterbildnisse, hart an Schablone streifend, sind zwar sehr persönlich gemacht, aber doch zum großen Teil recht geschmacklos behandelt. Ich wage dem allgemeinen Urteil über die Bedeutsamkeit Trübners als Bildnismaler zu widersprechen. Brutal, oft direkt geschmacklos in der Farbe, wählt er zu dem lichten Blau des Offiziers (158) einen leuchtend braunroten Hintergrund. Seinen Pferden fehlt das pulsierende Leben, sie sind Schablone geworden, wie Holz geschnitzt in Kanten und Flächen, braun oder weiß gestreift mit den obligaten blauen und violetten Glanzlichtern. Man sehe diesen steifen Gaul des „Königs von Württemberg" (193), dieses in der Farbe alle überbietende [illegible] Gesichter, die sich um das feine Licht nicht kümmern, die lieblos hingestrichenen landschaftlichen Hintergründe. Da besitzt

Leopold v. Kalckreuth

(Saal 7, 203—210) denn doch eine verehrtere Auffassung. Zunächst fällt die Technik, die Behandlungsweise gar nicht auf. Man denkt nicht daran, „wie das gemacht ist", sondern man fühlt nur die große schlichte Einfachheit, die dem Gegenstand so innig, so umfassend gerecht wird. Eine unbedingte Ehrlichkeit kennzeichnet Kalckreuths Art. Aufrichtiger, aber durchaus liebevoll empfunden schildert dieser große Künstler seine Menschen, seine Familien, Kinder. Schön sind sie nicht, seine Sprößlinge, aber mit dem liebenden Auge des Vaters, mit dem rückhaltlos ehrlichen Pinsel des Künstlers wiedergegeben. Wie lieb und natürlich liegt sein Töchterlein da, die derben Kinderhände in die Hüften gestemmt, den Blick freundlich [illegible] vor sich hingerichtet. Wie fein sind all diese lichten, [illegible] Töne zusammengestimmt und in entfernter Weise an Zorn erinnernd groß und einfach hingesetzt. Die „Kinder am Klavier" werden gewiß wenige Freunde unter den Beschauern finden; es ist aber auch nichts in diesem [illegible] Bild, das uns Gefallen und [illegible] gerade hier, bei dem Effekt der brennenden Klavierlampe, in deren Schein die Kinder mehr und weniger beleuchtet sitzen, ein [illegible] mit brillanten Farben. Nein, alles ist ruhig auf Schwarz und Braun gestimmt. Die Finger des Mädchens, noch ungelenk und ungeübt des Spielens, ruhen auf den Tasten und spiegeln sich leise in der schwarzen Politur des Flügels. Streng und genau studiert aber in den Formen, in den Flächen des [illegible], in den feinen Ueberschneidungen des Halbprofils ist das im Beiwerk gemalte Bildnis des [illegible] „Baron von Schenkel". Auch die beiden Damenbildnisse 209 und 210 weisen als besondere Kennzeichen der Kalckreuthschen Kunst die vornehme Zurückhaltung der Farbe auf, die schlichte Auffassung, die natürliche, ungezwungene Haltung, den ruhigen Zusammenklang aller Töne. „Johannes", des Künstlers Sohn, wirkt fast wie ein altdeutscher Meister in seiner ehrlichen Einfachheit und ein [illegible] an [illegible] Innenstimmung stellt das Bildnis der Frau des Künstlers dar. Der [illegible] Hauch des [illegible] und der schmale Streif gelblichen Abends, das von außen her durch den grünen Flor der Gardine leuchtet, liegt auf den beiden Zimmerkörpern [illegible]. Ein starkes, [illegible] Gefühl aber bewegt die anmutige Gestalt der einfachen Frau, die, den Blick geradeaus und die rechte Hand leicht an die Tür gelehnt, mit [illegible] Wehmut [illegible].

Schon mehr durch seine einschmeichelnde Technik besticht da

Walter Georgi

(Saal 10 und 11) seine Meinung. Er liebt es nicht, klare und artige [illegible] gemacht, ein zweiter Ueberfluß, ein Stoff [illegible] gleitender Abschluß [illegible] Gehalt, [illegible] Farbenweise, das dunkle Blau und Gelb eines [illegible] Tisch, das Gold [illegible] auf dem [illegible] Bilder.

[illegible]

Max Slevogt-Berlin

(Saal 10 und 11) seine Meinung. Er liebt es nicht, klare artige [illegible] zu machen, sondern mit [illegible] die Wahrheit. Weniger seine malerische [illegible] Darstellungskraft, als vielmehr ein [illegible] der [illegible] Erscheinung. Freilich, seine beiden Damen hat Slevogt [illegible] gebracht, sondern der Sezession vorbehalten, ausgenommen das „Herrenbildnis" (236e), das ich für das vornehmste der [illegible] halte. Der alte Herr sitzt zurückgelehnt und natürlich, die linke Hand in der Hosentasche, mitten in einem mit Teppich und Gobelin geschmückten Raum. Das ist alles auf den Eindruck hin gemalt, impressionistisch, so wie uns ein Mensch entgegentritt, an dem uns zunächst der Kopf interessiert, das [illegible] Mienenspiel des alten wohlwollenden Herrn; die ganze Umgebung verschwimmt dabei zu einem harmonischen Farbenspiel, das uns lediglich sagt: ich bin ein Teppich, ich bin ein Gobelin, mache aber zugleich gar keinen Anspruch auf nähere Beachtung und trete bescheiden zurück, um dem alten Herrn, auf den es hier ankommt, den Vortritt zu lassen. In gleicher Weise hat Slevogt auch auf seinem [illegible] Porträts die Umgebung, die Kleidung, die Landschaft, den Hintergrund ganz nebensächlich, fast achtlos behandelt, es sei denn, daß er eine Farbe der malerischen Wirkung halber, wie etwa die rote Reitjacke in 236f, genügend betont. Der Ausdruck in all diesen Bildnissen ist frisch, ursprünglich und bezwingend.

In verwandter Auffassung sieht

Max Liebermann

(Saal 10), aber entschieden über Slevogt. Man fühlt sofort die „Klaue des Löwen" in seinem Selbstbildnis (277), das in seinem [illegible] Weißtönen und Strichen, [illegible] Braunen und schwärzlichen Dunkeltönen ein Stück eigenen Könnens gibt, das unmittelbar, ohne Nebenabsicht irgendwelcher Art zu uns spricht. Man fühlt die starke, den Wert der [illegible] des Könnens in dem Bildnis [illegible] in Farbe und Zeichnung [illegible] braune Seite des [illegible] ein bewegtes Stückchen [illegible] Gesichter [illegible] Stoffen und die [illegible] Konsequenz des bedeutenden Kunstgelehrten mit großer Verständlichkeit [illegible] und wirkungsvoll zusammengefaßt.

C. A. Weiß

(Saal 13), dessen Name uns in den letzten Jahren wiederholt entgegentritt ist, zuletzt in Verbindung mit dem „Hagener Bauer" in der letzten Kunstgewerbeausstellung, hat sich über jugendliche Erfahrungen hinweg zu einer stillen, in lichten Tönen aufgehenden Harmonie durchgearbeitet. Weiß besitzt ein feinsinniges Anpassungsvermögen, einen geschulten Geschmack und vermag damit [illegible] zu erzielen, die einer gewissen [illegible] nicht entbehren. Das Bildnis seiner Frau (319) legt Zeugnis davon ab.

Ueber die gedankenvollen Bildwerke

Ferdinand Hodlers

habe ich bereits gesprochen. Sie [illegible] dem Künstler, der mit seinen Figurenbildern so hart und unerbittlich mit dem Geschmack der großen Menge zusammenstößt, einen ersten Platz unter den Bildnismalern, die auf eine starke und [illegible] Kontur Wert [illegible]. Wollte ich auf die [illegible] dieser beiden Bildnisse näher eingehen, es käme mir vor, als wollte ich [illegible] ein [illegible] Kinder [illegible] „erklären" — wer diese Schönheit nicht fühlt, der [illegible] auch der es noch so leicht, sie [illegible].

Für heute wollen wir schließen mit

Leo Samberger

(Saal 10), dessen Bildniskunst ein besonderer Raum [illegible] ist. Der Vergleich dieses Münchner Porträtisten mit Lenbach liegt auf der Hand. Was aber Samberger von [illegible] unterscheidet, ja mitunter über ihn hinaushebt, ist das fast ans Dämonische Streifende seiner äußerst [illegible]. [illegible] Samberger, wo [illegible] einer [illegible] Verweichung der Gesichtslinien nach der [illegible] und oft genug übermäßig der Schrift und [illegible] festzuhalten, fast beruhigt, eine [illegible] Das Bildnis des Dresdner Malers „Robert Sterl" (318). Eine Summe von einzelnen ausgesprochenen [illegible], welch [illegible] unmittelbar nebeneinander gesetzt oder [illegible], alles vereint zu einem [illegible] Schwarz, aber mit [illegible] und [illegible] Strich [illegible]. Das [illegible] einer [illegible]. Oder das Bildnis des „[illegible]" (318c). Der [illegible] wie eine [illegible], lacht, [illegible] und einem Auge, das [illegible] die Umwelt einer [illegible] Weisheit [illegible]. Wiederum mit [illegible] zusammengefügt, die aber alle richtig in der Farbe, am richtigen Fleck, richtig in der Form auf drei, vier Schritt Entfernung zusammenfließen zu einem gewaltigen Ganzen, zu einem malerischen Kunstwerk ersten

[illegible] Eine jede Reihe solcher [illegible] ist ein [illegible] [illegible] und [illegible] [illegible] [illegible] [illegible], daß alle [illegible] [illegible] [illegible] einem jeden dieser Bildnisse ein Kapitel widmen, wollte man ganz der [illegible] Gemberges gerecht werden. Ich war früher geneigt, Bamberger zu den gewandten Virtuosen zu zählen, die mit einer frechen Technik alles zu machen scheinen; angesichts dieser Leistungen bin ich eines Besseren belehrt.

Otto Gebaldt.

19]

Zäpfel Kerns Abenteuer

Eine deutsche Kasperlgeschichte von Otto Julius Bierbaum

Neunzehntes Kapitel

Frau Dschemma bewährt sich wieder als gute Fee, und Zäpfel Kern benimmt sich wieder als dummer Bub

Da sah sich Zäpfel Kern also gefangen, denn zum Fenster hinunterspringen konnte er nicht, weil es zu hoch war.

Trauriger war er noch nie gewesen, denn eingesperrt zu sein, ist für ein Kasperle die größte Qual. „Und noch dazu mit der unförmlichen Nase," schluchzte Zäpfel. „Wenn sie nur wenigstens nicht so schwer wäre. Aber sie hängt an mir wie ein Gewicht aus Blei. Selbst wenn ich hinaus könnte — weit käme ich nicht. Und wie soll ich dieses Ungeheuer von einer Nase ernähren? Sie braucht sicher täglich allein zwei Pfund Fleisch und einen Scheffel Kartoffeln. Ich bin verloren, ich bin ruiniert!"

Und seine Nase in die Ecke eines Kanapees bohrend, gab sich Zäpfel Kern laut schluchzend seinem Schmerze hin, dabei unaufhörlich zu sich selber sagend: „Ich lüge in meinem Leben nicht mehr! In meinem Leben lüge ich nicht mehr!"

Wie Frau Dschemma in ihrem Herzen fühlte, daß ihr Kasperle ganz aufgeweicht von Reue war, beschloß sie, es nun genug sein zu lassen mit seiner Strafe. Ging also zu ihm und sprach: „Du willst also wirklich nicht mehr lügen?"

„Nie, nie, nie mehr!" schluchzte Zäpfel.

„Dann wollen wir unsere braven Tauben wieder kommen lassen," sagte die Fee. „Schneiderinnen haben Scheren."

„Was? abschneiden sollen sie sie mir?" schrie Zäpfel und versuchte seine Nase zu schützen, aber er konnte kaum bis zu ihrer Mitte langen: „Nur das nicht!"

Aber Frau Dschemma hatte schon ihr Pfeifchen angesetzt, und wie sie pfiff, waren auch schon die Tauben da.

Zäpfel Kern, vor Angst zitternd, daß ihm die Nase abgeschnitten werden sollte, wollte unters Kanapee kriechen, aber die Nase war ihm im Wege. So mußte er sich darauf beschränken, mit ihr hin und her zu fahren, damit nur ja niemand sie packen könnte. Vergeblich flatterten die Tauben daran herum; es war nicht möglich, der Nase nahe zu kommen.

„Sei doch vernünftig!" mahnte die Fee, „halte stille, es geschieht dir nichts!"

„Danke schön!" schrie Kasperle, „auch noch still halten! Nein, wer mir zu nahe kommt, wird aufgespießt!"

„Dann müssen dich also meine Soldaten zur Vernunft bringen! Die fürchten sich vor einem Kasperle nicht," sagte die Fee. Dann rief sie zum Fenster hinaus: „Bataillon marsch!"

Sogleich hörte man Trommeln wirbeln, Trompeten schmettern, und bald kamen laute Schritte die Treppe herauf.

„Bataillon halt!" hörte man draußen kommandieren.

Dann ging die Türe auf, und es erschien ein wunderschöner Schnauzbart in Generalsuniform. Er salutierte mit dem Degen vor Frau Dschemma und sagte in militärischem Tone: „Mit allen Kerntruppen zur Stelle! Was befiehlt meine Gebieterin? Soll ich die Kanonen auffahren lassen?"

„Nein, mein lieber General Bumbaus, so schlimm ist's nicht," antwortete die Fee; „es genügt, wenn Sie Ihre zwanzig besten Scharfschützen hier aufstellen. An jede Wand fünf. Sie sollen auf dieses Kasperle hier anlegen, das wieder einmal nicht folgen will. Bleibt es ruhig stehen, ohne die Nase zu bewegen, so ist nichts weiter nötig. Rührt es die Nase aber nur ein klein wenig, so müssen Sie, so leid es mir tut, Feuer kommandieren und den Ungehorsamen totschießen lassen."

„Zu Befehl!" sagte General Bumbaus und verließ das Zimmer.

Frau Dschemma aber wandte sich an Zäpfel und sprach: „Du hast gehört, was dir bevorsteht, wenn du die Nase nicht stille hältst. Richte dich danach!"

„Gnade! Gnade!" flehte Zäpfel Kern, aber da marschierten schon zwanzig bis an die Zähne bewaffnete Dackel in Infanterieuniform herein, und General Bumbaus kommandierte mit fürchterlicher Stimme: „Zu Sektionen zu fünf! Erste Sektion an die Fensterwand — marsch! Zweite Sektion an die Türwand — marsch! Dritte Sektion an die Bettwand — marsch! Vierte Sektion an die Schrankwand — marsch! — Ganzes Bataillon — kehrt!"

Es klappte alles wundervoll, aber Zäpfel Kern hatte keinen Sinn für diese militärische Exaktheit. Er stand in der Mitte des Zimmers und schlotterte wie ein zusammengeklappter alter Regenschirm, wenn's stürmt.

„Soll ich jetzt laden lassen?" wandte sich der Schnauzbart-General an die Fee. „Tun Sie das, mein lieber General," antwortete Frau Dschemma.

Und General Bumbaus von Schleswig kommandierte: „Bataillon soll chargieren — geladen! Legt — an!"

Es war ein furchtbarer Augenblick. Zwanzig Gewehrläufe richteten sich wie zwanzig Fernrohre des Todes auf Zäpfel Kerns Brust. Der aber hatte kaum noch die Kraft zu wimmern. „Ich . . . ich . . . rühre mich . . . ganz gewiß nicht! Sie . . . sie . . . lieber laß ich mir die Nase abschneiden, als mi . . . mi . . . mich to . . . to . . . totschießen."

„Dann also, liebe Täubchen mein,
Macht meinem Zäpfel das Näschen klein!"

rief die Fee, und hurtig schwangen sich die Tauben auf Zäpfels Nase, der vor Angst die Augen zumachte, da er nun jeden Augenblick den ersten Schnitt erwartete. Aber die Tauben wetzten nur sanft ihre Schnäbel an seiner Nase, und bei jedem Schnabelstrich rutschte der Nasenturm zusammen, und ehe man bis fünf zählen konnte, war die Nase so klein, wie vor Zäpfels Lügenpeletereien. Die Tauben aber flogen geräuschlos zum Fenster hinaus.

Zäpfel jedoch stand noch immer mit geschlossenen Augen und wartete, daß ihm die Nase abgeschnitten würde.

Zwanzigstes Kapitel

Brüderlein und Schwesterlein

Erst wie Zäpfel das Kommando hörte: „Setzt ab!" wagte er die Augen zu öffnen, und er öffnete sie wahrhaftig ordentlich, wie er bemerkte, daß die Tauben sowohl, wie seine Nasenerweiterung verschwunden waren. Und so groß war seine Verblüffung, daß er nicht, wie es doch seine Art war, sofort eine freche Bemerkung auf der Zunge hatte. Erst nach einer ziemlichen Weile, während die Soldaten wieder abmarschierten, sagte er: „Hier muß man wohl krumme Beine haben, wenn man Soldat werden will?"

„Du, du!" entgegnete die Fee und drohte mit dem Finger. „Ich brauche nur zu rufen, und gleich sind sie wieder da!"

Aber Zäpfel wehrte hastig ab und sprach: „Nur keine Umstände meinetwegen, schöne Frau; ich bin viel lieber mit dir alleine. Zumal, da ich eine Bitte an Sie habe."

„Warum sagst du denn einmal du und einmal Sie zu mir, Zäpfel?" fragte die Fee und setzte sich auf einen goldenen Stuhl.

Zäpfel Kern, ohne viele Umstände zu machen, setzte sich ihr auf den Schoß, legte die Arme um ihren Hals, gab ihr einen echten, schallenden Kasperlekuß und sprach: „Du sage ich, weil du so gut und lieb zu mir bist, wie eine Mutter oder Schwester, und Sie sage ich, weil Sie so schrecklich reich und vornehm sind."

„Was ist dir nun lieber an mir: mein Gutsein oder mein Reichsein?"

„Na, aber doch natürlich das Gutsein!"

„Recht geantwortet! Und nun sollst du immer du zu mir sagen, und ich will dir wirklich eine Schwester sein."

„Ja, aber da muß ich erst wissen, wer du bist."

„Ei, so vorsichtig bist du?"

„Na natürlich! Sonst könnte jede kommen und Zäpfel Kerns Schwester sein wollen."

„Also gut denn, ich bin eine Fee."

„Was für Schnee?"

„Eine Fee."

„Ach nee?"

„Was soll das heißen?"

„Das soll heißen, daß ich nicht weiß, was für ein Ding das ist."

„Lerne lesen und lies Zäpfel Kerns Abenteuer, da steht's drin."

„Was? Meine Abenteuer sind schon beschrieben, und ich habe noch gar nicht alle erlebt?"

„Nein, aber sie werden auf meinen Befehl zum Vergnügen und zur Belehrung der Kinder geschrieben werden."

„Kriegst du Geld dafür?"

„Nein, es ist eine Ehre."

„Ist das was zum Essen?"

„Nein."

„Zum Trinken?"

„Nein."

„Zum Spielen?"

„Nein."

„Dann tut's am Ende weh?"

„Nein."

„Aber man muß vielleicht was dafür tun?"

„Ja."

„Ich danke für die Ehre! Ich habe so schon genug zu tun."

„Sei nicht frech, Zäpfel!"

„Na ja doch! Ich habe die Ehre nicht bestellt und nun soll ich mich dafür auch noch plagen."

„Es ist keine Plage; du mußt dich nur immer der Ehre würdig erweisen."

„Was meinetwegen denn der mit der Ehre! Aber ein Ananaskügelchen wäre mir lieber, nach diesem Nasenabenteuer."

Frau Dschemma steckte ihm eins in den Mund und fragte: „Ist das deine ganze Bitte?"

„Nein, Schwesterchen, ich möchte dich bitten, mich nun wieder fortzulassen. Ich möchte nach Hause zu meinem guten Papa."

„Ach, und ich dachte, wir wollten jetzt immer beisammen bleiben."

„Geht nicht, Schwesterchen, ich habe ein Geschäft."

„Was denn?"

„Ich muß meinem Papa das Geld bringen. Der Arme hat so schon viel zu lange auf mich warten müssen."

„Das ist brav von dir gedacht. Und weil ich das vorausgesehen habe, habe ich deinen Vater meinen Eilboten Ritter Falk von Weißenschwingen geschickt und ihn eingeladen, doch mal herzukommen. Er ist schon auf dem Wege."

Wie das Zäpfel hörte, sprang er vom Schoße der schönen Frau hinab, warf seinen Hut in die Luft und schrie: „Hurra! Hurra! Er kommt der Papa! Aber nicht wahr, ich darf ihm entgegengehen!" fügte er hinzu.

„Gerne lasse ich mein unfolgsames Brüderlein nicht in den Wald," antwortete die Fee. „Aber daran hindern will und kann ich dich nicht. Vielleicht bist du doch einmal gescheiter, als du aussiehst."

„Seh ich denn so dumm aus?"

„Das kommt auf den Betrachter an."

Zäpfel Kern bemühte sich, ein äußerst intelligentes Gesicht zu machen, und sagte mit dem Tone eines Professors: „Nun, Leute, über die man ein Buch schreibt, brauchen wohl keine Kritik ihres Gesichtsausdruckes zu fürchten."

Sprach's und ging sehr stolz und selbstbewußt zur Türe hinaus.

Frau Dschemma lächelte.

(Fortsetzung folgt.)

Umschau

Die neuesten Polarreisen

Die Polarforschung hat im 20. Jahrhundert große Leistungen vollbracht und dadurch scheinbar selbst so nachhaltige Impulse empfangen, daß sie von einer inneren Nötigung zu unaufhaltsamem Fortschritt getrieben wird. Einen Ausdruck dafür gibt auch die Organisation der Polarforschung, die seit der letzten großen antarktischen Kampagne in einem losen, aber wirksamen Zusammenhang erfolgt ist. Ende Mai findet wieder eine solche Konferenz für Polarforschung statt, die jedenfalls zu weiteren Ergebnissen für die demnächst zur Erörterung stehenden Pläne und ihrer Verwirklichung führen wird. Einer der deutschen Delegierten zu dieser Konferenz, Professor von Drygalski-München, der verdienstvolle Führer der deutschen Südpolar-Expedition, dessen Initiative in erster Linie den Anstoß zu den großen gleichzeitigen Südpolarreisen am Anfang des neuen Jahrhunderts gegeben hat, veröffentlicht jetzt in der Marine-Rundschau eine interessante Uebersicht über die neuesten Polarreisen mit besonderer Berücksichtigung der nordwestlichen Durchfahrt. Er weist zunächst darauf hin, daß sich jetzt die Polarforschung wieder mehr der Arktis zugewandt hat, hauptsächlich wohl aus dem Grunde, weil erst die Ergebnisse der großen antarktischen Reisen vorliegen müssen, ehe man an weitere Unternehmungen, die doch auf dieser Basis fußen müssen, denken kann. Allerdings trifft das insofern nicht ganz zu, als auch gegen den Südpol hin Pläne von anschaulichem Umfang bereits wieder gerichtet sind, denn eine englische antarktische Expedition hat den Bereich des Südpolargebietes schon wieder betreten, eine schottische ist im Begriff abzureisen, und der Franzose Charcot rüstet gleichfalls zu seiner zweiten Reise. Immerhin überwiegt die arktische Tätigkeit in neuester Zeit unzweifelhaft. Vergleich erwähnt in Kürze die von Herzog von Monaco mit seinem Stab an nachenswertlichen Mitarbeitern in Spitzbergen [illegible] Unternehmungen, ferner die Forschungen des [illegible] Wegener und den [illegible] Rocken. [illegible] Fahrt des Herzogs von Orleans, während die [illegible] in Szene gesetzte Ballon-Expedition des Amerikaners Wellman, [illegible] ein [illegible] Stadium übergegangen ist.

Eine größere Aufmerksamkeit haben unter diesen Reisen die erste des Herzogs von Orleans, weil sie den [illegible] [illegible] Teil der Küste des [illegible] „[illegible]" aufzuführen. Die zweite deutsche [illegible] der Führung des in diesen Tagen verstorbenen [illegible] den [illegible] Grönlands bis zum Kap Bismarck [illegible] [illegible] [illegible] in [illegible] Jahren [illegible]. [illegible] der Herzog von Orleans [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] Expedition [illegible] [illegible] [illegible] Es wäre in der Tat ein [illegible] [illegible] [illegible] ein [illegible], wenn [illegible] Expedition in [illegible] oder nächsten Jahre mit der [illegible] [illegible] würde, daß sie die Ost- und Nordküste Grönlands bis zu dem von Peary längs der Westküste erreichten nördlichsten Punkte zu befahren hätte. Das würde dann eine neue Art von nordwestlicher Durchfahrt bedeuten, die freilich wohl noch weniger für praktische Ziele in Frage kommen könnte als die Route, die man eigentlich unter diesem Namen versteht.

Bei wenigen Idealen, die sich der geographische Forschungseifer vorgestellt hatte, hat sich eine so große Kluft zwischen Hoffnung und Verwirklichung gezeigt, als bei den Plänen dieser nördlichen Durchfahrten. Die nordöstliche Durchfahrt mag noch zu gewissen praktischen Folgen berufen sein, denn bis und wieder, wenn auch wahrscheinlich niemals regelmäßig, werden wertvolle Schiffsladungen von Norden Europas aus an die Küste Sibiriens und bis in die mächtigen sibirischen Ströme hineingelangen und so ein vielleicht weit im Innern gelegenes Ziel erreichen können. Mit der nordwestlichen Durchfahrt aber, auch wenn sie nicht um die Nordspitze von Grönland zu führen braucht, liegt die Sache bedeutend schwieriger, und nach vielen Versuchen ist Amundsen im Jahre 1903 und 1904 der erste gewesen, dem es gelang, ein Schiff durch diese nordwestliche Durchfahrt hindurchzuführen. Den Zwecken der Schiffahrt können Expeditionen in dieser Richtung also nicht dienen, und dennoch verbindet sich mit ihnen gerade im Hinblick auf die Schiffahrt ein großes Interesse, das sogar weit über das erwähnte Gebiet hinausgeht und sich eigentlich über die ganze nördliche Halbkugel erstreckt. In jener Gegend liegt nämlich der magnetische Nordpol, nach dem alle Kompaßnadeln auf der nördlichen Halbkugel weisen, sowie sie nicht örtliche Ablenkungen erfahren. Aus diesem Grunde ist selbstverständlich die genaue Feststellung der Lage des magnetischen Nordpols, der keineswegs mit dem geographischen Nordpol zusammenfällt, sondern etwa unter 70 Grad nördlicher Breite gelegen ist, von größter Wichtigkeit für jeden Schiffsführer in nördlichen Meeren. Daß dieser Punkt seit seiner ersten Entdeckung durch den großen Nord- und Südpolarforscher Roß nicht wieder besucht worden war, mußte demnach als eine große Lücke empfunden werden, die erst durch die kühne und erfolgreiche Fahrt von Amundsen ausgefüllt worden ist.

In geographischer Hinsicht kann das Gebiet der nordwestlichen Durchfahrt in einen östlichen und einen westlichen Teil geschieden werden; der östliche zeichnet sich durch die Vorlagerung eines Inselgewirrs aus, während im westlichen die Nordküste des nordamerikanischen Festlandes gänzlich inselfrei ist und von einem verhältnismäßig tiefen Meer, der Beaufort-See, bespült wird. Der Zugang des östlichen Teils scheint trotz seiner verwickelten Kanäle und Sunde für das Ein- und Hindurchdringen noch immer bequemer und ungefährlicher zu sein, als die Schiffahrt von Westen her längs der amerikanischen Küste. Diese ist nämlich nicht nur fast stets von gewaltigen Eismassen blockiert, sondern auch von Strömungen beherrscht, die nach dem Pol hinführen und angeblich schon mehr als hundert Schiffen das Grab bereitet haben. So hat auch die englisch-amerikanische Expedition des Kapitäns Mikkelsen in diesem Teil des nördlichen Eismeeres mehr Gefahren und Enttäuschungen als Erfolge gefunden. Wichtiger sind die letztjährigen Forschungen im östlichen Teil der nordwestlichen Durchfahrt gewesen, die sich hauptsächlich an die Namen von Amundsen und Peary knüpfen. Während Amundsen die seit so langer Zeit umworbene Aufgabe der nordwestlichen Durchfahrt überhaupt löste, hat Peary, wie Drygalski bemerkt, für die Entschleierung der nördlichsten Teile jenes Gebietes so viel getan wie kein anderer und neue Länder und Meere entdeckt. Den Taten dieser beiden Reisenden widmet der deutsche Polarforscher eine längere Besprechung.

Der Abschnitt über Peary verdient besondere Beachtung, weil dieser Pionier der Arktis in Europa außer in Fachkreisen weit weniger oft genannt und in seinen Leistungen gewürdigt wird als der Norweger, der auch in der großen deutschen Gesellschaft für Erdkunde seine Visitenkarte durch einen Vortrag abgegeben hat, was Peary immerhin auch einmal tun könnte und sollte. Dieser amerikanische Offizier ist einer der eigenartigsten Polarforscher, eigenartig vor allem durch seine unübertreffliche Beharrlichkeit oder, wie man auch sagen könnte, durch einen grandiosen Eigensinn, der in diesem Fall aber durchaus von Erfahrung und Vernunft geleitet wird. Immer ist er auf demselben Wege, nämlich längs der Westküste von Grönland, hinaufgedrungen, und hat zwar den Nordpol noch immer nicht erreicht, aber doch die geographische Grundlage für das Bild Nordgrönlands geschaffen und auf seiner letzten Reise auch den Rekord der höchsten nördlichen geographischen Breite geschlagen. Auch jetzt ist er schon wieder mit der Vorbereitung einer